Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

6. Februar 1978
Jg. 6 Nr. 6

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21061 C

Keine Einigung im Kampf um den Fisch

Trotz der insbesondere von Landwirtschaftsminister Ertl angedrohten Repressionen haben die Briten das Abkommen über die Aufteilung des Fisches unter die EG-Staaten nicht unterschrieben. Sie bestehen auf besonderen Rechten innerhalb ihrer 50-Meilen-Zone. „Setzt London Marine gegen Euro-Trawler in 50-Meilen-Zone ein?" schreibt der „Weser Kurier" vom 2. Februar. Damit ist gleich angedeutet, daß die übrigen Acht weiter vor den britischen Küsten fischen wollen. Das Geschrei über die Halsstarrigkeit der Briten und den Verlust des Ansehens der EG ist weiter nichts als die Entrüstung von Räubern, denen einer, der schon im Vorteil ist, davonspringt, bevor sie sich aufmachen, gegen die Nicht-EG-Staaten loszuziehen.

Generalstreik in Tunesien

Am 26. Januar führten die tunesischen Arbeiter einen Generalstreik gegen die Teuerung, den sogenannten Sozialpakt mit fünfjährigem Lohnstopp und gegen Überfälle auf Gewerkschaftsbüros durch. Als Militär das Feuer auf eine Massenkundgebung eröffnete, setzten sich die Arbeiter in einem erbitterten Kampf stundenlang zur Wehr. Die Verschlechterung der Lage der Massen geht auf das Konto der Imperialisten, die noch in drei Vierteln der tunesischen Wirtschaft die Reichtümer des Landes plündern und die tunesischen Arbeiter ausbeuten; insbesondere in den Phosphatminen, der Textilindustrie und auf den Erdölfelder. Darunter sind auch westdeutsche Kapitalisten. Die Imperialisten haben das Regime Bourguiba, das die Arabische Liga unterstützt, in Schulden gebracht, Staatsmittel geplündert, Gesetze zugunsten des ausländischen Kapitals abgepreßt und den Sozialpakt durchgesetzt. Die Kampfaktionen der tunesischen Arbeiter, die für die arabische und die afrikanische Einheit gegen den Imperialismus eintreten und die Verschlechterung ihrer Lage bekämpfen, sind die stärksten der letzten zwei Jahrzehnte gewesen.

Vierteln der tunesischen Wirtschaft die Reichtümer des Landes plündern und die tunesischen Arbeiter ausbeuten; insbesondere in den Phosphatminen, der Textilindustrie und auf den Erdölfelder. Darunter sind auch westdeutsche Kapitalisten. Die Imperialisten haben das Regime Bourguiba, das die Arabische Liga unterstützt, in Schulden gebracht, Staatsmittel geplündert, Gesetze zugunsten des ausländischen Kapitals abgepreßt und den Sozialpakt durchgesetzt. Die Kampfaktionen der tunesischen Arbeiter, die für die arabische und die afrikanische Einheit gegen den Imperialismus eintreten und die Verschlechterung ihrer Lage bekämpfen, sind die stärksten der letzten zwei Jahrzehnte gewesen.

Indien und Pakistan wollen den Handel der 3. Welt stärken

Am 6. Februar reist der indische Außenminister Vajpayee zu einem dreitägigen Besuch nach Pakistan, um in Islamabad ein Transitabkommen vorzuschlagen. Nach dem indischen Vorschlag soll Pakistan das Recht erhalten, Waren von und nach Nepal und Bangladesh abgabenfrei über indische Transportwege zu befördern. Als Gegenleistung möchte Indien Transitrechte durch Pakistan von und nach Afghanistan und in den Iran. Das Abkommen ist ein Schritt zur Steigerung des Handels zwischen den Ländern der Dritten Welt und wird ihren Kampf um Unabhängigkeit stärken.

Pol Pot bekräftigt Grundsätze der Verfassung

Der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kampucheas ist auf einer Massenversammlung zum 10. Jahrestag der revolutionären Streitkräfte Kampucheas auf die Auseinandersetzung mit Vietnam eingegangen. Der Genosse Pol Pot hat dabei an den Artikel 21 der Verfassung des Demokratischen Kampucheas erinnert. In diesem Artikel heißt es: „Kampuchea ist voller guten Willens und fest entschlossen, enge und freundschaftliche Beziehungen zu halten mit allen Nachbarländern wie mit allen Ländern der Welt, nah oder fern, auf der Grundlage der gegenseitigen strikten Beachtung der Souveränität und der territorialen Integrität. Das Demokratische Kampuchea steht fest zur Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und Bündnisfreiheit. Kein fremdes Land darf auf seinem Gebiet Militärbasen errichten. Es kämpft entschlossen gegen jede ausländische Einmischung in seine inneren Angelegenheiten, gegen alle Arten von äußerer Subversion und Aggression, militärischer, politischer, kultureller, wirtschaftlicher, sozialer, diplomatischer oder sogenannter humanitärer Art. Das Demokratische Kampuchea mischt sich unter keinen Umständen in die inneren Angelegenheiten irgendeines anderen Landes ein. Das Demokratische Kampuchea beachtet uneingeschränkt den Grundsatz, daß jedes Land souverän ist und vollständig frei seine innere Angelegenheiten ohne jegliche ausländische Einmischung behandeln und entscheiden kann." Genosse Pol Pot hat betont, daß sich das Demokratische Kampuchea in der Außenpolitik fest an diese Grundsätze seiner Verfassung hält.

Die Imperialisten werden von den Völkern eingekreist

Bei den Verhandlungen in Malta haben Owen und Young nichts erreicht

Am Horn von Afrika haben sich die Dinge jetzt soweit entwickelt, schreibt die englische Zeitung „Daily Telegraph", daß präventive und abschreckende militärische Maßnahmen notwendig werden. Die gerade aus der westdeutschen Regierung beseitigte Marie Schlei hat ausgeplaudert, daß sich die BRD bereits mit Krediten für Waffenkäufe in den Krieg zwischen Äthiopien und Somalia offen einzumischen beginnt. In Namibia hat sich die Bundesrepublik offiziell zu einer der Mächte aufgeschwungen, die die Namibiafrage in einer für die Imperialisten passenden Weise liquidieren wollen. In Zimbabwe versucht der westdeutsche Imperialismus, zwei Eisen im Feuer zu halten: Auf der einen Seite setzt er auf die „Innere Lösung" des Ian Smith. Auf der anderen konkurriert er mit den sowjetischen Sozialimperialisten um Einfluß auf die ZAPU. Afrika ist heute ein Sturmzentrum der Weltrevolution. Gleichzeitig schneiden sich hier die Interessen der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft mit den Interessen der britischen, französischen und deutschen Imperialisten, die Afrika für ihren Hauskontinent halten. Sämtliche Widersprüche in der Welt verschärfen sich. Keine Zeiten für Handwerkler im imperialistischen Geschäft, Zeiten für Profis. Schmidt hat sein Kabinett auf die Bedürfnisse des Finanzkapitals ausgerichtet. Der Steuerexperte aus dem Finanzministerium Offergeld ist zum Entwicklungsminister geworden, der Finanzminister übernimmt die Armeeführung. Das Militärische liege ihm fern, hat Apel vor Amtsübernahme gesagt. Mag sein. Aber moderne imperialistische Kriege werden durch die Finanzkraft entschieden, und die wächst mit der Kunst der Ausbeutung.

Die Verhandlungen zwischen den britischen und den US-Imperialisten, die ihre britisch-amerikanische Lösung an den Mann bringen wollen, und der Patriotischen Front, die den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe führt, sind nach drei Tagen in Malta ohne Ergebnis abgebrochen worden. Die britisch-amerikanische „Lösung" sieht zwar eine Regierungsübergabe an die „schwarze Mehrheit" vor, doch soll das Volk von Zimbabwe unter britischem Militärkommando an die Urnen geführt werden. Das Volk von Zimbabwe hat sich zum Volkskrieg erhoben, es weist solche Kolonialpraktiken entschieden zurück. Für die Patriotische Front sind nur Übergangsregierungen akzeptierbar, durch die garantiert ist, daß die Machtübergabe ein für allemal vonstatten geht. Die einzige Garantie dafür ist die bewaffnete Volksmacht, d.h. die Kontrolle und die Verteidigung des Landes durch die bewaffneten Streitkräfte der Patriotischen Front. Diese Position haben die Führer der Patriotischen Front, Robert Mugabe und Joshua Nkomo, in den Verhandlungen in Malta eingenommen. Dazu werden sich die britische Regierung und der US-Imperialismus bereitfinden müssen, wenn sie wirklich die Beendigung des Krieges wollen.

sche Front sind nur Übergangsregierungen akzeptierbar, durch die garantiert ist, daß die Machtübergabe ein für allemal vonstatten geht. Die einzige Garantie dafür ist die bewaffnete Volksmacht, d.h. die Kontrolle und die Verteidigung des Landes durch die bewaffneten Streitkräfte der Patriotischen Front. Diese Position haben die Führer der Patriotischen Front, Robert Mugabe und Joshua Nkomo, in den Verhandlungen in Malta eingenommen. Dazu werden sich die britische Regierung und der US-Imperialismus bereitfinden müssen, wenn sie wirklich die Beendigung des Krieges wollen.

Aber das ist nicht ihr Ziel. Sie wollen die Macht des Imperialismus verteidigen. An den Verhandlungstisch sind sie überhaupt nur durch die bewaffneten Aktionen der Befreiungsstreitkräfte, vor allem der ZANLA getrieben worden. Vergeblich haben sie versucht, mit den Verhandlungen auch einen Waffenstillstand durchzusetzen. Aber die Patriotische Front hat aus früheren Entspannungsmanövern und Verhandlungen gelernt und während der Gespräche in Malta den Volkskrieg nicht nur fortgesetzt, sondern mit dem Angriff auf eine von den Imperialisten betriebene Goldmine unmittelbar in der Nähe Salisburys einem neuen Höhepunkt entgegengeführt. Die zwei weißen Chefs der Goldmine sind bei dem Angriff erschossen worden. Das Siedlerregime muß in seinen eigenen Militärkommuniqués immer häufiger Verluste eingestehen. Jetzt war es gezwungen, eine allgemeine Warnung herauszugeben, die *Hauptstraßen* des Landes nur noch bei Tag zu benutzen, weil sonst die Sicherheit nicht garantiert werden könnte. Der Versuch des Ian Smith, sich mit einigen früheren Nationalisten, die sich in Marionetten verwandeln haben lassen, zu einer „inneren Lösung" zusammenzufinden, wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn Smith und die Imperialisten mit dieser „inneren Lösung" nicht in Wirklichkeit die direkte Intervention der imperialistischen Truppen vorbereiten würden. Wer soll ihm denn die Hauptstraßen sichern? Die Marionetten können das nicht, sie sind ohne Waffen, und haben auch keine Leute, die die Waffen für ihre verräterischen Geschäfte aufnehmen würden. Ihre Funktion besteht einzig und allein darin, eine schwarze Unterschrift unter die Aufforderung nach imperialistischer Hilfe für die Sicherung des Kolonialregimes zu setzen.

Die britischen und amerikanischen Imperialisten haben gehofft, durch das Manöver der „Inneren Lösung" die Patriotische Front in Malta entweder zu prinzipiellen Zugeständnissen zu treiben oder spalten zu können. Da die Patriotische Front jedoch den bewaffneten Kampf fortsetzt und verstärkt und auf dieser Grundlage den Kampf an der diplomatischen Front führt, ist das Gegenteil eingetreten: Die drei Verhandlungspartner des Ian Smith haben sich bisher noch nicht getraut, ihre gemeinsame Unterschrift unter die von Ian Smith und den Imperialisten diktierten Verfassungsdokumente zu setzen. Kurz vor Abschluß der Verhandlungen in Salisbury und unmittelbar vor Beginn der Gespräche in Malta hat Bischof Muzorewa sogar die Verhandlungen verlassen. Inzwischen ist er zwar wieder zurückgekehrt, aber die Unterschriften von Sithole, Chirau und Muzorewa hat Smith noch immer nicht. Das Ganze zieht sich hin.

(Fortsetzung Seite 2)

Die kämpfenden Bauern in den USA haben die Unterstützung der gesamten Arbeiterbewegung



Wer soll ihm denn die Hauptstraßen si- neten Kampf fortsetzt und verstärkt (Fortsetzung Seite 2)

Die kämpfenden Bauern in den USA haben die Unterstützung der gesamten Arbeiterbewegung



„Ohne Geld keine Aussaat, keine Ernte!" „Nahrung wird nicht im Kaufhaus gemacht", sind Parolen, die die seit 2 Monaten in zähen Kämpfen stehenden US-Farmer auf ihre Transparente malen. Um ihre Hauptforderung nach kostendeckenden Erzeugerpreisen durchzusetzen, haben die Bauern Demonstrationen und Aktionen in allen Bundesstaaten durchgeführt. *Unser Bild* zeigt die zweite Demonstration der US-Farmer im Januar 1978. Die Bauern führen eine Streikversammlung im Landwirtschaftsministerium durch. Andere Bauern haben zur selben Zeit das Büro des Landwirtschaftsministers Bergmann besetzt. Den Kern der Bewegung bilden die Weizenfarmer. Bei allen Bauern ist das Einkommen in den letzten Jahren drastisch gesunken, bei den Weizenfarmern oft unter das absolute Existenzminimum, deshalb fordern die Bauern 100 prozentig kostendeckende Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der Kampf der Bauern in den USA trifft die Pläne der Carter-Regierung empfindlich, mit den Überschüssen der Getreideproduktion in den USA eine „Weizenwaffe" gegen die Forderung der Länder der Dritten Welt nach festen Mindestpreisen für ihre Rohstoffe zu errichten. Die US-Farmer können der Unterstützung der Arbeiterklasse gewiß sein, die ebenso in hartnäckigen und langwierigen Kämpfen steht. Durch den entschlossenen Streik der Bergarbeiter seit dem 6. Dezember 1977 ist die Kohleproduktion zum Erliegen gekommen. Seit über fünf Monaten streiken 10000 Arbeiter der Pullmann-Fabrik – einem Stahlbetrieb , der Schienenwagen herstellt – für mehr Lohn.

Kaum weniger Arbeitslose bis 1985 – „Klassische Mittel reichen nicht"

Prognos: Bewährt hat sich Kurzarbeit / Bürgerliche Presse: Arbeitnehmer zur Einkommenshalbierung bereit / Januar '78: In Norddeutschland 271224 Arbeitslose registriert

„Nicht nur die Prognos-Studie aus Basel, die für die Bundesrepublik bis 1980 Arbeitslosenzahlen bis zu 1,5 Millionen voraussagte, hat in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt, auch die von einem Mitarbeiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg (bezahlt aus den Beiträgen der Arbeiter) sorgte für Aufsehen. ... wenn es (das Wirtschaftswachstum) bei 3,5 Prozent bleibt, hält die hohe Arbeitslosigkeit bis 1985 an."

Müßig ist es, die Gründe, die alle Tatsachen auf den Kopf stellen, hier auseinanderzunehmen – die Gründe nennt auch keiner, sondern lediglich die Prognose ist in aller Munde, dem Munde der bürgerlichen Politiker und aller Bourgeois gegenüber den Arbeitern, wenn es darum geht, sie vom Lohnkampf abzuhalten.

Im vergangenen Jahr hat die Arbeitslosigkeit in Norddeutschland und Westberlin um etwa 20000 zugenommen.

Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen liegt im Arbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen bei etwa 15000. Im August waren von 144087 Arbeitslosen (nur für diesen Monat machte die Presse diese Angabe) 5637 schwerbehindert und 7871 über 59 Jahre alt. Nach den Wünschen der Kapitalisten – die Besetzung der Stellen für Facharbeiter und leistungsfähige Hilfsarbeiter bereitet oft Schwierigkeiten, so die Schreiberlinge – sind also 13508 eingestuft unter nicht vermittelbar, das sind fast 10% der von den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen.

Das werden 1978 auch nicht weniger, eher mehr. Zum Beispiel ist bekannt, die Klöckner-Kapitalisten planen in Osnabrück und Georgsmarienhütte gezielt die Entlassung älterer Mitarbeiter und den „Abbau" von 50% der schwerbehinderten Arbeiter, die sich die Knochen für die Klöckner-Profite kaputt schuften mußten – 13% der Belegschaft sind schwerbehindert.

In ihrem Leitartikel auf Seite 1 zum Neuen Jahr „Schmidt und Kohl: Arbeitslosigkeit ist für 1978 Thema Nr. 1/ Aufrufe zum Jahreswechsel" zitierte die „Hannoversche Allgemeine" u.a. den Bundeskanzler und seine Wünsche für das neue Jahr: „Ein erheblicher Schritt vorwärts bei der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes in Richtung auf höhere Beschäftigung".

„Wirtschaftliche Entwicklung" heißt Konzentration des Kapitals bei Vernichtung der Konkurrenz auf Grundlage verschärfter Ausbeutung und Rationalisierung, sowie Lohnsenkung im eigenen Betrieb. Sehen wir, wie diese Entwicklung mit „höherer Beschäftigung" übereinstimmt: Zum Beispiel, die Olympia Büromaschinen-Kapitalisten planen gerade, 700 Beschäftigte zwecks Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu entlassen, dasselbe hatten die Rollei-Kapitalisten mit 400 Arbeitern ebenfalls in Braunschweig gemacht, im Herbst 77. Der AEG-Konzern hat zum 1. Dezember 77 sein Zweigwerk in Vechta geschlossen – 135 sollen auf die Straße gesetzt werden – 800 haben dagegen demonstriert. Der Siemens-Konzern hat auf einer Betriebsversammlung in Westberlin mitgeteilt, daß 1976/77 11300 Mitarbeiter „eingespart" werden konnten, davon 4500 Entlassungen, und hat ab Mitte 78 Kurzarbeit angekündigt.

Klöckner hat vor, bei den Angestellten 1978 78 Angestellte zu entlassen; die Beschäftigten in der Hauptverwaltung wurden von 1972 712 Beschäftigte bis September 76 schon auf 423 gedrückt. Als Klöckner in Hagen-Haspe 300 Arbeiter entlassen will, spricht sich die Vollversammlung der Vertrauensleute Klöckner-Bremen einstimmig gegen diese Entlassungen aus und erklärt sich solidarisch mit dem Kampf der Arbeiter in Hagen-Haspe gegen die Entlassungen.

Jetzt hat die Landesregierung Niedersachsen mit dem Abschluß der niedersächsischen Gebietsreform, gegen die Zehntausende demonstriert haben und die als großangelegtes Strukturprogramm verkauft wurde, ihren Plan offengelegt. Als „notwendige Maßnahme zur Arbeitsplatzsicherung" plant sie mit dem letzten Schritt – der Zentralisierung auf vier große Regierungsbezirke – die Reduzierung der 1205 Beamten um 93 und der 1849 Angestellten um 424.

In all diesen Kämpfen und schon in den letzten Lohnkämpfen hat die Bourgeoisie an der Masche gestrickt, Solidarität mit den Arbeitslosen ist gleich Zurückhaltung im Lohnkampf und sich dabei auch noch des DGB-Vorsitzenden Vetter bedienen können: Fe-

(Fortsetzung Seite 2)

Der US-Imperialismus sucht nach der „Endlösung" der Nahostfrage

Kurz vor Reiseantritt in den Nahen Osten im Dezember letzten Jahres äußerte sich US-Außenminister Vance absichtsvoll, bei seinen Gesprächen mit den Führern im Nahen Osten wolle er vor allem die verschiedenen Standpunkte kennenlernen. Bis vor kurzem noch hätten die USA „Anstöße" geben müssen, damit es überhaupt Fortschritte gebe.

„Jetzt, da man in diesem Gebiet von allein aufeinander zugeht, besteht unsere Rolle darin, daß wir diese Bemühungen nach Kräften unterstützen und mithelfen bei der Suche nach einer endgültigen Lösung."

Die „Anstöße" des US-Imperialismus sind allesamt politische und wirtschaftliche Erpressungen der arabischen Staaten, die im Ergebnis zur Spaltung der arabischen Staaten führen sollen.

Nachdem die somalische Regierung im November 1977 den sowjetischen Sozialimperialismus aus dem Land gejagt hatte, verlangte Somalia von den USA Waffenhilfe. Die US-Imperialisten gaben daraufhin folgenden „Anstoß": Die USA rüsten Ägypten mit einem westlichen Waffensystem aus, dafür solle Ägypten die sowjetischen Waffen der ägyptischen Armee nach Somalia schicken. Der Weg der Waffenlieferungen solle über Saudi-Arabien gehen, das die Waffenlieferungen auch finanzieren soll. Dieser „Anstoß" des US-Imperialismus ist so heimtückisch wie verbrecherisch. Er zielt darauf ab, den Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus zu verwischen, die Einheit der arabischen Staaten zu sprengen, an ihre Stelle die imperialistische Konkurrenz der beiden Supermächte zu setzen. Zweck der Reise Vances war, einzelne arabische Staaten aus der Arabischen Front herauszubrechen, um dann von ihnen die Zustimmung zum „Friedensplan" Begins zu erpressen. Den US-Imperialisten kam es darauf an, Jordanien zur Befürwortung ihres Plans zu bringen und zur Teilnahme an einer sogenannten „Genfer Vorkonferenz" zu bewegen. Das von Israel besetzte Westjordanland sollte darüber in ein Ghetto für das palästinensische Volk unter israelischer Aufsicht verwandelt werden, um es vollständig und endgültig der imperialistischen Herrschaft zu unterwerfen.

Jordanien lehnte ab, es sei denn, alle arabischen Staaten würden daran teilnehmen. Knapp einen Monat später versuchte Carter, Jordanien zur Teilnahme an den israelisch-ägyptischen Verhandlungen zu bringen. Auch Carter hatte dabei keinen Erfolg. Nach diesen mißglückten „Missionen" im Nahen Osten kündigte er an, er wolle in Zukunft selbst die amerikanische Vermittlerrolle wieder aktiv übernehmen. Dabei legt Carter Wert darauf festzustellen: Amerika sei Vermittler. Die eigentlichen Verhandlungen aber müßten von den betroffenen Parteien geführt werden.

Scheinheilig lassen die US-Imperialisten Begin vorführen, um dahinter ihre verbrecherischen Absichten im Verborgenen zu halten.

„. . . Laßt Begin über die verpaßte Gelegenheit nachsinnen, die einzige Nation zu neutralisieren, die ihn militärisch wirklich bedrohen kann",

lamentiert die „New York Times" nach Abbruch der israelisch-ägyptischen Verhandlungen durch den ägyptischen Präsidenten Sadat. Anfang vergangener Woche stellte US-Verteidigungsminister Brown den Einsatz von amerikanischen Truppen „in den ölreichen Ländern am Persischen Golf" in Aussicht. Brown regte in diesem Zusammenhang erneut die von ihm früher vorgeschlagene Bildung einer in den USA stationierten mobilen Reservetruppe an. Eine solche „Feuerwehr", die in Krisenherde auf der ganzen Welt geschickt werden könnte, sollte aus einer Marine- und zwei Armeedivisionen bestehen und eine Stärke von 80000 bis 100000 Mann haben.

Diese Einheiten sollen Brown zufolge „für Eventualfälle strukturiert, bemannt und ausgerüstet sein, wie sie einem größeren Krieg in Europa vorausgehen können". (Frankfurter Rundschau, 30.1.78)

Der kommenden Unterredung mit Ägyptens Präsident Sadat sehen die US-Imperialisten mit gemischten Gefühlen entgegen.

„Es gehe dabei im wesentlichen um die ausgedehnte Prüfung der Fortschritte, die bisher in den ägyptisch-israelischen Verhandlungen erzielt wurden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.1.78)

Carter verbreitet gegenwärtig etliche „Kompromißformeln" und das angebliche Einlenken Sadats auf diese oder jene Formel, wie statt „Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes" „Bestimmung über ihr künftiges politisches Schicksal", „Mitwirkung des palästinensischen Volkes an ihrer Zukunft", „Räumung der besetzten Gebiete" (ohne daß diese territorial beschrieben sind) usw. Bereits vor der Unterredung mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat sollen die Weichen gestellt werden. Zuvor soll der stellvertretende Außenminister Atherton in Amman, Jordanien für die „Kompromißformel" Carters „gewinnen".

„Wir haben auch mehr als einmal erklärt, daß wir dazu bereit sind, mit den Vereinigten Staaten nach einer gemeinsamen Sprache in bedeutenden dringlichen Problemen von internationalem Charakter zu suchen",

erklärte der sowjetische Außenminister Gromyko anläßlich der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Unterzeichnung einer Nah-Ost-Erklärung im Oktober 1977, in der die beiden Hauptkriegstreiber den Völkern der Welt verkündeten, daß sie und nur sie über das weitere Schicksal der arabischen Nation zu befinden hätten.

Carter hat sich vor wenigen Tagen über die „passive" Haltung der Sozialimperialisten beschwert: Moskaus derzeitiges Verhalten im Nahen Osten beweist, daß es der Sowjetunion offenbar nicht darauf ankommt, den arabisch-israelischen Konflikt zu entschärfen. Carter setzt unumwunden auf den Sozialimperialismus, der in der Spaltung der arabischen Staaten in „fortschrittliche" und „reaktionäre" Staaten weitere „Erfolge" erzielen und damit dem US-Imperialismus in die Hände arbeiten soll. Der Sozialimperialismus hat genausowenig Interesse daran, daß der palästinensische und arabische Befreiungskampf Siege erringt. Um ihre strategische Ausgangsposition gegenüber dem US-Imperialismus zu verbessern, muß die Sowjetunion sich Einfluß- und Kapitalanlagesphären im Nahen Osten sichern. Wer sich die „Beute" dann endgültig sichert, wird man dann schon sehen, kalkulieren die US-Imperialisten.

Dem Sozialimperialismus sind in der jüngsten Zeit mehrere Schläge erteilt worden. Erst hat er den Rauswurf aus Ägypten hinnehmen müssen, wenig später in Somalia. Sollte der US-Imperialismus bei seinem „Kalkül" diese einfachen Wahrheiten außer Acht gelassen haben? Es spricht einiges dafür, daß es ihm nicht besser ergehen wird, als dem Sozialimperialismus. – (Z-Red.)

Die Imperialisten werden von den Völkern eingekreist

(Fortsetzung von Seite 1)

Dafür mußten der britische Außenminister Owen und Carters UNO-Botschafter Young gegenüber der Patriotischen Front zusichern, daß sie genau wie dieser eventuelle Ergebnisse der Verhandlungen in Salisbury für null und nichtig betrachten. Damit entfällt aber der Hauptzweck der „inneren Lösung", die Legalisierung des Kolonialregimes, um Interventionsgründe zu schaffen. Smith muß sich also weiterhin an ausgediente Fremdenlegionäre halten, die offensichtlich das Bedürfnis haben, nachdem sie in Vietnam und Algerien der Strafe des Volkes noch mal entronnen sind, in Zimbabwe ihrer gerechten Strafe entgegenzugehen. 300 ausgediente Fremdenlegionäre sind gerade in den letzten Tagen in Salisbury gelandet.

Außenminister Owen ist von den Gesprächen auf Malta in trüber Stimmung nach England zurückgekehrt. Dort stand er dem Parlament Rede und Antwort. „Am Ende und traurig", so berichtete der „Guardian", hätte Owen gesagt: „Ich sehe eine Lage eintreten, in der dieses Haus gezwungen sein könnte, die Anerkennung einer Regierung zu prüfen, die die Macht im bewaffneten Kampf erobert hat."

Aber die britischen Imperialisten zusammen mit ihren Verbündeten werden alles tun, um diese Situation zu verhindern. „Schande" und „Rücktritt" schrien die Abgeordneten der konservativen Opposition, als Owen ankündigte, er wolle weiterhin Verhandlungen führen, um diese Situation zu vermeiden. Es ist der Schrei nach der offenen Intervention. Der „Daily Telegraph" meint: „Die Sache ist einfach. Wenn die Guerillaführer an einem unabhängigen Zimbabwe teilhaben wollen, dann sollen sie sich an den Verfassungsgesprächen in Salisbury beteiligen. Wenn sie das nicht tun werden und sich nicht zu einem Waffenstillstand bereitfinden, bedeutet das, daß sie mit Waffengewalt den Sieg davontragen wollen. Das heißt, daß sie niedergeschlagen werden müssen." Das Kreuz ist nur, daß sie sich nicht niederschlagen lassen. Das Volk von Zimbabwe führt einen Volksbefreiungskrieg und findet wachsende Unterstützung bei den Völkern der Welt. Die Sache wäre einfach, wenn die Imperialisten nur mit ihren Absichten und nicht mit den Völkern der Welt rechnen müßten. Also wird die Sache für die Imperialisten in Wirklichkeit immer schwieriger.

In Westdeutschland und Westberlin ist die Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA und zur Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung aufgenommen worden. Am 1. Mai soll sie erfolgreich abgeschlossen und das Ziel am besten übererfüllt werden. Letzten Endes müssen die Profis der neuen Regierung vor allem mit inneren Schwierigkeiten fertigwerden.

Kaum weniger Arbeitslose . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

bruar 77 Kommentar in der „Hannoverschen Allgemeinen":

„Recht auf Arbeit: Der DGB-Vorsitzende Vetter hat gezeigt, in welcher Richtung gedacht werden muß, wenn wir nicht in die Sackgasse einer konservativen Veränderungsangst stecken bleiben wollen. Die vorhandene Arbeit muß so verteilt werden, daß möglichst alle, die arbeiten wollen, arbeiten können. Ein Teilverzicht auf bislang übliche Einkommenssteigerung darf dabei nicht ausgeschlossen werden. Die große Nachfrage nach Teilzeitstellungen zeigt auch, daß die Bereitschaft zur Einkommenshalbierung auf Arbeitnehmerseite vorhanden ist.

Dagegen sei es – im Februar 77 wohlgemerkt – weder dem Staat noch der Wirtschaft bislang gelungen, diese Nachfrage mit einem entsprechenden Angebot zu beantworten."

Das ist wirklich die Unverschämtheit auf den Gipfel gebracht – auf Seiten der Arbeiter fehlte es nicht an Bereitschaft zur Einkommenshalbierung, stattdessen fehlte es auf Seiten der Kapitalisten und ihres Staates angeblich an entsprechenden Angeboten.

Stingl vor den Niedersächsischen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden Hannover tanzt dabei vorne im Reigen: „. . . daher sei das Zusammenwirken in gemeinsamer und solidarischer Verantwortung erforderlich . . ."

Gegenüber dem NDR äußert die CDU sich zu ihrem Kommunalprogramm: „Wir haben, wie ich meine, insbesondere gezeigt mit unserem Aktionsprogramm für Arbeit und Solidarität, daß wir in der Frage der kommunalen Wirtschaftspolitik über ein Konzept verfügen . . ." Stoltenberg in einem Vortrag vor dem CDU-Wirtschaftsrat: „Die verantwortlichen Politiker sollten den Mut aufbringen, den Bürgern zu sagen, daß die Privateinkommen künftig wesentlich geringer ansteigen müssen als in der Vergangenheit, um die Zukunft sichern zu können" – Leisler Kiep, Finanzminister in Niedersachsen vor dem Hamburger Überseeclub: „Ursachen der Arbeitslosigkeit seien nicht Rationalisierung und Kulturwandel, sondern vor allem das im Vergleich zum Weltmaßstab zu hohe Lohnniveau in der BRD. Er hat zur lohnpolitischen Bescheidenheit aufgerufen." (Quelle: Kiep, NDR, 28.11.77)

So sprechen die Herren Politiker aber lediglich im Club, auf ihren Parteitagen, vor den Industrie- und Handelskammern, vor den Arbeitgeberverbänden, dann wird das von den bürgerlichen Journalisten in der Presse herumgeschmiert, garniert mit Rührseligkeit.

Hans Ulrich Klose allerdings hat in den letzen Tagen einiges hinzulernen müssen, dem NDR-Fernsehen antwortet er am Freitag befragt auf die herbe Kritk von FDP und CDU an dem Abschluß im Hafenarbeiterlohnkampf:

„Den CDU-Landesvorsitzenden und anderen, die sich geäußert haben, kann ich eigentlich nur vielleicht etwas unernst den Rat geben, mit ihrer Haltung in viele Versammlungen von Hafenarbeitern zu gehen, um ihnen dort zu erklären, daß sie eine Kostenexplosion bewirkt hätten."

Ob er's selber versucht hat!

Viel Angebot, viel Auswahl

Gesetz zur Vereinheitlichung der Berufsbildung in Vorbereitung

Um 2100 auf 97800 ist die Reservearmee von Jugendlichen unter 20 Jahren von Dezember 76 bis Dezember 77 angestiegen. 585900 Jugendliche suchten 1977 einen Ausbildungsplatz. Den Druck der Reservearmee haben die Kapitalisten genutzt, um die Berufsschulpflicht weiter zu unterhöhlen. Die Bund-Länder-Kommission hat dazu eigens ein Dringlichkeitsprogramm für „Sonderformen der beruflichen Grundbildung oder des Berufsgrundbildungsjahres" durchgesetzt. 18400 Jugendliche haben 1977 ihre Berufsschulpflicht in Werkklassen „abgedient" und stehen den Kapitalisten ein Jahr nach der Hauptschule zur freien Verfügung.

Jetzt hat die Bundesregierung den „Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems" beraten. Am 17. Februar soll er mit den Länderregierungen erörtert werden. Schmidt hatte diesen Bericht mit seiner Regierungserklärung vom Dezmber 76 in Auftrag gegeben. Rohde hat ihn kurz vor seinem Abgang vorgelegt.

Ergebnis der Recherchen: Das Bildungswesen, insbesondere das berufliche, soll in den Händen der Bundesregierung zentralisiert werden. Der Bund müsse die Zuständigkeit für die Naht- und Gelenkstellen des Bildungssystems haben: Für die Bildungspflicht, die Bildungsabschlüsse und -übergänge und die inhaltliche Ordnung der beruflichen Bildung.

Was die Bildungspflicht betrifft, so soll die Vernichtung der Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr rasant weiterbetrieben werden. Schon 1982 sollen 44400 Jugendliche der Berufsschulpflicht beraubt sein. Für die Bildungsabschlüsse und -übergänge sind die entscheidenden Naht- und Gelenkstellen im Bericht der Bundesregierung festgehalten:

1. Die Übergangssysteme von der Grundschule zu weitergehenden Bildungsgängen,
2. Die Übergangs- und Abschlußsysteme nach Beendigung der Sekundarstufe I,
3. Die Übergangs- und Abschlußsysteme nach Beendigung der Sekundarstufe II.

Wieviel Jugendliche wie lange in welche Zwangsjacke welcher Bildungsanstalt gezwängt werden sollen, diese entscheidende Aufgabe der Auslese und Unterdrückung der jugendlichen Arbeitskraft soll die zentrale Staatsgewalt selbst in die Hand nahmen.

In seiner letzten Regierungserklärung hat Schmidt „Weitsicht" für die Zeiträume bis 1990 gefordert. Bis 1990 würde die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung um 1,5 Mio. ansteigen. Viel Angebot – viel Auswahl. Bei soviel zusätzlicher disponibler Arbeiterbevölkerung muß sorgfältig und einheitlich aussortiert werden. Derzeit herrsche auf Grund der Verantwortung der Länder in dieser Frage hilfloses Durcheinander. Auf die richtige „politische Nutzanwendung" kommt es an, sagt Schmidt. Die Aufteilung der zukünftigen Arbeiterarmee in gewöhnliches Arbeitsvieh, Facharbeiter, Antreiber, Aufseher und Oberaufseher und vor allem in Reservebataillone zwecks Druck auf den Lohn muß den Kapitalisten rundum nutzen. Die Spaltungslinien müssen richtig gezogen werden. Dafür ist der föderative Ausleseapparat zu schwerfällig. Verschiedene Ausleseverfahren und Abschlüsse erschweren die einheitliche Nutzanwendung für die Kapitalistenklasse.

„Vielfalt und Differenzierung der Bildungsangebote sind notwendig", heißt es im Bericht der Bundesregierung. Und so sollen die jugendlichen Arbeitskräfte sortiert werden:

– nach dem einheitlichen berufsbezogenen 10. Schuljahr gleich zum Anhängsel der Maschine
– oder nach dem Berufsgrundschuljahr, der Berufsschulpflicht entledigt, frühzeitig in die Fabrik,
– oder, nach überbetrieblicher Ausbildungsanstalt bzw. „dual" in Berufsschule und Lehrwerkstatt abgerichtet, stufenweise in die Produktion
– oder an Berufsfachschulen zum Antreiber, an Fachoberschulen und Hochschulen zu Aufsehern und Oberaufsehern abgerichtet.

In all diesen Sortiervorgängen müsse zentralisiert und vereinheitlicht werden, sagt der Bericht.

Für eine solche Aufgabe braucht die Kapitalistenklasse die Schmidt-Regierung. Und die braucht für ein solches Gesetz die Opposition, weil dazu eine Verfassungsänderung und damit eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Die Regierung ist zuversichtlich. Bei der Kontaktaufnahme mit den Ländern sei deutlich geworden, daß es keine geschlossene Einheitsfront gegen die Reform gibt. Beim HRG sei es ja auch mit den CDU/CSU-regierten Ländern gegangen. Richtig, und zwar mit Zunder. An der christlichen Reaktion soll es nicht scheitern.

Ein Kurs in Sterbehilfe

„Ein Kind freute sich auf den Tod", so stand es über dem Bild eines „reizenden" Jungen in den „Kieler Nachrichten" vom 28.1.78. Um dies schreiben zu können, haben bereits vor Inkrafttreten des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes so hochangesehene Professoren wie der Berater der Bundesregierung und Träger des Bundesverdienstkreuzes am Band, Professor Schäfer, sich zum „Sterben mit Spaß" geäußert.

Schon wegen der hohen Kosten, „300000 DM für ein Menschenleben . . ., ob uns eine humane Welt dieses viele Geld wert ist". Und sowieso, wie ist das mit dieser Humanität, ist es „nicht unnatürlich, alte Menschen an Maschinen zu hängen, darf man den Hahn abdrehen, die Maschine ausstellen, die Medikamente absetzen? Ist das nicht auch im Interesse der Patienten, Ärzte und des Pflegepersonals?"

Kaum war das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz von der Bundesregierung verabschiedet, fand landauf, landab die Beratung dieser Bourgeoisideologen statt. „Bild", „Stern", alle hatten sie ihre Sterbewilligen, je breiter die Geschichte verhandelt wurde, desto mehr unheilbare Krankheiten mußten her. Die Kirchen verhandelten das ganze christlich und befanden, daß es unter Nächstenliebe falle, diese armen Menschen von ihrer Qual zu befreien. Um die Ärzte für diesen menschlichen Akt zu gewinnen, wurden, wie in Hamburg, Arbeitskreise über „Sterbehilfe" gegründet. Doch damit nicht genug, es galt auch, die Arbeiter und Angestellten, die in den Krankenhäusern und Pflegeheimen liegen, die Beschäftigten dort und die Studenten und Auszubildenden dafür zu gewinnen.

An der Medizinischen Hochschule Hannover wurde dafür von der Akademie für Sozialmedizin Anfang November '77 ein Kongreß über „Sterbehilfe bei Kindern und Erwachsenen – Ohnmacht und Aufgabe" von dem Professorenpack abgehalten. Präsident der Akademie ist Sozialminister Schnipkoweit. Gleich zu Anfang wurde von diesen Ordensträgern betont, daß es nicht um Euthanasie ginge, sondern um „Beistand". „Die Haltung zum Tod in unserer Gesellschaft ist überwiegend negativ, die Aufgabe sei es, einen Umbruch einzuleiten", forderte Ministerialdirigent Brunn. Dr. Schmoll von der MHH sagte es noch deutlicher, ein Patient mit einer schweren oder tödlichen Erkrankung verliert seinen „Wert für die Gesellschaft" und es gelte das „Sterben erlebenswert zu machen". Damit das auch in den Köpfen der Medizinstudenten bleibt, wurde im Wintersemester gleich ein Kurs über „Das Altern – Sterben – Tod – Überleben" eingerichtet. Gleichzeitig soll als Prüfungsstoff für den zweiten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung die „Wirtschaftlichkeit und Kostenrelevanz" und „der Umgang mit unheilbar Kranken und Sterbenden" aufgenommen werden.

60 Milliarden Mark will die Bundesregierung mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und dem 20. Rentenanpassungsgesetz aus den Sozialversicherungen für die Kapitalisten rausholen. Dafür sollen einige tausend Arbeiter und Angestellte freudig sterben, und dies verrottete Geschäft sollen die Beschäftigten in den Krankenhäusern übernehmen. Die Rechnung geht nicht auf. Das, was ihr wollt, mögt ihr's nennen, wie ihr's wollt, ist Euthansie und drückt nur die Verfaultheit eurer Klasse aus. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern kümmern sich um die kranken Arbeiter und pflegen sie gesund. Da kommt auch so ein Stationsarzt wie im Frederikenstift in Hannover nicht durch, der einem alten Patienten, der im Koma liegt, die Medikamente gestrichen hat und „auf den Abflug wartet".

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH., Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 6/78: 32000

Heuchelei bei der Suche nach einer Ausrede – Sozialimperialisten wollen die Neutronenbombe

Acht Jahre führen die Supermächte die „gegenseitigen Gespräche zur Beschränkung der strategischen Rüstung". Rausgekommen sind die zwei gesonderten Dokumente SALT I und II, die als so großartig gefeiert werden. Acht Jahre lang und länger peitschen sie die Rüstungsproduktion voran. Die UdSSR hat aufgrund verschärfter Ausbeutung der russischen Arbeiterklasse ein großes Übergewicht in der Nuklearrüstung erreicht. Als Gegenschlag der US-Imperialisten nun die Neutronenbombe. In KVZ 33/77 haben wir bereits ausgeführt, daß ihnen diese neue „Superwaffe" keine qualitative Verbesserung bringt. Der Trubel um die N-Bombe dient den westlichen Imperialisten dazu, mit der Propaganda „Abschreckung für den Frieden" Kriegsvorbereitungen zu treffen.

„Wir" hätten jetzt wieder gewisse Vorteile gegenüber den überstarken Panzerverbänden des Warschauer Paktes und ähnliches mehr tönt aus dem imperialistischen Blätterwald.

Die Sozialimperialisten kennen die „Stärke" der N-Bombe sehr genau und haben die Möglichkeit ergriffen, mit der Kampagne „Kampf der Neutronenbombe" ideologisch wieder Boden gut zu machen, den sie durch die andauernde „Menschenrechtskampagne" verloren haben. Der vorläufige Höhepunkt sind die Briefe Breschnews an alle Regierungen Westeuropas, auf die Produktion der Neutronenbombe zu verzichten. Keiner dieser Erpresserbriefe ist veröffentlicht worden, doch kann man aus einem Interview Breschnews mit der „Prawda" vom 23.12.77 zu seinem geplanten Besuch in der BRD sehen, was er mit den Briefen will: „Nehmen Sie z.B. die Neutronenbombe. Derzeit wird der Welt diese unmenschliche Waffe aufgedrängt. Sie ist besonders dadurch gefährlich, daß man sie als eine ‚taktische', fast ‚harmlose' Waffe ausgibt. Damit versucht man die Grenze zwischen den konventionellen und Kernwaffen zu verwischen und den Übergang zu einem nuklearen Krieg für die Völker gewissermaßen unmerklich zu machen. Das ist eine glatte Lüge, ein Betrug an den Völkern. Die Neutronenbombe wird nachdrücklich für eine Stationierung in Westeuropa empfohlen. Nun, es mag sein, daß jene, die weit entfernt von Europa leben, dies leicht und einfach nehmen. Doch die Europäer, die, bildlich gesprochen, unter einem Dach leben, werden vermutlich anderer Meinung sein. Es wird ihnen wohl kaum recht sein, daß dieses ihr gemeinsames Dach, das sich ohnehin schon unter dem gewaltigen Gewicht der Waffen durchbiegt, einer weiteren zusätzlichen gefährlichen Belastung ausgesetzt wird. Die Sowjetunion ist entschieden gegen den Bau der Neutronenbombe. Wir verstehen und unterstützen voll und ganz die Stimme der Millionen Menschen in allen Teilen der Welt, die gegen sie protestieren. Doch wenn diese Bombe im Westen entwickelt wird – gegen uns entwickelt wird, woraus keiner den geringsten Hehl macht – dann muß man sich dort darüber völlig im klaren sein, daß die UDSSR kein passiver Beobachter bleibt. Wir werden vor die Notwendigkeit gestellt, auf diese Herausforderung zu antworten, um die Sicherheit des sowjetischen Volkes, seiner Verbündeten und Freunde zu gewährleisten. Im Endergebnis wird das alles das Wettrüsten auf eine noch gefährlichere Stufe heben. Wir wollen das nicht, und darum schlagen wir vor, über einen gegenseitigen Verzicht auf die Produktion der Neutronenbombe zu verhandeln, um die Welt vor dieser neuen Vernichtungswaffe zu bewahren ... Das ist unser Vorschlag an die Westmächte."

Unschuldslämmer im Briefwechsel. Frankreichs Regierung hat bereits geantwortet. Die Antwort wird sich nicht groß unterscheiden, jeder will den Frieden, man sei zu Verhandlungen bereit, ausgeglichene Abrüstung und der ganze Schmus.



Aus Breschnews Worten spricht die Profitgier und das Streben nach Weltherrschaft. Aggressiv und kriegslüstern sind die Sozialimperialisten, schieben den Kampf der Völker gegen ungerechte Kriege vor und beteuern dann „triefend vor Verzweiflung" den Zugzwang, „das Wettrüsten auf eine noch gefährlichere Stufe heben" zu müssen. Und die imperialistischen Mächte, vorneweg die beiden Supermächte, heben ja ständig und kräftig.

Mit den Vereinbarungen auf Beschränkung der nuklearen Rüstung haben sich die Imperialisten, besonders aber die Sozialimperialisten genug Spielraum verschafft, Rückstände aufzuholen. Durch qualitative Verbesserung wird die quantitative Beschränkung unterlaufen. Außerdem werden die Mittelstreckenraketen modernisiert. Das Interimsabkommen verbietet zwar „beiden Seiten" den Ersatz von ICBM oder „leichteren" durch „schwere" Raketen, jedoch nicht den Austausch dieser Typen in SLBM. So wollen die Sozialimperialisten bis Ende der 70er Jahre auf 62 U-Boote mit 950 SLBM kommen. Ihre strategischen Bomber (Tupolew V-g) sind für Luftbetankung eingerichtet und können daher auch für Ziele in die USA eingesetzt werden. Alle Anstrengungen werden unternommen für die Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen (MIRV):

Die schwersten Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen sind: Typ H (SS-18) 6x1 Mt, Typ I (SS-17, SS-18) 8x1 Mt, Typ J (SS-17, SS-18) 5x200kt, Typ K (SS-19) 4x200kt, Typ L (SS-19) 6x200kt. Die Neuentwicklung SS-20 übertrifft alle bisherigen Entwicklungen. Ihre Stationierung ist für die westliche Sowjetunion vorgesehen.

Diese noch recht grobe Auflistung zeigt schon deutlich, daß die Sowjetunion auf dem nuklearen Sektor ihrer Kriegsrüstung topfit ist und das Briefeschreiben pure Heuchelei. SEW und DKP hängen dran. Ihre Kampagne: Verbot der Neutronenbombe muß treffender bezeichnet werden als: Verbot von dem, was die Sozialimperialisten nicht haben. Die Arbeiterklasse kann sich aber auf keine der beiden Seiten stellen! Es ist ein erneuter Beweis, daß die Imperialisten jeder Schattierung nicht den Frieden, sondern den Krieg und die Weltherrschaft wollen, daß dem drohenden imperialistischen Krieg mit der Revolution zuvorgekommen werden muß. Ein fester Bestandteil des Kampfprogramms der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen für die proletarische Weltrevolution ist:

- Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen!
- Abzug aller fremden Truppen!
- Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen!

Nuklearer Rüstungsstand 1974/75

	Mitte 1974		Mitte 1975	
	USA	UdSSR	USA	UdSSR
Offensive Systeme				
ICBM (a)	1054	1575	1054	1590
SLBM (b)	656	660	656	700
Strategische Bomber (c)	500	140	498	160
Sprengköpfe	7650	2500	8500	2800
Defensive Systeme				
ABM-Abschußrampen	–	64	–	64
Abfangjäger (d)	539	2600	405	2500
SAM-Abschußeinrichtungen	–	10000	–	10000
Luftvert.überwach.radar	67	4000	67	4000

(a) Interkontinentalraketen ohne Testwaffen
(b) U-Bootraketen ohne Raketen auf dieselbetriebenen U-Booten
(c) Ohne Bomber, die als Aufklärer und Tanker eingerichtet sind
(d) Gesamtsumme
(Quelle: Österreichische Militärische Zeitschrift, 5/1975)

US-Imperialisten reißen sich Kanadas Energieproduktion unter den Nagel

Vizepräsident Mondale in Kanada

Der kürzliche Besuch des US-Vizepräsidenten Mondale in Kanada ist ein Zeichen dafür, daß die US-Imperialisten die Situation für reif halten, sich die kanadischen Energievorräte endgültig als ihr Eigentum zu sichern. Lange haben sie auf diesen Schritt hingearbeitet. Kanada ist reich an Erdöl und Erdgas, von dem es bisher nur in bescheidenem Umfang Gebrauch macht. Zwar sehen die Pläne der Regierung eine Steigerung der Elektrizitätserzeugung in Wärmekraftwerken vor, nahezu 79% der Grundlast sollen aber auch in Zukunft aus Wasserkraftwerken geliefert werden. Das läßt die US-Imperialisten nicht ruhen. Sie wollen die Nutzung der Öl- und Gasvorräte selbst in die Hand bekommen.

Zwei Jahrzehnte hat es gedauert, bis dafür die Grundlage geschaffen wurde. In den 50er Jahren war Kanada einer der Gläubiger auf dem Weltmarkt und deshalb Erpressungsversuchen der USA schwer zugänglich. Inzwischen ist es zu einem Schuldnerland geworden, dessen Auslandsschuldenbilanz nahezu 2 Mrd. Dollar beträgt. Einziger Gläubiger Kanadas (unter Berücksichtigung der kanadischen Guthaben im Ausland) sind die USA, die die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien seit den 50er Jahren weit aus dem Feld schlagen konnten. US-amerikanisches Kapital kontrolliert heute über ein Viertel der kanadischen Unternehmen, während der Anteil des britischen Kapitals auf deutlich unter 10% zurückgegangen ist. Dabei ist das US-Kapital zielstrebig in den Erdöl- und Bergbausektor eingedrungen, die es inzwischen zu über drei Vierteln bzw. zur Hälfte kontrolliert.

Erste Anzeichen für die verstärkte Plünderung der kanadischen Rohstoffe durch die US-Imperialisten gab es gegen Ende der 60er Jahre, als die Stromlieferungen Kanadas an die USA sprunghaft anschwollen. Die Zahlen zeigen deutlich das vergebliche Bemühen der kanadischen Regierung, den Ausverkauf des Landes an die USA in Grenzen zu halten: Nach einer 1975 vorgelegten Planstudie sollten die vertraglich festgelegten Stromlieferungen von 835 Mio. KWh 1964 auf knapp 7000 Mio. KWh steigen, das sind knapp 2% der kanadischen Stromproduktion. Gleichzeitig waren weitere 12900 Mio. KWh „freiwillige", d.h. vertraglich nicht festgelegte Lieferungen vorgesehen. Schon ein Jahr nach Veröffentlichung des Planes hatten die USA erreicht, daß fast 1000 Mio. KWh dieser „freiwilligen" Lieferungen mit in langfristige Verträge aufgenommen worden waren.

Seitdem ist die Kontrolle des US-Imperialismus über die Energiequellen Kanadas immer umfassender geworden. Um so mehr hat die kanadische Bourgeoisie sich bemüht, durch Kapitalinvestitionen in andere Länder selbst an die Ausbeutung ausländischer Arbeitskraft heranzukommen. Den ausländischen Investitionen von weit über 50 Mrd. Dollar in Kanada stehen deshalb fast 30 Milliarden im Ausland investiertes kanadisches Kapital gegenüber. Etwa die Hälfte davon ist in Produktionsanlagen in den USA angelegt, ein Viertel in Commonwealth-Ländern. Dabei hat Kanada seit den 50er Jahren gegenüber allen anderen Ländern außer den USA seine Position ausbauen und sogar gegenüber der alten Kolonialmacht Großbritannien eine positive Bilanz erreichen können. Die US-Imperialisten macht das nur noch unruhiger. Sie wollen nicht nur an die kanadischen Rohstoffe heran, sondern über Kanada auch ihre eigene Ausplünderung fremder Länder verstärken.

In den von Vizepräsident Mondale jetzt ausgehandelten Abkommen haben die US-Imperialisten eine bedeutende Steigerung des kanadischen Erdgasexports durchsetzen können. Außerdem soll mit dem gemeinsamen Bau einer Erdgasleitung nach den USA begonnen werden. Um ihre Plünderungsmaßnahmen zu bemänteln, haben die USA scheinheilig zugesichert, nach Fertigstellung der Gasleitung einiges Gas wieder zurückzuliefern. Eine weiterer Punkt des Abkommens ist eine Durchführbarkeitsstudie über die Anlage gemeinsamer strategischer Erdgas- und Eröllager in stillgelegten kanadischen Bergwerken, die gemeinsam finanziert werden sollen. 3 Milliarden Tonnen kanadisches Öl sollen dort eingelagert werden. Damit wollen die US-Imperialisten Kanada in ihre Versuche einspannen, die gemeinsame Front der OPEC-Länder zur Verteidigung ihrer Öleinnahmen zu zerbrechen.

Als Gegenleistung hat Mondale eine Anhebung der Freigrenze für Touristen aus den USA angeboten. Kanadas Defizit gegenüber den USA soll dadurch verringert werden, daß das Land weiter zu einer Urlaubsprovinz ausgebaut werden soll, bei gleichzeitiger Ausbeutung der kanadischen Rohstoffe durch den US-Imperialismus.

Kanada ist ein imperialistisches Land der Zweiten Welt. Der Mehrwert, den die Bourgeoisie aus der kanadischen Arbeiterklasse preßt, dient der Ausbeutung der Arbeiter anderer Länder. Gleichzeitig steht das Land in starker Abhängigkeit vom US-Imperialismus. Das führt zu besonderen Spannungen zwischen den kanadischen und den US-Imperialisten. So hat Mondale, um zu den Plünderungsverträgen zu kommen, zusichern müssen, daß die US-Regierung bei Ermittlungen gegen in Kanada registrierte US-Unternehmen künftig bei Verstößen gegen die Kartell- und Antidumpinggesetze nicht mehr die US-Gerichte direkt einschalten, sondern die kanadische Regierung um Hilfe angehen will.

Die Provinzregierung von Alberta, das bis vor wenigen Jahren überhaupt keinen Strom in die USA geliefert hat, hat bereits angekündigt, daß sie der Zentralregierung ihre Zustimmung zum Vertrag nur geben wird, wenn die USA dafür für petrochemische Produkte Vorzugszölle einräumen. Gleichzeitig wächst der Widerstand der Volksmassen. Die Bewegung der französischsprechenden Kanadier nach Autonomie der Provinz Quebec bezieht aus dem Kampf gegen die Abhängigkeit vom US-Imperialismus starke Triebkräfte. Premierminister Trudeau hat versucht, diese Bewegung aufzufangen, indem er Französisch zur zweiten Amtssprache gemacht hat. Erst vor wenigen Tagen hat er in persönlichen Verhandlungen verhindern müssen, daß der größte Versicherungskonzern Sun Life seine Hauptverwaltung mit 1800 Angestellten deshalb von Quebec nach Toronto verlegt. Nicht ohne Grund hat Mondale Trudeaus Bemühungen, gegen die wachsende Volksbewegung immer neue Manöver durchzuführen, als „besonderen Glücksfall für die westliche Welt" bezeichnet. – (Korrespondentenbericht Liverpool)

KSZE-Folgekonferenz Belgrad

Hinter „Schlußdokument" und „Menschenrechtsdebatte" das Panzergerassel der beiden Supermächte

Die Kommentare der bürgerlichen Presse über die gegenwärtige Entwicklung der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad sind im allgemeinen düster: „Herumreden", „Viel Phrasen, wenig Substanz", „Frustierend" heißt es da allerorten. Gegenwärtig geht es um die Erstellung des Abschlußdokuments der Konferenz, über das sich beide Supermächte kräftig in der Wolle liegen.

An der Folgekonferenz in Belgrad, die zur „Überprüfung der Ergebnisse von Helsinki" dienen soll, nehmen alle Staaten Europas außer dem sozialistischen Albanien teil sowie die USA und Kanada. Die beiden Supermächte haben auf dieser Konferenz versucht, Spaltungslinien innerhalb der imperialistischen Blöcke aufzureißen bzw. diese zu sprengen, was zu erheblichen Widersprüchen untereinander geführt hat. Die Sozialimperialisten, die vor allem die Helsinki-Konferenz in Gang gebracht hatten und damit den USA-imperialistischen Konkurrenten ideologisch angeschlagen sowie die eigenen Kriegsvorbereitungen propagandistisch vertuscht haben, wollen gegenwärtig die Konferenz ganz rasch beenden. Es ist nämlich ihrem Hauptkonkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft, den USA, gelungen, mit seiner „Menschenrechtskampagne" und der Debatte um den „Korb 3" der Helsinki-Konferenz nunmehr die Sozialimperialisten in die Defensive in der propagandistischen Kriegsvorbereitung zu drängen, aus der diese noch immer nicht recht wissen, wie sie dort herauskommen sollen. Die USA-Imperialisten versuchen nun auf der KSZE-Konferenz bei der Abfassung des Schlußdokuments die „Menschenrechtskampagne" in die Abschlußdokumente zu bekommen mit der Absicht, ihre Angriffsposition gegenüber dem Sozialimperialismus auszubauen. „Es müßte ein angemessener Verweis auf den Artikel 7 (der Schlußakte von Helsinki) gemacht werden in bezug auf die Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten des Denkens, Gewissens, der Religion und des Glaubens", so der USA-Vertreter Goldberg auf der Konferenz. Die Sozialimperialisten wollen das verhindern, sind aber in ihrer Argumentation vergleichsweise schwach. Angesichts ihrer ungeheueren Aufrüstung, insbesondere auch der Nuklearrüstung ist ihre Kampagne gegen die Neutronenbombe nicht stark genug, um von der politischen Unterdrückung in der Sowjetunion, an der die USA-„Menschenrechtskampagne" anknüpft gegenüber der Sowjetunion, abzulenken. Konkret sagen die Sozialimperialisten: „Wir könnten auch, aber wir wollen nicht." So schreibt die „Neue Zeit": „Auch könnten die Sozialistischen Länder nicht wenig über die Haltung macher westlicher Länder zu den Helsinki-Beschlüssen sagen, darunter über die Menschenrechte, die zwischenmenschlichen Kontakte und den Informationsaustausch."

Auf dieser Linie versuchen die Sozialimperialisten jetzt ein Abschlußdokument durchzusetzen, in dem „zweifellos erneut die auf der Belgrader Konferenz ausgedrückte Treue der Teilnehmerstaaten zum Geist und Buchstaben der Schlußakte bekräftigt werden. Es muß die Entschlossenheit unterstrichen werden, auch weiter in der Praxis deren Bestimmungen zu erfüllen. Bekanntlich wurden alle wichtigen Beschlüsse zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa schon in Helsinki auf höchster Ebene gefaßt und in der Schlußakte niedergelegt. Die Schlußakte ist ein sorgfältig ausgewogenes Programmdokument, das auf viele Jahre berechnet ist. Es wäre merkwürdig, wenn auf dem Belgrader Treffen, das auf dem Niveau von Vertretern der Außenminister stattfindet, diese Schlußakte neu formuliert oder neu ausgelegt werden würde. „Die Teilnehmer des Treffens in Belgrad haben es nicht nötig, Zeit für weitere Versuche zu vergeuden, um eindeutig unannehmbare Vorschläge irgendwie aufzufrischen", heißt es in einem Kommentar von Radio Moskau. Stattdessen schlagen die Sozialimperialisten verschiedene „Expertenkonferenzen" vor, die „zur Erfüllung der Schlußakte beitragen" sollen. Die „neutralen und blockfreien" Staaten haben in den letzten Tagen einen „Kompromißvorschlag" vorgelegt, im einzelnen nicht veröffentlicht, weil informell, der nach Berichten der österreichischen Presse „von den Prinzipien bis zu den Menschenrechten alles umfaßt." Entscheiden werden über die Schlußakte die Supermächte. Einiger Propagandalärm ist noch zu erwarten, denn bis Ende Februar soll alles über die Bühne sein.

Die Forderungen der Volksmassen in den europäischen Ländern werden von den Imperialisten einhellig abgelehnt. Sie wissen, die Forderungen nach restlosem Abzug aller Truppen aus Europa und Beseitigung aller fremden Militärstützpunkte, Abzug der imperialistischen Flotten aus dem Mittelmeer, Nordsee und Ostsee, Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse und Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen ist direkt gegen ihre Expansions- und Kriegsvorbereitungen gerichtet und sind Bestandteil auf dem Weg zur sozialen Revolution in den einzelnen europäischen Ländern. – (Korrespondentenbericht Wien)

Vorgänger Ehrenbergs

Sozialdemokratische Dienste zur Wegbereitung der Brüningschen Notverordnungspolitik, der nationalsozialistischen „Sozialversicherungsaufbaugesetze“ und der „Rentenneuregelung“ Adenauers

„Alles in allem ist dieser Etat des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung nun weiß Gott kein Krisen- oder Katastrophenhaushalt. Er enthält, wie alle anderen Etats, Risiken, z.B. bei der Bundesanstalt in Nürnberg ...“, erklärte der Abgeordnete Grobecker (SPD) zum Abschluß seiner Begründung des Ehrenberg-Haushalts im Deutschen Bundestag.

In der Tat, dem westdeutschen Finanzkapital ist es gelungen, durch Verwandlung der Sozialversicherungsverwaltung in einen Bestandteil seines staatlichen Unterdrückungsapparates und durch Reformgesetze, die die Erfahrungen des Finanzkapitals im Kampf gegen die Arbeiterklasse enthalten, eine Lage zu schaffen, in der die „Schließung von Rentenlöchern“ durch die Beseitigung von Rentnern und durch Kürzung der Löhne als gewöhnlicher Bilanzausgleich von den Ministerialbeamten und Abgeordneten verhandelt wird.

Der Farbwechsel der Sozialdemokratie im Klassenkampf hat diese Partei von einem revolutionären Verfechter der Forderung der Arbeiterklasse nach „Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten“ zu einem zuverlässigen Werkzeug der Bourgeoisie im Kampf gegen die Durchsetzung des ausreichenden Versicherungsschutzes, der Selbstverwaltung durch die Versicherten und ihrer Bezahlung durch die Kapitalisten gemacht.

Zwischen Bismarcks Sozialpolitik und Ehrenbergs Kostendämpfung gibt es keinen „Bruch“, sondern bloß Tradition und wachsende Reaktion auf seiten des Finanzkapitals.

„... Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutze der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.“

Von Enteignung des kapitalistischen Privateigentums ist keine Rede mehr. Stattdessen:

„Kontrolle des Reichs über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem über die Interessensgemeinschaften, Kartelle und Trusts ... Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.“

Als Gegner des revolutionären Programms der Arbeiterklasse werden sie auch zu Gegnern der Forderung der Arbeiterbewegung nach von den Kapitalisten zu zahlenden und den Versicherten selbständig zu verwaltenden Sozialversicherungen:

„Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge.“

Die Sozialdemokratie wurde zum Arzt am Krankenbette des Kapitalismus. Zunächst als führende Regierungspartei, sodann in Koalition mit den bürgerlichen Parteien versuchte die SPD, den deutschen Imperialisten wieder Bewegungsfreiheit vor allem gegen die Reparationsforderungen der Siegermächte des ersten imperialistischen Weltkrieges zu verschaffen – auf Kosten der Arbeiterklasse, die in eine elende Lage gedrückt wurde. In der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre spitzten sich die Klassengegensätze zu. Die Sozialdemokratie wurde 1928 erneut von den Finanzkapitalisten mit den Regierungsgeschäften beauftragt. Unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Müller wird zusammen mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum eine große Koalition der bürgerlichen Parteien gezimmert. Noch keine zwei Monate im Amt, beschließt diese Regierung am 10. August den Bau des Panzerschiffes A und damit den Beginn der Flotten-Wiederaufrüstung der imperialistischen Bourgeoisie.

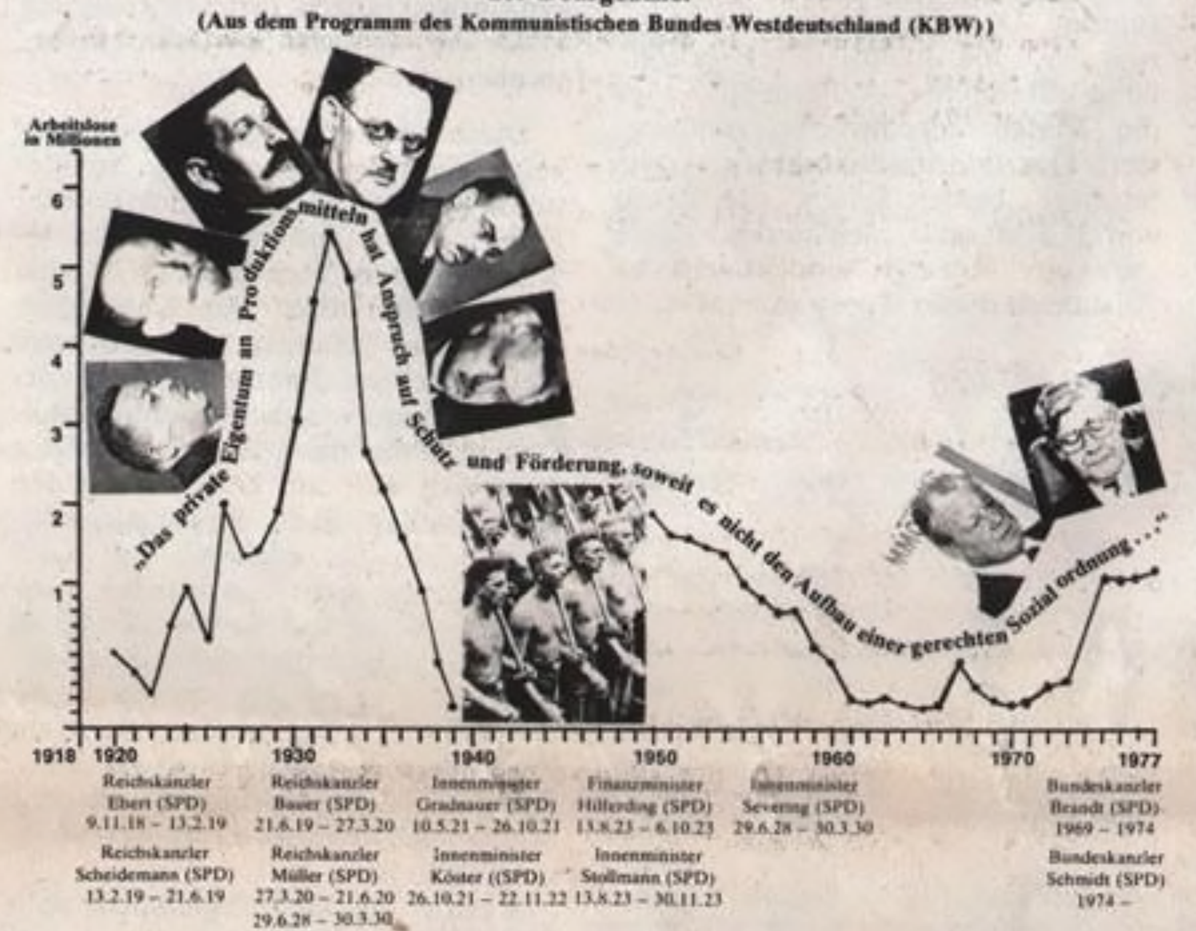
Über die Maßnahmen, die die Monopolbourgeoisie verlangt, um aus der Krise herauszukommen, gerät die Politik der SPD in der Regierung in einen ständig schärferen Gegensatz zu den Forderungen und Kämpfen der Arbeiter. Selbst der sozialdemokratisch beherrschte Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund muß gegen die Vorstellungen des „Sachverständigenausschusses der Regierung zur Reform der Arbeitslosenversicherung“ auftreten:

„Der Bundesausschuß des ADGB lehnt die vom Sachverständigenausschuß zur Reform der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagene Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Länge der ununterbrochenen Beitragsleistung als eine Verletzung der elementarsten sozialpolitischen Grundsätze ab.“ (Chronik der Deutschen Sozialdemokratie, Dietz-Verlag)

Auf die Forderungen der Monopolbourgeoisie erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 20. September 1929,

„daß die SPD die Notwendigkeit anerkenne, die Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln zu sanieren; sie halte aber daran fest, daß bei unvorhergesehener Zuspitzung der Lage des Arbeitsmarktes das Reich die Pflicht zur Leistung von Zuschüssen habe. Die SPD lehnt es entschieden ab, daß die Sanierung der Reichsfinanzen und der Abbau der Steuerlasten durch einen Abbau der sozialpolitischen Leistungen des Reiches erkauft würden.“

„In jeder revolutionären Krise treten die Reformisten und Revisionisten offen an die Seite der Bourgeoisie.“
(Aus dem Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW))



Über die in der Regierung ausgehandelte Einigung berichtet die SPD-Chronik am 3. Oktober 1929:

„Nach langen Verhandlungen und drohender Regierungskrise stimmt der Reichstag mit 238 gegen 155 (unter anderem der KPD, DNVP und NSDAP) und 40 Enthaltungen (DVP) der Änderung der Arbeitslosenversicherung zu.

Über die Beitragshöhe soll erst im Herbst entschieden werden. Bei der ersten Unterstützungszahlung muß der Empfänger mindestens 52 Wochen, bei künftigen Fällen muß er mindestens 26 Wochen gearbeitet haben.“

Der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ verlangt von der Regierung den Abbau der Steuern auf Kapital und höhere Einkommen sowie den Ausbau der Verbrauchssteuern, Lohnabbau und Reduzierung der Sozialversicherungen.

„(Die Arbeitgeberschaft sieht) in der ‚künstlichen‘ Hochhaltung der Löhne und Versicherungssätze die Hauptursache für die vermehrten wirtschaftlichen Schwierigkeiten.“

Die Finanzbourgeoisie brachte die Regierung in Handlungszwang, indem ihr Reichsbankpräsident Schacht der Regierung weitere Kreditierung entzog. Darüber mußte zunächst der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding zurücktreten und einem Finanzminister der Deutschen Volkspartei Platz machen. Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 29. Dezember 1929 in Berlin erklärte der Vorsitzende des Verbandes der sächsischen Industriellen,

„daß die deutsche Parteiendemokratie einer ‚festen‘ und ‚beständigen‘ Ordnung im Sinne der industriellen Forderungen im Wege stehe. Man müsse deshalb über das Parlament hinweggehen und durch Verordnungen den Zustand ... schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann. Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Zustand hinausführt.“ (K.D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik)

Am 27. März 1930 trat die Regierung Müller zurück. Die Notverordnungspolitik Brünings (Zentrum) folgte dem Rücktritt der Sozialdemokraten und den Forderungen der Finanzkapitalisten:

Am 26. Juli 1930 wird die vom Reichstag abgelehnte Notverordnung in Form der „Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“ verkündet. Sie sieht unter anderem vor:

Arbeitslosenversicherung: Erhöhung der Sperrzeiten von 4 auf 6 Wochen, Minderung des Arbeitslosengeldanspruchs um die Dauer der „Krisenunterstützung“; die Höhe des Arbeitslosengeldes wird von dem Lohn *und* der vorhergehenden ununterbrochenen Beschäftigungsdauer abhängig gemacht, Anrechnung der in der Familie sonst verfügbaren Einkommen auf die Höhe des Arbeitslosengeldes.

Krankenversicherung: Einführung einer Krankenscheingebühr von 0,50 Reichsmark für die ärztliche Behandlung, Einrichtung eines vertrauensärztlichen Dienstes, Einführung der Zulassungspflicht als Kassenarzt, Verpflichtung der Kasse auf Bildung einer Rücklage bis zum Betrag einer Vierteljahrsausgabe nach dem Durchschnitt des Ausgaben der letzten drei Jahre.

Rentenversicherung: Kürzung der Kriegsopferversorgung und -renten, Streichung der Kinderzuschüsse und der Waisenrenten ab 15 Jahren, Erhöhung der Wartezeiten für die Rente bei freiwilliger Versicherung auf 500 Wochen, die Kürzungen bei Zusammentreffen mehrerer Renten wurden verschärft. – (Z-Red.)

1957: Die „Krise des Versorgungsstaates“ wird vorbereitet

„Nach langen und intensiven Vorbereitungen ... hat der Bundestag am 21. Januar über die Rentenreform für die Arbeiter und Angestellten entschieden. Man wird sich dieses Datum merken müssen, denn an jenem 21. Januar fiel die Entscheidung über das umwälzendste soziale Gesetzeswerk seit der Schaffung der Reichsversicherungsordnung“,

gibt die Adenauer-Regierung am 23. Januar 1957 im Regierungsbulletin bekannt. Der wichtigste Bestandteil dieser „langen und intensiven Vorbereitungen“ bestand im Verbot der KPD, das 1956 von den Gerichten der Bourgeoisie bestätigt wurde. Die Regierung beruft sich ausdrücklich auf die Zuckerbrot- und Peitsche-Politik, die Bismarck gegen den damals von der revolutionären Sozialdemokratischen Partei geführten Klassenkampf betrieben hat:

„Mit der Rentenreform wollte die Bundesregierung ... zur Erfüllung einer staatspolitischen Aufgabe beitragen. Indem sie jedem Arbeiter und jedem Angestellten ... das Vertrauen in die grundsätzliche Stabilität seiner Alters- und Invaliditätssicherung gibt, wollte sie zugleich das Vertrauen des Bürgers zu einem solchen, soziale Sicherheit gewährenden Staate stärken. Das bedeutet eine Stärkung des Lebensgefühls für jeden Arbeitenden während seines ganzen Arbeitslebens.“ (Bulletin der Regierung vom 23. Januar)

Nach der zweimaligen Plünderung der Rentenversicherungsvermögen durch die Monopolbourgeoisie im ersten und zweiten imperialistischen Weltkrieg und anschließender Vernichtung der Staatsschuld durch Entwertung ist diese Rentenreform der bis dahin größte Betrug auf dem Boden der durch die Faschisten ausgebauten Reichsversicherungsordnung und deren Weiterentwicklung als Instrument des Raubes an den Arbeiterlöhnen und zur Senkung des Lohnniveaus. Aus der Erklärung des Arbeitsministers gibt das Regierungsbulletin wieder:

„Mit diesem Gesetz solle dafür gesorgt werden, daß die Versicherten sich zu einer Solidarhaftung bekennen. Wenn sie zu der Überzeugung kämen, daß das letztlich in ihrem Interesse liege und daß sie deshalb auch das Ihrige zu tun hätten, um die Regelung finanziell sicherzustellen, dann sei die Sache doch viel einfacher.“

Die „revolutionierende Veränderung der Finanzierungsgrundlage“ beschreibt einer der daran beteiligten Ministerialdirigenten 1957:

„Zwar muß zugestanden werden, daß das Anwartschaftsdeckungsverfahren (d.h. der bisherige Anspruch, durch Bildung einer Rücklage aus den Arbeiterlöhnen die Altersversicherung *dieser* Art zu bestreiten) in der Vergangenheit praktisch schon nicht mehr bestanden hat. Trotz hoher Bundeszuschüsse zum Ausgleich der Währungsverluste und Kriegsfolgelasten ist eine Vermögensbildung ... nicht mehr möglich gewesen. Zwangsläufig wurden die Renten bereits aus dem Arbeitsertrag der gegenwärtig schaffenden Generation gezahlt.“ Vorgesehen ist ein „modifiziertes Umlageverfahren, d.h. ein jeweils in Abschnitten von zehn Jahren sich bildender Fonds“, der in der Hand des bürgerlichen Staatsapparates aus den Abzügen der Arbeiterlöhne gebildet wird.

Über die Wirkung dieser „revolutionierten Finanzierungsgrundlage“ berichtet derselbe Ministerialdirigent:

„Bei diesem Umlageverfahren ist nur noch eine beschränkte Vermögensreserve erforderlich ... Unter der Voraussetzung einer ... stationären Entwicklung der Produktivität und der Löhne ... sinkt die Rücklage erst im Jahre 1965 knapp unter die vorgeschriebene Hälfte ab ...“

und steht somit dem „Kapitalmarkt“ zu Verfügung. Falls jedoch gegen die Absichten der Kapitalistenklasse den Arbeitern eine Lohnsteigerung gelingen sollte, bringt es die „revolutionierte Finanzierungsgrundlage“ wieder herein:

„Bei höheren Löhnen und damit höheren Beiträgen ändert sich diese Bilanz zugunsten der Rentenversicherungsträger ...“

und diesen – so muß man wissen –

„... ist die Anlage ihrer Überschüsse gesetzlich vorgeschrieben. Sie haben ihre Gelder vornehmlich in Pfandbriefen und Hypotheken angelegt“,

so daß sich das für das Finanzkapital nötige „Risikokapital“ auf diese Weise mehrt. Der Betrug dieser Sorte „Solidarhaftung“ und Charakter der „revolutionierten Finanzierungsgrundlage“ wird in folgender Überlegung des Ministerialdirigenten ganz offenbar:

„Hierbei schwingt allerdings die stillschweigende Voraussetzung mit, daß in der konjunkturellen Entwicklung der Bundesrepublik keine Änderung eintritt, d.h. daß wir auch weiterhin ein ständiges Wachstum, zumindest aber einen Status quo zu verzeichnen haben ... Nur bei einer Weltwirtschaftskrise, die auch die Bundesrepublik in Mitleidenschaft zieht, wäre eine total andere Lage gegeben, die zu außerordentlichen Maßnahmen zwänge ...“ (Der Betriebsberater, 20. Februar 1957)

Noch heute besitzen vor allem die Sozialdemokraten die Frechheit, die mit dieser Rentengesetzgebung eingeführte „Produktivitätsrente“ oder „Dynamisierung“ der Renten als ein großes Geschenk für die Arbeiter und Erfolg ihres Wirkens vorzustellen. Die elende Lage der Rentner von heute ist ein Ausdruck dieser „Dynamisierung“, die nichts anderes gesichert hat als die Rücklagen der Versicherung für den Gebrauch der Kapitalisten. Was durch die „revolutionierte Finanzierungsgrundlage“ „dynamisiert“ wurde, sind die Beitragszahlungen aus dem Arbeiterlohn.

1949 betrugen die Beiträge noch 5,6%, dann wurden sie auf 10% mit dem „Sozialversicherungsanpassungs-Gesetz“ erhöht. Das Rentengesetz 1957 brachte die Erhöhung von 11 auf 14%, und unverfroren stellt der Ministerialdirigent als Ergebnis der Regierungsberechnungen vor:

„Nach Ablauf der ersten Deckungsperiode, also in Jahre 1967, wird im Hinblick auf die zunehmende Alterslast eine Erhöhung der Beiträge um 2,5%, also auf 16,5% notwendig sein.“ Inzwischen Betragen die Abzüge allein für die Rentenversicherung 18% des Lohns, den Arbeitgeberanteil eingerechnet.

Bei all diesen „Sicherheiten“ der herrschenden Klasse wurden u.a. noch folgende weitere Maßnahmen untergebracht:

– die bis dahin besseren Leistungen aus der Angestellten-Rentenversicherung wurden nicht etwa zum Maßstab für alle Rentenversicherungen gemacht, sondern denen der Arbeiterrentenversicherung angeglichen unter Aufrechterhaltung der Trennung der Versicherungen;

– die Maßnahmen zur „Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit“ bekommen für die Maßnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung absolute Priorität. Der für seine Sozialgerichtspräsidententätigkeit und als Schlichter im Metalltarifkampf 1971 in Nordwürttemberg-Nordbaden für die Bourgeoisie verdiente Jurist Wannagat jubelt:

„Neu sind die Maßnahmen zur Berufsförderung: Wiedergewinnung oder Erhaltung der Erwerbsfähigkeit ... die Durchführung der Rehabilitätationsmaßnahmen bedarf der Zustimmung des Betreuers. Bei Weigerung kann die Rente versagt werden. Diese Maßnahme ist von besonders großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ...“ (G. Wannagat, Lehrbuch des Sozialversicherungsrechts)

> **Grobecker** (SPD): Meine Damen und Herren, bei einer redlichen Diskussion muß klar sein, daß die *Rentenversicherung* über Einnahmen und Ausgaben in einer ganz bestimmten Weise mit der *wirtschaftlichen Entwicklung* verknüpft ist. Das weiß eigentlich jeder.
> Diese Art der Verknüpfung ist von diesem Parlament durch die Rentenreform des Jahres 1957 einmütig bestimmt worden.

Diese „Renten-Neuordnungsgesetze“ wurden in dritter Lesung des Bundestags einschließlich der Zustimmung der Sozialdemokraten mit 398 gegen 32 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen.

Ollenhauer, damals SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender, begrüßte die Gesetze mit der Erklärung,

„... die Gesetze könnten zur Linderung der sozialen Not in der Bundesrepublik beitragen; die Aufgabe der sozialen Neuordnung, die eines der vornehmsten Ziele der sozialdemokratischen Partei sei, müsse aber erst noch in Angriff genommen werden.“

In der Auseinandersetzung um diese Gesetzgebung nahm die SPD im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse den Standpunkt ein:

„Es sei eine Zweckmäßigkeitsfrage, aber keine Grundsatzentscheidung, ob Versicherungs-, Versorgung- oder Fürsorgeprinzipien anzuwenden seien“, so der Abgeordnete Preller im Bundestag, der auch als Berichterstatter des Ausschusses für Sozialpolitik für die SPD auftrat.

In ihrem eigenen Gesetzentwurf hatte die SPD-Fraktion bereits große Weitsicht über ihre zukünftigen Aufgaben an den Tag gelegt. Eine der Einzeländerungen zu dem Regierungsentwurf zum Beispiel lautet:

„Für den Fall des Absinkens der Arbeitsentgelte in Krisenzeiten soll die Ermäßigung der für die Berechnung der Renten maßgeblichen Entgelte einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten bleiben.“ (Der Betriebsberater, 20 Mai 1956)

Im Erfurter Programm beschloß der Parteitag der Sozialdemokratie 1891:

„... Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln ... in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitig harmonischer Vervollkommnung werde ...

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf ... Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Gegen die revolutionären Ziele dieses Programms haben sich die opportunistischen Elemente in der SPD der Bourgeoisie in den Arm geworfen, ihre imperialistische Kriegspolitik unterstützt und 1918 die SPD unter Eberts, Scheidemanns und Noskes Regierung in ein Instrument der Konterrevolution verwandelt. Im Görlitzer Programm von 1921 wird diese Politik im Interesse der Bourgeoisie gegen die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse durch Annahme eines reformistischen Programmes festgeschrieben:

„Leitsätze“ waren unannehmbar

Ablehnung der Leitsätze durch den IG Druck-Hauptvorstand

Streik muß vorbereitet werden für den Siebenstundentag

Nachdem die Verhandlungen über die neue Technik in der Druckindustrie über zwei Jahre sich hingezogen und zum Jahreswechsel die Drucker mehrere Wellen von Warnstreiks durchgeführt hatten zur Durchsetzung ihrer Forderungen, wollten die Kapitalisten schnell abschließen. Sie vereinbarten mit der Redaktionskommission der IG Druck erst die „Leitsätze“, die große Empörung unter den Druckarbeitern hervorriefen. Dann wurde auf dieser Basis ein Vertrag ausgearbeitet, dessen Schönheiten die „Leitsätze“ noch übertrafen: Umschulung nur bei Zumutbarkeit für den Betrieb, kein Anspruch auf Weiterbeschäftigung für Facharbeiter, sondern nur für „Geeignete“, planmäßiger Lohnabbau bis runter auf einen niedrigen Angestelltentarif, und wenn das nicht erreicht ist, Aufhebung des Tarifvertrages, endgültig raus mit den Setzern!

Das „Handelsblatt“ vom 18.1. sagt es offen: „Den ‚ewigen Setzer‘ wolle man jedoch nicht (...) Eine Besetzung dieser Bildschirme mit hochbezahlten Setzern würde den mit neuen elektronischen Techniken erwirkten Rationalisierungserfolg zunichte machen.“ Das zeigt die unersättliche Profitgier der Druckkapitalisten. Die Leistung an den Bildschirmen soll auf 260 Anschläge in 10 Minuten gesteigert werden, nach fünf Jahren soll es dann noch höher gehen. Alleine dadurch versprechen sie sich Riesengewinne, weil mit den neuen Anlagen die Akkordarbeit im großen Umfang eingeführt werden kann. Bei fortlaufendem Text und einfachen Fließeinsatzanzeigen sowieso nur Ungelernte einsetzen, bei den wenigen übrigen Facharbeitern die Leistung vervielfachen, war ihre Kalkulation.

Die sozialdemokratischen und revisionistischen Führer der IG Druck haben sich demgegenüber auf Beschwichtigung verlegt. Es reicht den Kapitalisten aber nie. Das einzige, was ihnen in der Jagd nach dem Profit Schranken setzt, sind die Arbeiter selber, das hat der Hafenarbeiterstreik gezeigt. Er war ein großer Ansporn für die Druckarbeiter, wie die zahlreichen Solidaritätsadressen aus Gewerkschaft und betrieblichen Gremien zeigten. Wie konnten die Druckkapitalisten hoffen, so ein Machwerk jetzt schnell durchzuziehen? Sie mußten wissen, daß der als „einmalig in der deutschen Tarifgeschichte“ bezeichnete Beschiß durchschaut wird, und daß die Arbeiter es überhaupt nicht einmalig finden, wenn ihnen die Kapitalisten aus den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung großzügig noch ein Almosen zahlen wollen, um den Rausschmiß zu versüßen (150% „Mobilitätshilfe“). Hoffen konnten die Druckkapitalisten nur aufgrund der weichen Haltung der IG-Druck-Führung, die die Warnstreiks nicht unterstützt hat, sondern zersplittert, die sie sogar als „Ausuferungen, die nicht immer restlos zu kontrollieren und nicht immer gewollt sind“ bezeichneten (Mahlein). Als die Arbeiter von Springer Ahrensburg (bei Hamburg) während der Verhandlungen streikten, und die Tarifkommission anriefen, forderte Ferlemann vom Hauptvorstand sie auf, den Streik sofort abzubrechen, was nicht befolgt wurde. Hoffnung auf Durchsetzung des großen Lohnraubs konnten die Druckkapitalisten nur in der Spaltung der Druckarbeiter suchen, die durch das Verhalten des Hauptvorstandes verstärkt wird. Sie haben aber nicht in Betracht gezogen, daß die Bewegung selbständig ist, weil sie Forderungen entwickelt hat, die nicht einfach vergessen werden, daß Kampferfahrung mit selbständigen Aktionen vorliegt.

So wie die „Leitsätze“ von den Druckern bekämpft wurden, wurde der ausgearbeitete Beschiß sofort angegriffen. „Lieber gar keinen Tarif als diesen“, hieß es bei den Hamburger Druckern, mehrere Resolutionen aus Großbetrieben forderten Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages und personelle Konsequenzen, falls abgeschlossen wird. Bei Gruner Hamburg und dem Münchner Merkur wurde gestreikt. Journalisten bei Beltz, Weinheim erklärten sich mit dem Kampf der Drucker solidarisch – sie forderten dazu auf, der neuen Regelung nicht zuzustimmen.

Es war nicht zu machen, diesen Vertrag abzuschließen. Mit dem Kampf um den Vertrag über die Regelungen zur Neuen Technik in der Druckindustrie hat sich die Einheit unter allen Beschäftigten der Druckbetriebe so gefestigt, daß man diesen Kampf mit der Forderung, wie sie auch vom Gewerkschaftstag beschlossen wurde, für den Siebenstundentag zusammenführen muß und gerade darin die große Möglichkeit für das einheitliche Handeln liegt. Weiter hat der mutige Kampf der Hafenarbeiter den Druckarbeitern den Rücken gestärkt und den Kapitalisten einen raschen Abschluß zu miesen Bedingungen schwer gemacht. In den Anträgen der Delegiertenversammlung Stuttgart heißt es: „Wir fordern, daß die IG Druck und Papier in den Tarifverhandlungen Neue Technik und den Anhängen zum Manteltarifvertrag die Forderung nach dem Siebenstundentag – 35-Stundenwoche aufstellt ... Die Mitgliederversammlung fordert den HV auf, umgehend eine Urabstimmung für Streik um die aufgestellten Forderungen zum Tarifvertrag Neue Technik durchzuführen. Sie fordert die Leitungsgremien unserer Gewerkschaft auf, bis Mitte Februar Demonstrationen und öffentliche Mitgliederversammlungen für die Durchsetzung unserer Forderungen zu organisieren. Dabei darf keine Rücksicht genommen werden auf die Bundesregierung, die eine Ausdehnung des Kampfes fürchtet.“ „... fordert die Tarifkommission für die Druckindustrie auf, für den diesjährigen Lohntarifkampf in der Druckindustrie die Forderung nach 200 DM mehr Lohn im Monat für alle gleich aufzustellen. Darüber hinaus muß gefordert werden:

– Wegfall der Sondertarife für Facharbeiter im sogenannten 1. und 2. Gehilfenjahr,

– Wegfall der Altersstaffelung der Tariflöhne für das Hilfspersonal. Tariflohn wird die jetzt höchste Altersstufe einschließlich der vereinbarten Erhöhung,

– schrittweise Angleichung aller Facharbeiterlöhne an das Niveau des Maschinensetzertarifs, in diesem Jahr Anhebung auf 120%,

– Streichung der Hilfsarbeiterlohngruppen 1 und 2.“

Der Kampf gegen die Rationalisierungen im Druckbereich wird mit der Forderung und dem Kampf für den Siebenstundentag wie mit dem Kampf für eine Lohnforderung, die in Festgeld sein soll und in der Höhe von 200 bis 220 DM liegen muß zu einem gewaltigen Risiko für die Druck-Kapitalisten, wenn sie dabei bleiben, daß sie nichts zahlen und bloß einem schäbigen Vertrag zustimmen wollen. In dieser Lage mußte der Hauptvorstand der IG Druck und die Verhandlungskommission die Unterzeichnung bleiben lassen. Das ist günstig und schafft gute Voraussetzungen, um die Druckkapitalisten von allen Seiten her in die Zange zu nehmen. Klärt sich die Lage weiter in die Richtung, haben die Druckarbeiter ganz wie die Seehafenarbeiter die Unterstützung und Sympathie aller Arbeiter, wenn sie hartnäckig auf Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. „Beschäftigungsgarantien“ gibt es unter den Bedingungen des Kapitalismus nicht; aber es gibt die Notwendigkeit, den Kapitalisten zu Abmachungen zu zwingen, die ihnen Schranken setzen in der Ausbeutung der Arbeitskraft.

Meldungsschluß für Lohnforderung 20.2.78

Heidelberg. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat an die Ortsvorstände einen Brief geschrieben, in dem er auffordert, gemäß den Beschlüssen des Gewerkschaftstages Mitgliederversammlungen durchzuführen, auf denen die Lohnforderungen beschlossen werden sollen. Meldungsschluß für Lohnforderungen ist der 20.2.78.

Mahlein versucht immer noch, die Auseinandersetzung über bloße Verhandlungen zu einem Ergebnis zu bringen, was dann geschluckt werden kann; auch ist die Rede von einem neuen Entwurf, den Ferlemann vorlegen will. Uns ist das recht, wenn der den Interessen der Druckarbeiter und der Setzer entspricht. Und wenn die IG Druck jetzt in die Schuhe kommt mit der zügigen Vorbereitung von Streik. Ohne den geht es nicht, das ist klar und auch bestätigt durch die Feststellung der Kapitalisten: „Der Tarifvertrag kann nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden“ (Handelsblatt, 31.1.). Die Druckarbeiter haben ihn abgelehnt. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)

115 DM für Januar und 7% erkämpft

ÖTV **Hafen 8**

Streiknachrichten

Tarifbewegung '78
in den deutschen Seehäfen

AUFRUF ZUR DRITTEN URABSTIMMUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gemeinsam haben wir unter schwierigsten Bedingungen in den deutschen Seehäfen ein Ergebnis durchgesetzt, das sich sehen lassen kann.
Das haben wir gemeinsam erreicht:

- 115 DM für Januar 1978 und 7% über alles ab 1. Februar 1978.
  Das sind Lohn- und Gehaltssteigerungen, gegen die Arbeitgeberverbände und ein erheblicher Teil der Presse seit Tagen Sturm laufen.
- Dazu kommen für einen Teil der Hafenarbeiter höhere Eingruppierungen, mit denen ihre Leistung in Mark und Pfennig zusätzlich anerkannt werden.

Dieses Ergebnis ist erreicht worden durch die Entschlossenheit und Geschlossenheit der Arbeitnehmer in den Seehäfen.

Dieses Ergebnis wäre nicht zu erreichen gewesen ohne die Unterstützung und die Finanzkraft der gesamten ÖTV.

Wenn die Arbeitnehmer in den deutschen Seehäfen auch künftig erfolgreich sein wollen, müssen sie weiterhin geschlossen und solidarisch in der ÖTV handeln.

Diese Geschlossenheit gilt es auch jetzt zu beweisen.

Deshalb müssen sich alle an der Urabstimmung beteiligen!

Eure Verhandlungskommission hat alle Möglichkeiten ausgeschöpft.
Die Bundestarifkommission hat dem Gesamtergebnis einmütig zugestimmt.

Der geschäftsführende Hauptvorstand empfiehlt Euch die Annahme, und zwar aus folgenden Gründen:

- Das beachtliche Gesamtergebnis könnte, wenn überhaupt, selbst durch einen langen Streik nur geringfügig verbessert werden.
- In der gegenwärtigen Lage ist das Risiko, das mit einem langen Streik in den deutschen Seehäfen für die Arbeitnehmer wie für ihre Gewerkschaft verbunden wäre, nicht zu verantworten.

W I R F O R D E R N E U C H A U F :

GEHT ALLE ZUR URABSTIMMUNG !

STIMMT FÜR DIE ANNAHME DES GESAMTERGEBNISSES !

Mit kollegialen Grüssen
Heinz Kluncker   Siegfried Merten

Hamburg/Stuttgart, 2.2.1978

Heinz Kluncker   Siegfried Merten

Hamburg/Stuttgart, 2.2.1978

Am Freitag fand die Urabstimmung bei den Hafenarbeitern statt. 17311 Arbeiter waren stimmberechtigt. 13788 gaben ihre Stimme ab. 10439 stimmten mit Ja, 3311 dagegen, 38 ungültig.
Am Donnerstag und Freitag wurde unter den Arbeitern besprochen, wie man abstimmt. Viele waren mit dem Ergebnis zufrieden. „Wir haben das erkämpft, was unter diesen Bedingungen noch möglich gewesen ist. Will man mehr erreichen, braucht man eine andere Forderung. Nötig wär das schon.“
Die Aufgabe der Hafenarbeiter besteht jetzt darin, auf diesem Erfolg aufzubauen und sich auf die neuen Lohnauseinandersetzungen vorzubereiten.

Zweite Schlichtung in der niedersächischen Holzindustrie

Die Kapitalisten der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie in Niedersachsen hatten in der ersten Schlichtung am 29.1.78 nur einem Angebot von 4,2% für die 20000 Arbeiter in diesem Bereich zugestimmt. Der Landesbezirksleiter der GHK Foth erklärte daraufhin, „falls es auch in der zweiten Schlichtung bis zum 10. Februar zu keiner Einigung kommen sollte, will die Gewerkschaft über Kampfmaßnahmen beraten“ (HAZ 30.1.78).

Die GHK hat Lohnerhöhungen von 53 Pfennig auf den tariflichen Facharbeiterecklohn gefordert. Diese Erhöhung soll in zwei Stufen zum 1.1. und zum 1.7. vorgenommen werden. Die Bezirksleitung Ostwestfalen/Lippe der GHK schreibt an die Gewerkschaftsmitglieder: „Nach zunächst beharrlichen Weigerungen, einem Zweistufenplan näher zu treten, war man nunmehr bereit, einer Anhebung von 51 Pfennig zuzustimmen. Wie diese Ratensätze aussehen sollten, wurde nicht mitgeteilt. Auch die Verhinderung des Altersklasseschlüssels für die Angestellten stieß, trotz unseres Vorschlags, nur die Gruppen C und D zu verändern, auf erhebliche Schwierigkeiten. Unser Entgegenkommen, die Erholzeiten bis zum 30.9.1978 zu regeln und für die fällige Nichteinigung in diesem Punkt das Schlichtungsverfahren als eingeleitet gelten zu lassen, konnte die Arbeitgeber in ihrer starren Haltung nicht erweichen.“

In Westberlin sind am 23.1.78 neue Tarifverträge für die Westberliner Holzarbeiter und Tischler abgeschlossen worden. In der Woche davor stimmten 92,3% der organisierten Arbeiter für Streik. 1000 Arbeiter traten darauf in Westberlin in den Streik.

Ledlich 56% der Arbeiter stimmte dem jetzt abgerungenen Ergebnis zu, das die Erhöhung des Ecklohns von 9,84 DM auf 10,39 DM für die Industrie und auf 10,50 DM für das Handwerk vereinbart. Ab Oktober soll der Ecklohn nochmals um 8 Pfennig erhöht werden. Im Monat macht das ungefähr 92 DM aus, ab Oktober nochmals 14 DM. Daß das nicht alles ist, was die Arbeiter durch einheitliches Vorgehen gegen die Kapitalisten erreichen können, ist klar.

Die Arbeiter in der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie in Niedersachsen bereiten ebenfalls den Streik vor. Wie sonst ist es zu verstehen, daß es zu „keinem einigungsfähigen Ergebnis“ in der ersten Schlichtung gekommen ist? – (N-Red.)

Streik der israelischen Seeleute

In Haifa hat die Gewerkschaft der Seeleute und -offiziere zum Streik auf allen Schiffen unter israelischer Flagge aufgerufen. Die Seeleute verlangen Lohnerhöhungen. (De Standaard, 3.2.78)

Landesausschuß Berufsbildende Schulen erklärt Kampf der Hafenarbeiter für vorbildlich

Hamburg. Der LABS, das Vertretungsorgan der Hamburger Berufsschüler, erklärte sich auf seiner Sitzung am Dienstag, den 31.1., mit dem Streik der Hafenarbeiter solidarisch und erklärte ihn für vorbildlich für die anderen Tarifkämpfe. Folgende Forderungen wurden in einem Telegramm an die ÖTV verabschiedet: Weg mit den Lohnleitlinien, Schluss mit den dauernden Lohnsenkungen, für einen ausreichenden Lohn auf den normalen Arbeitstag!

GEW-Mitgliederversammlung begrüßt den Hafenarbeiterstreik und fordert 7%-Angebot vom Dienstherrn

Braunschweig. Initiativantrag zur Mitgliederversammlung der GEW am 2.2.78: „Die GEW-MV vom 2.2.78 begrüßt den Kampferfolg der Seehafenarbeiter, die in ihrem Streik 7% Lohnerhöhung und nachträglich 115 DM für Januar durchsetzen konnten. Der Erfolg wiegt um so mehr, als die Hafenarbeiter die gesamte Unternehmerschaft und nahezu die gesamte Presse gegen sich hatten, die diesem Streik Signalwirkung zumaßen. In der Tat hat er allen Lohnabhängigen den Rücken gestärkt. Auch uns zeigt der Hafenarbeiterstreik für die anstehende Lohnrunde im öffentlichen Dienst, daß man sich durchsetzen kann, wenn man entschlossen vorgeht. ÖTV- und GEW-Vorstand haben eine Forderung von 7,5% vorgeschlagen. Wir fordern hiermit den Dienstherrn auf, kein Angebot unter 7% vorzulegen.“ Beschlossen von etwa 60 von 100 Lehrern.

Warnstreik bei Mercator

Westberlin. Am letzten Dienstag wurde ab 10 Uhr in der Druckerei Mercator eine Viertelstunde nicht gearbeitet und über den Rastertarifvertrag beraten. Ein Telegramm, das Verhandlungsergebnis über den Rastertarifvertrag abzulehnen, wurde an die Große Tarifkommission geschickt. An der Aktion beteiligten sich die Setzer, Maschinensetzer und Korrektoren. Am Vortag hatte bereits der Betriebsrat in einer Erklärung die Große Tarifkommission aufgefordert, das Verhandlungsergebnis abzulehnen und auf den bisherigen Forderungen zu bestehen.

Warnstreik beim Münchner Merkur

München. Am 2.2.78 wurde beim Münchner Merkur ein halbstündiger Warnstreik durchgeführt. Die Arbeiter

Warnstreik beim Münchner Merkur

München. Am 2.2.78 wurde beim Münchner Merkur ein halbstündiger Warnstreik durchgeführt. Die Arbeiter fordern sofortige Aufnahme der Verhandlungen des Tarifvertrages für die neue Technik. In einer Resolution des Vertrauensleutekörpers wird festgehalten, daß die Forderungen samt und sonders von den Kapitalisten anerkannt werden müssen und Streikmaßnahmen zur Durchsetzung notwendig sind. Ebenfalls wird gefordert, daß die halbe Stunde vom Münchner Merkur bezahlt werden muß. Weitergegeben wird die Resolution an die Tarifkommission der IG Druck und Papier, an den Betriebsrat des Süddeutschen Verlags und des Buchgewerbehauses in München.

Massive Intervention der Sozialimperialisten im Bürgerkrieg in Äthiopien

Die Befreiungsfront von West-Somalia, die für das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung der Ogaden-Provinz kämpft, hat erstmals einen der gefangenen kubanischen Soldaten westlichen Journalisten vorgeführt. Der Kubaner wurde in den Kämpfen um die Stadt Harrar festgenommen. Er gehörte zu den Bedienungsmannschaften, die das in einer Luftbrücke aus der Sowjetunion eingeflogene hochmoderne Kriegsmaterial in Bewegung setzen sollen, darunter Raketenartillerie, Panzer und Mig 23 und 25-Bombenjagdflugzeuge. Neben kubanischen Soldaten sind zunehmend auch solche aus der Sowjetunion und aus der DDR im Einsatz. Die Volksbefreiungsfront von Eritrea (EPLF), die mit anderen eritreischen Befreiungsstreitkräften zusammen zum Sturm auf die Hafenstadt Massawa sowie die Hauptstadt Asmara angetreten ist, berichtet von systematischen Bombardements ihrer Stellungen sowie der Städte und Dörfer in den befreiten Gebieten durch sowjetische Migs sowie amerikanische F5, die von israelischen Piloten geflogen werden. Dabei werden regelmäßig Napalm-Bomben zur Terrorisierung der Zivilbevölkerung eingesetzt. Bei den Kämpfen um Massawa sollen die vor der Stadt liegenden sowjetischen Fregatten das Bombardement der Stellungen der Befreiungsarmee von der See aus geleitet haben. Die Einnahme Massawas und Asmaras würde die vollständige Befreiung Eritreas bedeuten. Nachdem die US-Imperialisten sich dort zurückgezogen haben, wollen sich jetzt die Sozialimperialisten dort, am Ausgang des Roten Meeres, festsetzen.

Wahlausschuß Husum lehnt Kandidatur für KBW ab

In seiner Sitzung am letzten Freitag hat der Wahlausschuß zu den Kommunalwahlen in Husum/Schleswig-Holstein den Antrag von Ernst Metzger, zur Kandidatur zur Kommunalwahl zugelassen zu werden, abgelehnt. Ernst Metzger kandidiert für den KBW 40 Arbeiter, Angestellte, Bauern und Schüler unterstützen die Kandidatur durch ihre Unterschrift. Weil er aus beruflichen Gründen von den Gemeinde Husum in die Gemeinde Oster-Ohrstedt umgezogen ist, wurde dies von der Stadtbürokratie genutzt, um ihn zwangsumzumelden, so daß er die Formalien, die zur Bedingung der Kandidatur gemacht werden, nicht einhalten kann wie 3 Monate vor Kandidatur amtlich am Ort gemeldet zu sein.

In einer öffentlichen Erklärung hat Hans Metzger dies angeprangert und die Delegation, die ihn ins Rathaus begleitete zur Sitzung des Wahlausschusses, hat diese Erklärung öffentlich gemacht. In der Erklärung heißt es: „Wir Kommunisten stellen uns zur Wahl, weil die Parlamentswahlen ein Mittel sind, die politische Auseinandersetzung gegen den bürgerlichen Staatsapparat in den Parlamenten zu führen. (...) Viele solcher Gesetze (wie die Meldegesetze) hat sich der bürgerliche Staatsapparat geschaffen, um seine Herrschaft nicht nur durch einen Gewaltapparat von Polizei und Armee zu schützen, sondern kleinlichste Paragraphen und Bestimmungen sollen die Arbeiter und Bauern täglich schikanieren und unterdrücken. (...) Ich werde mir diese schikanöse Behandlung nicht gefallen lassen durch die Herren der Stadtverwaltung und die Politik des bürgerlichen Staatsapparates auf einer Kundgebung am Samstag offenlegen."

Etwa 60 Menschen sind auf die Kundgebung gekommen und haben sich dem Protest gegen das Vorgehen der Stadtverwaltung angeschlossen. Mit einem Platzkonzert hat das SRK Holstein die Kundgebung unterstützt.

verwaltung angeschlossen. Mit einem Platzkonzert hat das SRK Holstein die Kundgebung unterstützt.

Landesweite Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf für Schleswig-Holstein





2 800 Menschen aus allen Teilen des Volkes, vorwiegend Schüler und Lehrlinge, demonstrierten am Samstag, den 4.2. gegen den Schulgesetzentwurf der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

Groß war die Einigkeit, daß auf den Plan der Landesregierung, „die Wert- und Ordnungsvorstellungen des Grundgesetzes", „christliche und humanistische Überlieferungen" zum gesetzlich vorgeschriebenen Unterrichtsstoff zu machen, die Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr abzuschaffen und die Rechte der Eltern, Schüler und Lehrer drastisch zu beschränken, die Antwort lauten muß: „Weg mit dem Schulgesetzentwurf!" Vergeblich geblieben waren die Versuche der bürgerlichen Presse, die Demonstration zunächst totzuschweigen und dann dagegen zu hetzen, vergeblich alle Versuche der Landesregierung und aller bürgerlichen Parteien, die Oberschüler von den Lehrlingen abzuspalten und überhaupt die Jugend des Volkes untereinander zu spalten. „Weg mit dem viergliedrigen Schulsystem!", „Weg mit dem Zensurensystem!", war die Antwort der Demonstration darauf.

Gegen die Versuche der Stadt, die Fußgängerzone abzuriegeln, gelang es, den Zug geschlossen durch die Innenstadt zu führen. „Schulstreik landesweit!", diese Forderung drückte das große Bewußtsein darüber aus, daß noch große Kampfaktionen erforderlich sind, den Schulgesetzentwurf zu Fall zu bringen. Werden diese von der Arbeiterbewegung und mit Hilfe ihrer Vertretungsorgane, der Gewerkschaften, im ganzen Land organisiert, sollte dies gelingen.

Um zu überleben, muß man pachten

Stoltenberg wegen des Schulgesetzes angegriffen

Itzehoe. Am 1.2. sprach Stoltenberg in Itzehoe, der gemietete Saal war 3/4 voll, ca. 300 Leute, davon 100 gegen ihn. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe und die Schülervertretungen hatten zu dieser Versammlung mobilisiert. Er wurde aufgefordert, zu den Katastrophenplänen und zum Schulgesetz Stellung zu nehmen. Er antwortete nicht und beendete die Veranstaltung schnell.

Schüler lernen von den Hafenarbeitern: Zusammenschluß gegen reaktionäre Lehrerin

Hamburg. Die Englischlehrerin der H 7 an der Schule Neuberger Weg (22 Schüler) hat im Zeugnis sieben Fünfen und eine Sechs verteilt. Am 30.1. haben die Schüler den Englischunterricht boykottiert. Nach 15 Minuten verließ die Lehrerin das Klassenzimmer. Ein Schüler soll nun mit Hinweis auf das Schulgesetz vom Schulleiter einen Verweis bekommen.

Die Schüler, die nun die Rücknahme des Verweises fordern, werden darin von ihrem Klassenlehrer unterstützt. Dem Klassenlehrer wird jetzt vom Schulleiter und von reaktionären Lehrern vorgeworfen, er hätte nur einen negativen Einfluß auf die Klasse, und er würde sich unkollegial verhalten. Am Freitag in der letzten Woche hatten die Schüler einen gemeinsamen Brief an die streikenden Hafenarbeiter geschrieben, in dem sie hervorhoben, daß sie beim Besuch im Hafen gelernt hätten, daß man um den Zusammenschluß kämpfen muß und dann Erfolg haben kann.

Gerichtsreferendare antworten Koschnick

Bremen. Die Ausbildungspersonalräte Gerichtsreferendare und fünf weitere Gerichtsreferendare haben auf die Antwort von Koschnick auf ihren Brief zur Tarifrunde geantwortet. Sie wenden sich gegen die Manöver, die Auszubildenden von den übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst abzuspalten. „Bereits Heinz Kluncker hat im ÖTV-Magazin 1/78 richtig darauf hingewiesen, daß die Gegner der Arbeitnehmer nicht davor zurückschrecken werden, unter scheinheiliger Berufung auf die Solidarität Arbeitslose und Beschäftigte gegeneinander auszuspielen. Sie wenden, wenn Sie gleichfalls ein offenes Wort erlauben, eine ähnliche Taktik an." Den Versuch von Koschnick, den Lohn der Gerichtsreferendare gegen den Lohn der Metallarbeiter auszuspielen, um so die Lohnbewegung in den verschiedenen Bereichen zu spalten, weisen sie scharf zurück.

„Ihr Beispiel macht, vergleicht man diesen Betrag mit den offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes über den Verbrauch eines mittleren 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes (1976: 1 960,74 DM), nichts anderes deutlich, als daß die Metallarbeiter nur noch durch Zulagen u.a. für Nacht- und Schichtarbeit und Überstundenarbeit der Senkung des Reallohnstandards entgegenwirken können. Die Gerichtsreferendare lassen sich nicht von den übrigen Bereichen abspalten, sie unterstützen die Forderungen der IG Druck und Papier und der IG Metall nach Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich." Der Brief endet: „Wir betrachten damit die briefliche Auseinandersetzung zunächst als abgeschlossen. Ausbildungspersonalrat Gerichtsreferendare und fünf weitere Gerichtsreferendare."

Um zu überleben, muß man pachten

Der Pachtzins treibt die Mittelbauern in die Fänge der Agrarkapitalisten und Bankherren

Seit dem 1. März 1977 berät die Bundesregierung über einen Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Pachtrechts. Als „Zielsetzung" des Entwurfs ist die „Verbesserung der Kreditbasis des Pächters" angegeben.

Der Gesetzesentwurf begünstigt die kapitalistischen Pächter. „Wir können es uns einfach nicht leisten, heute eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben in wirtschaftsschwachen Regionen zu einer sich selbst überlassenen Restgröße zu degradieren", hat Ertl offen in seiner Rede zum Agrarbericht 1977 gesagt. In Hessen sind allein von 1976 auf 1977 3 000 kleine Landwirtschaften in der Größe von 1 bis 10 Hektar vernichtet worden. Ökonomisch folgt diese Vernichtung der kleinen Bauern dem Gesetz der Konkurrenz, sie können ihre Erzeugnisse nicht so billig produzieren, wie die im Großmaßstab kapitalistisch betriebene Landwirtschaft. „Die Rationalisierung der Agrikultur einerseits, die diese erst befähigt, gesellschaftlich betrieben zu werden, die Rückführung des Grundeigentums ad absurdum andererseits, dies sind die großen Verdienste der kapitalistischen Produktionsweise. Wie alle ... erkauft sie auch diesen zunächst durch eine völlige Verelendung der unmittelbaren Produzenten." (Karl Marx, Das Kapital, Band III, S. 631)

Weil die kleine Parzellenwirtschaft unweigerlich zum Wegfall der Subsistenzmittel führt, suchen Tausende von kleinen Bauern dem unvermeidlichen Untergang, den die kapitalistische Profitproduktion beschleunigt, durch Anpachtung von Land zu entgehen.

In den Jahren 1966-1971 hat sich das Verhältnis zwischen Das Eigenland hat ständig abgenommen, die Mittelbauern (Landwirtschaften zwischen 20 und 50 Hektar) haben versucht, durch Anpachtung von Land der Vernichtung zu entgehen. Während 1966 im Bereich von 10 bis 20 Hektar 3 197 300 Betriebe auf Eigenfläche und 931 100 auf Pachtfläche anbauten, haben 1971 nur noch 2 614 100 auf Eigenfläche und 1 017 300 auf Pachtfläche angebaut.

Der Bauer, mit dem wir gesprochen haben, bewirtschaftet in der Wetterau einen Hof von ca. 19 Hektar, 4 Hektar davon sind Eigenland, 15 Hektar angepachtet. Zweimal hat er ca. einen Hektar Eigenland verkaufen müssen, um der drohenden Zwangsversteigerung durch die Bankherren zu entgehen. Heute ist der Schuldenstand mit ca. 70 000 DM bald wieder so hoch, wie vor 4 Jahren, als er das letzte Mal Land verkaufte.

Der Pachtzins ist von 1970 bis 1975 nach der Durchschnittsrechnung der bürgerlichen Statistik von 239 DM pro Hektar auf 259 DM pro Hektar gestiegen. Nach dem Agrarbericht der Bundesregierung sind die *Erträge* aus Pacht seit 1970 jedoch um fast das Doppelte gestiegen.

Die Zahlung des Pachtzinses ist zusätzliche Quelle der Verschuldung der Mittelbauern. Um zu überleben, müssen sie pachten. Der Pachtzins, der Jahr für Jahr an die Agrarkapitalisten gezahlt werden muß, bringt die Mittelbauern in deren Abhängigkeit, weil sie niemals mit den kapitalistischen Pächtern, die in großem Stil Land gepachtet haben und es durch Landarbeiter bearbeiten lassen, konkurrieren können.

„Die Grundrente wird für den Gebrauch des Bodens als solchen gezahlt, er mag sich im Naturzustand befinden oder kultiviert sein ... Ein bebautes Feld ist mehr wert als ein unbebautes, von derselben natürlichen Qualität ... Sobald aber die kontraktlich festgesetzte Pachtzeit abgelaufen ist – und es ist dies einer der Gründe, warum mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion der Grundeigentümer die Pachtzeit möglichst abzukürzen sucht – fallen die dem Boden einverleibten Verbesserungen als untrennbares Akzidens der Substanz des Bodens als Eigentum dem Besitzer des Bodens anheim. Bei dem neuen Pachtkontrakt (...) fügt der Grundeigentümer den Zins für das der Erde einverleibte Kapital der eigentlichen Grundrente hinzu. (...) Es ist dies eines der Geheimnisse (...) der steigenden Bereicherung der Grundeigentümer, des fortwährenden Anschwellens ihrer Renten und des wachsenden Geldwertes ihrer Ländereien mit dem Fortschritt der ökonomischen Entwicklung." (Karl Marx, Das Kapital, Band III, S. 633)

Der Pachtzins, den die Mittelbauern zahlen müssen, richtet sich nicht nach ihrer individuellen Produktion, sondern nach dem Durchschnitt der besten Ländereien. „Die Differentialrente entspringt aus dem für den jedesmal gegebenen Entwicklungsgrad der Kultur gegebenen Unterschied in der natürlichen Fruchtbarkeit der Bodenart, also aus dem beschränkten Umfang der besten Ländereien und dem Umstand, daß gleiche Kapitale angelegt werden müssen auf ungleiche Bodenarten, die also für dasselbe Kapital ungleiches Produkt abwerfen ..." (ebenda, S. 671)

Erzielt also der kapitalistische Pächter, der 400 Hektar Land durch Landarbeiter und modernste Maschinerie bearbeiten läßt, den Pachtzins aus der Ausbeutung seiner Arbeiter, deren Arbeitskraft er angekauft hat, so müssen sich die Mittelbauern den Pachtzins aus der Ausbeutung der eigenen Arbeitskraft und der der Familienangehörigen abpressen, die Höhe des Pachtzinses bestimmt sich nach den Ländereien, die der kapitalistische Pächter bewirtschaften läßt, und nicht nach der individuellen Bodenbeschaffenheit des Landes, das der Mittelbauer gepachtet hat. Das Fremdkapital in landwirtschaftlichen Betrieben ist von 1969 von 32 863,22 DM pro Betrieb bei einer Anzahl von 747 400 Betrieben im Durchschnitt (also wird in Wahrheit die Verschuldung der Mittelbauern und Kleinbauern bei weitem höher sein) auf 1976 57 624,16 DM pro Betrieb bei 539 600 Betrieben gestiegen. (Wir haben die Rechnung für die Haupterwerbsbetriebe durchgeführt.) War die Belastung des Landes und Hofes mit Hypotheken 1969 noch 14 573,18 DM pro Betrieb, so betrug sie im Jahre 1975 22 774,35 DM. 200 000 Betriebe sind dabei vernichtet worden. Obiger Gesetzentwurf wird den Vorgang der Schuldknechtschaft der Mittelbauern noch beschleunigen. Er ist gemacht für die kapitalistischen Pächter, „um die Stellung des Pächters als selbständigem Unternehmer zu stärken", die „Freiheit" des Mittelbauern, seinen Untergang zu beschleunigen. – (Z-Red.)

Die Abwertung des Grünen Pfundes:

Eine Milliarde zur Erweiterung der strategischen Basis und zum Bauernlegen

Am 1.2.78 hat der EG-Ministerrat die „grüne" italienische Lira um 6%, den „grünen" französischen Franc um 2,5% und das „grüne" britische Pfund um 5% gegenüber der Europäischen Rechnungseinheit (ERE) abgewertet. Die „grünen" Währungen sind nichts als ein Kunstprodukt des EG-Agrarmarkts. Sie besagen, daß Wechselkursschwankungen der Währungen der einzelnen Mitgliedsländer untereinander sich nicht auf die Agrarpreise niederschlagen. Der Währungsausgleich findet nicht an den Devisenbörsen statt, sondern in den Amtsstuben des EG-Ministerrats, der Währungsänderungen beschließt. Die Differenz zwischen administrativ festgesetzten „grünen" Währungen und den an der Devisenbörse notierten Werten wird über einen „Währungsausgleich", letztlich aus den Steuergeldern der Volksmassen der EG finanziert, an die Bauern bezahlt.

Die jetzt beschlossenen Abwertungen bedeuten für die Bauern in Großbritannien, Frankreich und Italien eine Erhöhung der Erzeugerpreise, da diese Preise in ERE festgelegt sind. Diese Abwertung, besonders die des „grünen" Pfundes, hatten die EG-Imperialisten schon lange gefordert, weil der EG-Haushalt dadurch wegen Reduzierung der Ausgaben für den „Währungsausgleich" um ca. 1 Mrd. DM entlastet wird. Trotzdem haben sie jetzt bei den Verhandlungen eine Riesenschau inszeniert. Staatssekretär Rohr vom Landwirtschaftsministerium beschimpfte die britischen Konkurrenten, sie würden die EG-Kasse als „Selbstbedienungsladen" ansehen. Nichts als Heuchelei zum Zweck der Vertuschung der wahren Absichten vor den deutschen Bauern: Die Abwertung des „grünen" Pfundes hat den EG-Imperialisten die Mittel verschafft, mit denen sie den vor allem von den westdeutschen Imperialisten geforderten Beitritt von Portugal, Spanien und Griechenland finanzieren und das Bauernlegen vorantreiben wollen. Ertl schon im September 1976: „Die nach wie vor ungebrochene Erzeugungsdynamik bei einer Reihe von Produkten, der abgeschwächte Entlastungseffekt des Strukturwandels im Agrarbereich, noch weitgehend ungelöste regionalpolitische Probleme in der EG sowie aus gesamtpolitischer Sicht erforderliche Aufnahme Griechenlands und weiterer Mittelmeerstaaten in die EWG werden Entscheidungen verlangen, die für alle Beteiligten von großer Tragweite sind." (Bulletin 99/9.9.76) Die „gesamtpolitische Sicht" der BRD-Imperialisten ist die Erweiterung ihrer strategischen Basis in Europa, und ihr Landwirtschaftsminister Ertl hat diese Sicht im Agrarbereich umzusetzen. Die Pläne von 1976 beginnen, Gestalt anzunehmen; sie sollen im April endgültig vom EG-Ministerrat verabschiedet werden:

1. Um den „abgeschwächten Entlastungseffekt des Strukturwandels" wieder in Gang zu bringen und Bauern zahlreich zu legen, sollen die Preise für Milch und Milchprodukte und für Weizen nicht angehoben werden, die Garantie für den Ankauf von Fleisch zu Mindestpreisen wird „gelockert", die sogenannten B-Quoten für Zucker werden vermindert. Diejenigen Bauern, die trotz Preisstopp für Milchprodukte noch umsatteln können, also die kapitalkräftigen, bekommen Beihilfen. Der Währungsausgleich wird schrittweise abgeschafft, was für die Bauern in der BRD „stagnierende Mindestpreise" bedeutet und für einen Großteil damit den Ruin.

2. Um Griechenland, Portugal und Spanien für den EG-Beitritt zu ködern und den Widerstand der französischen und italienischen Imperialisten zu brechen, sind Beihilfen für Oliven, Obst und Gemüse und die Produktion von Obst- und Tomatenkonserven sowie erhöhte Importabgaben für Obst- und Gemüseeinfuhren aus Nicht-EG-Staaten vorgesehen. Die „Beihilfen" zur „Qualitätsförderung im Weinbau" werden viele Weinbauern nicht überleben. „Die Preisfestsetzung, meine Damen und Herren, muß am dem leistungsfähigen Vollerwerbsbetrieben ausgerichtet werden. Ich glaube, daß dies zwischen uns unstreitig ist." (Ertl, Rede zum Agrarbericht 1977, Bulletin 28/22.3.77)

Ertl hat dabei zwei Probleme. Erstens: Wie soll er das Geld für dieses Programm aus den Volksmassen herausholen, und zweitens: wie soll er den Widerstand der Bauern bezwingen? Er braucht beides nicht zu schaffen. – (Z-Red.)

Fortschritte im Lohnkampf sind jetzt möglich!

115 DM haben die Hafenarbeiter für den Monat Januar durchgesetzt, das sind fast sieben Prozent, die auch für die weiteren Monate ausgehandelt worden sind. 115 DM sind ein bißchen mehr als die Mindestforderung, die die IGM im Nordverbund aufgestellt hat.



Ergebnislos abgebrochen wurden die Stahltarifverhandlungen vom 3. Februar in Krefeld. WDR und Ruhr-Nachrichten haben berichtet die Kapitalisten hätten während der Verhandlungen 3,8% in Aussicht gestellt, während die Verhandlungskommission der Gewerkschaft auf 4,2% runter sei. Zehntausende von Stahlarbeitern haben in den letzten Wochen Abbruch der Verhandlungen, Urabstimmung und Streik gefordert. Das Bild zeigt eine Streikversammlung von 4000 Mannesmann-Arbeitern in Mülheim, die eine Resolution beschließen, in der von den Kapitalisten „ein Angebot entsprechend unserer Forderung" sowie „Weg mit den Null-Monaten" verlangt wird. Diese Streikversammlung fand während der Tagung der Großen Stahltarifkommission statt, die die Fortsetzung der Verhandlungen mit den Stahlkapitalisten beschloß.

Es macht die Bourgeoisie völlig rasend, daß der Tarif bei den Hafenarbeitern den „normalen wirtschaftlichen Strukturen" nicht entsprechend abgeschlossen wurde. Auf der anderen Seite überlegt sie ziemlich lautstark, ob die anderen Tarifbereiche auch so hoch abschließen werden. Die Überlegungen müssen lautstark sein, weil in der Arbeiterklasse eine nicht so lautstarke, aber doch festgefügte Meinung

abgeschlossen wurde. Auf der anderen Seite überlegt sie ziemlich lautstark, ob die anderen Tarifbereiche auch so hoch abschließen werden. Die Überlegungen müssen lautstark sein, weil in der Arbeiterklasse eine nicht so lautstarke, aber doch festgefügte Meinung

besteht, daß der Kampf der Hafenarbeiter gerecht ist und daß die Arbeiter in der Metallindustrie dies auch leisten können. Lautstark ist sie insoweit nicht, weil diese Meinungen die bürgerlichen Zeitungsschreiber zwar wissen und befürchten, aber natürlich nicht drucken. Wo kämen sie da hin?

Die politischen Verhältnisse sind aber keineswegs gefestigt, die Kampffronten sind nicht abgesteckt, sie werden gerade gemessen. So ist es den Kapitalisten im niedersächsischen Metallhandwerk gelungen, gleichzeitig einen Abschluß von 4,6% unter Dach und Fach zu bringen. 9,19 DM beträgt jetzt der Ecklohn. 12,5% beträgt der gewerkschaftliche Organisierungsgrad in diesem Bereich, das macht diesen Abschluß von den Klassenverhältnissen erklärbar.

Vorweganhebung und 8% Lohnerhöhung hat die Tarifkommission von VW beschlossen, dies sind 177,15 DM auf die niedrigste Lohngruppe. Deutlich sieht man, daß die politische Auseinandersetzung und die Geschlossenheit der Belegschaft beständig Auswirkungen hat. Da es aber immer noch politische Kräfte in der Arbeiterbewegung gibt, die diese Geschlossenheit der Arbeiterklasse spalten, muß man auch damit rechnen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, die sich dieser Aufgabe angenommen hat, ist aber in sich nicht einig, sondern widersprüchlich. Der Streik der Hafenarbeiter, die Tarifauseinandersetzung in Nordwürttemberg/Nordbaden macht sie in ihrer Taktik unsicher.

So hatten wir in der letzten Woche zwei wichtige Vertrauensleuteversammlungen in Hamburg und Bremen. In Hamburg traten die Sozialdemokra-

arbeiter, die Tarifauseinandersetzung in Nordwürttemberg/Nordbaden macht sie in ihrer Taktik unsicher.
So hatten wir in der letzten Woche zwei wichtige Vertrauensleuteversammlungen in Hamburg und Bremen. In Hamburg traten die Sozialdemokra-

ten so auf, die Arbeiter sollen zum Hauptvorstand halten, damit auch die Forderungen der Arbeiter durchgesetzt werden. 25 Arbeiter redeten auf dieser Versammlung. Als ein Arbeiter erwog, daß die Kampfbedingungen nicht so günstig seien im Nordverbund wie in Nordwürttemberg/Nordbaden, da stellte sich Hans Mayr vom IGM-Hauptvorstand hin und vertrat, „man solle nicht so zaghaft sein, der Nordverbund sei allemal so stark".

Zu links, Hans Mayr! Jeder weiß doch, daß die Kapitalisten im Gebiet Nordwürttemberg/Nordbaden angreifbar sind. Was soll das? Arno Weinkauf, der Fuchs aus Bremen, muß von dieser Versammlung Wind bekommen haben, sich nach links treiben lassen wollte er nicht. Die Vertrauensleuteversammlung, die am 2. Februar stattfand, hatte er gut vorbereitet; ein Funktionär aus Hamburg unterstützt ihn: Die IGM sei stark, aber die Mitglieder würden nicht immer voll hinter ihren Funktionären stehen. Die Arbeiter würden die Forderungen der Gewerkschaft nicht richtig unterstützen usw. Weinkauf selber operierte auf dieser Linie weiter und vertrat die Position, daß ein Scheitern der Tarifverhandlungen bedrohlich sei, weil die Kapitalisten aussperren wollen. Damit diesen „Füchsen" nicht noch auf der Versammlung andere Positionen der Arbeiter um die Ohren geblasen werden, beendete Weinkauf sie schnell.

Diesen Linienschwenk wird man nur verstehen, wenn man die Termine beachtet. Zwischen diesen Terminen lag das mutige Vorgehen der Hafenarbeiter, sich nicht mit einem Abschluß von 7% auf 11 Monate Laufzeit zufrieden zu geben. „Verhalten operieren", hat sich Weinkauf gedacht, denn Georg Benz hatte in Braunschweig auch schon versucht, über „links" die Bewegung in den Griff zu bekommen: „Wir möchten Abschlüsse in der Nähe dieser Marke", sagte er am 29.1. in Braunschweig (bezogen auf die Forderung 8%, Red.). „Mit Kritik am Jahresgutachten der Bundesregierung sparte Benz ebenfalls nicht: ‚Der Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes ist nahezu lächerlich.' Die Zahlen zur Lohn- und Gehaltssteigerung stellen seine Gewerkschaft nicht zufrieden." (BZ, 30.1.78)

Die Lohnauseinandersetzungen in der Metallindustrie können positiv durch die Arbeiterklasse bestimmt werden, wenn sie sich einigt und richtige Aktionen durchführt. Warnstreiks sind bei Klöckner Bremen in den letzten Wochen durchgeführt worden. Die Vertrauensleutevollversammlung der Klöckner Hütte beschließt am 2.2. sofortige Urabstimmung, bei einer Enthaltung, um Kampfmaßnahmen gegen den jetzt viermonatigen tariflosen Zustand einzuleiten. Auch am 2.2. konnte die Sozialdemokratie in Bremen auf einer DGB-Jugendkonferenz die sozialdemokratische Forderung nach „Recht auf Arbeit" für die Durchführung einer Jugenddemonstration am 9. Februar nicht durchsetzen.

stand einzuleiten. Auch am 2.2. konnte die Sozialdemokratie in Bremen auf einer DGB-Jugendkonferenz die sozialdemokratische Forderung nach „Recht auf Arbeit" für die Durchführung einer Jugenddemonstration am 9. Februar nicht durchsetzen.

Die Arbeiter müssen die Politik der Aktionseinheit organisieren, dann können Fortschritte in diesen Lohnauseinandersetzungen gemacht werden. Werden sie nicht gemacht, werden die Kapitalisten frech; in Westberlin haben die Kapitalisten bei den Verhandlungen bisher noch kein Angebot gemacht, und die Verhandlungen sind auf Mitte Februar vertagt, in Nordrhein-Westfalen haben gar die Kapitalisten die Verhandlungen als gescheitert erklärt. Daß Fortschritte in der Politik der Aktionseinheit auf Grundlage des Zusammenschlusses in den Betrieben gemacht werden können, beweisen die Manöver der Sozialdemokraten. Die breite Unterstützung des Kampfes der Hafenarbeiter beweist dies auch. Deutlich sieht man es auch an den Betriebsratswahlen. So schlug ein Vertreter der IGM auf der Bremer Vertrauensleute-Vollkonferenz vor, das Prinzip der Persönlichkeitswahlen anzuwenden. Die Persönlichkeitswahl wurde auch auf der Betriebsversammlung auf der HDW-Werft in Kiel am Freitag gefordert. Dies forderten mehrere Arbeiter, „damit auch Arbeiter ihres Vertrauens in den Betriebsrat gewählt werden können". Wer die politischen Auseinandersetzungen um die Betriebsräte auf der HDW-Werft kennt, der merkt, daß eine politische Bewegung sich schnell wieder organisiert, wo politische Sektierer ihr Unwesen getrieben haben.

Diese Schritte zur Entfaltung der Aktionseinheit müssen rasch gemacht werden, das beweist dieser relativ kurze Rückblick, denn die Kapitalisten wollen mit aller Macht ihre Expansionspolitik fortsetzen. Fleck, technischer Geschäftsführer des DIAG-Werks Fritz Werner erklärte auf der Betriebsversammlung in der letzten Woche, daß das Werk den Umsatz auf 100 Millionen steigern will, das ist ein Drittel mehr als im letzten Jahr. Dies sind die Absichten der Kapitalisten. Man darf sie nicht hinnehmen. – (N-Red.)

Betriebsversammlung in der letzten Woche, daß das Werk den Umsatz auf 100 Millionen steigern will, das ist ein Drittel mehr als im letzten Jahr. Dies sind die Absichten der Kapitalisten. Man darf sie nicht hinnehmen. – (N-Red.)



Stuttgartt/Waiblingen. 350 Arbeiter zogen am Freitag, dem 28.1., nach der Frühstückspause um 9.30 Uhr vor das Werksgelände der Firma Bosch. 100 weitere blieben im Betrieb, arbeiteten aber nicht. Auf der Streikversammlung verlas Bormann, 1. Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle, zwei Resolutionen der Vertrauensleute, die sich unter anderem richteten:
– gegen das 3,5%-Angebot der Kapitalisten, für einen Arbeiter in den unteren Lohngruppen sind das gerade 20 bis 25 Mark mehr netto;
– gegen Umbesetzungen und Abgruppierungen mit Lohneinbußen. Seit November sind 30 Kollegen entlassen bzw. nicht ersetzt worden und nur zwei dazugekommen. Die Arbeit wurde auf die anderen verteilt. Arbeiter werden in andere Abteilungen versetzt.

Süddeutsche Metallwerke: erster Streik seit 25 Jahren

Heidelberg. Am Dienstag, dem 31.1., haben die ca. 400 Arbeiter bei den Süddeutschen Metallwerken Walldorf (SMW/BBC) nach der Frühstückspause einen dreiviertelstündigen Warnstreik durchgeführt. Der Streik richtete sich gegen das 3,5%-Angebot der Metallkapitalisten und zur Unterstützung der Forderung von SMW-Arbeitern nach 200–220 DM Festgeld, Streichung der Lohngruppen 1 bis 3, in die bei SMW hauptsächlich die Arbeiterinnen in der Montage eingruppiert sind, 1500 DM steuerfrei und Siebenstundentag.

In Verbindung mit der Ablehnung des Schlichtungsergebnisses durch die ÖTV-Hafenarbeiter wurde während der Streikdebatte im Hof festgehalten, daß Schlichtungsverhandlungen abzulehen sind und sofort Urabstimmung und Streik eingeleitet werden müssen.

Bei SMW war dies der erste Streik seit 25 Jahren. Die Angestellten konnten nicht dafür gewonnen werden, während die Arbeiterinnen von Stotz/BBC Heidelberg, die zur Zeit aushilfsweise bei SMW arbeiten, alle mitstreikten.

Die Geschäftsleitung hat noch während des Streiks herausgelassen, daß die Streikzeit vom Lohn abgezogen würde. Daraufhin einigten sich die Arbeiter, daß, sofern dies nicht zurückgenommen wird, erneut hierfür gestreikt wird.

Demonstration und Streik bei Mannesmann

Duisburg. Am Mittwoch, dem 1.2., haben rund 1000 Arbeiter der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen von 8.30 Uhr bis 10 Uhr gestreikt und eine Demonstration durchgeführt. Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder, die zur Aufsichtsratssitzung kamen, wurden mit Pfui-Rufen und einem Pfeifkonzert empfangen. Auf großen Transparenten wurde die 7%-Forderung der IG Metall unterstützt und die sofortige Abberufung Poullains, des „neutralen Manns" im Aufsichtsrat, verlangt. Gestreikt und demonstriert haben die Arbeiter aus den anderen Bereichen. Die Produktion lief weiter.

Landgerichtspräsident als Schlichter

Mannheim. Der Vorschlag der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung als Schlichter: Dr. Helmut Horn, Präsident des Oberlandesgerichts in Stuttgart, Vorsitzender des 1. Zivilsenats, Vorsit-

Landgerichtspräsident als Schlichter
Mannheim. Der Vorschlag der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung als Schlichter: Dr. Helmut Horn, Präsident des Oberlandesgerichts in Stuttgart, Vorsitzender des 1. Zivilsenats, Vorsit-

zender des Präsidialrats der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Landes Baden-Württemberg, Vizepräsident des Staatsgerichtshofs des Landes Baden-Württemberg – somit an führender Stelle mit der Unterdrückung der Volksmassen beschäftigt, dem Wohle des bürgerlichen Staatsapparats verpflichtet.

Im letzten Jahr mitverantwortlich für den 6,9%-Lohnraubabschluß. Sein Monatseinkommen: 10054 DM (Grundgehalt einschließlich 889 DM Ortszuschlag).

Siemens-Hausgerätewerk: Überstunden und Sonderschichten verweigert

Westberlin. Am Dienstag, dem 17.1.78, sind am Band 025 im Hausgerätewerk die Betriebsräte Kahl (Vorsitzender), Oztürk, Tütüncue und Argüder aufgetaucht. Ob die Kollegen zwei Überstunden täglich machen wollten oder lieber Sonderschichten, wollten sie wissen. Überall sind sie rumgelaufen und haben den Arbeitern erzählt, daß die Kollegen an den anderen Bändern Überstunden und Sonderschichten machen wollten, und deshalb müßten alle mitmachen. Seit Oktober letzten Jahres versucht die Geschäftsleitung, Sonderschichten durchzusetzen. Am Band 026 haben sie sich erst Anfang Janur eine Abfuhr geholt. Jetzt im Tarifkampf sehen die Arbeiter schon gar nicht ein, der Siemens AG durch Überstunden und Sonderschichten die Lager voll zu machen, damit sie dann mit vollen Lagern einen Streik aushalten können. Auch ihr neuester Versuch scheiterte kläglich. Es werden keine Überstunden und Sonderschichten gemacht.

Branchenversammlung im Kfz-Handwerk: 9% müssen mit Streik durchgesetzt werden

Bochum. Am 31.1.78 fand für die Bochumer Kfz-Handwerksbetriebe die jährliche Branchenversammlung statt. Seit 30.11.77 besteht tarifloser Zustand. Die gewerkschaftliche Forderung „Kein Null-Monat" wurde von der Versammlung unterstützt. Das 4%-Angebot der Kapitalisten wurde von der Tarifkommission abgelehnt. Die nächste Verhandlung findet am 16.2. statt. Dietzel (SPD) aus der Tarifkommission sprach sich für die Forderung von 9% auf den Ecklohn (7,45 DM) aus. Einer fragte, ob 7% durchsetzungsfähig seien. Unter Beifall stellte ein Jugendvertreter fest, daß man an 9% festhalten müsse. Nach der Lehre sollten die Facharbeiter gleich nach dem 2. Gesellenjahr bezahlt werden.

Zur Durchsetzung der Forderungen wurde vorgeschlagen:
– Verlängerung der Pausen,
– langsamer arbeiten (Überschreitung der Richtzeit),
– Information beim Betriebsrat,
– Autokorso am 16.2. (am Verhandlungstag)

Streik soll als letztes Mittel angewandt werden.

Bischof, Gott und Geld

„Ich bin glücklich, bei Ihnen zu sein, um Sie kennenzulernen und den Heiligen Karl zu feiern. Er ist in unseren beiden Ländern sehr bekannt wegen seines Glaubens, seiner Weisheit und seines Traumes, Europa zu bauen – eines Traums, der glücklicherweise immer noch gepflegt wird." Der sich hier eines so glücklichen Traumes preist, ist der Erzbischof von Lyon, Kardinal Alexander Charles Renard. Der Heilige, den der Kardinal feiert, ist Karl der Große, der „erste abendländische Kaiser", dessen Name das „Chiffre einer politischen Verständigung, die mehr noch als die bekannten zwei Völker umfassen könnte", wie es die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" passend gegen Italien wendet.

Todestage von Heiligen pflegt die Kirche in aller Regel als spirituelle *(Wieder-)*Geburtstage zu feiern. So auch hier im Frankfurter Dom. Dort feiert sie alljährlich den Todestag Karl des Großen am 28. Januar mit einer Messe. Die Geburt eines „Neuen Europa" nach Vorbild Karls des Großen, das ist jener „glücklicherweise immer noch gepflegte Traum", den sich die Bourgeois zelebrieren lassen, „die Vorstellung einer politischen ‚Eintracht' unter dem Patronat des großen Kaisers".

Die Grenzen des fränkischen Reichs Karls des Großen gingen vom Ebro bis zur Eider in Jütland, vom Atlantischen Ozean bis zur Elbe, zum Böhmerwald und zur Raab, von der Ostsee bis hinunter nach Rom. Es umfaßte das heutige Frankreich, Norditalien und Westdeutschland bis zur Elbe. Dieses Reich gilt der Europäischen Gemeinschaft der Imperialisten als Vorbild. Keine der europäischen imperialistischen Bourgeoisien hat den Traum aufgegeben, in der einen oder anderen Weise am Kampf um die Weltherrschaft teilzunehmen. Um dieses zu erreichen und nicht zum Spielball der Rivalität der beiden Supermächte zu werden, streben sie nach Hegemonialstellung innerhalb der EG, um sich die Basis zu verschaffen, selbständig am Kampf um die Weltherrschaft teilzunehmen. Dabei geht es den Bourgeois vor allem darum, die Herrschaft über die gesamte europäische Arbeiterklasse, einer erfahrenen und seit Jahrhunderten in die Lohnarbeit gepreßten Klasse von Proletariern, zu erlangen. Diese auszubeuten spornt jeden Imperialisten zu großen Abenteuern an.

Die westdeutsche Bourgeoisie verspricht sich von der Frankfurter Heiligenfeier, zu der sie sich eigens den Kardinal aus Frankreich bestellt hat, einen „hohen symbolischen Wert". „Die Fähigkeit zum symbolischen Denken", so stellt der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen" fest, „hat in moderner Zeit außerordentlich nachgelassen, und doch steht die Bedeutsamkeit derselben außer Frage. Einer solchen Betrachtung aber erschlösse sich die Außerordentlichkeit des erlebten Vorgangs." Auf die kunstvolle Handhabung hoher symbolischer Werte versteht sich der Erzbischof vorzüglich. Um vom Traum zur Wirklichkeit zu gelangen, zelebriert er das Gleichnis von den anvertrauten Pfunden/Talenten (Rechnungsmünze im alten Rom):

„Ein bedeutender Mann vertraut, bevor er abreist, dieselbe Summe Geldes jedem seiner zehn Diener an, damit sie dieses während seiner Abwesenheit vermehren. Bei seiner Rückkehr ruft er seine Diener, damit jeder Rechenschaft ablegt über seine Verwaltung: eine Belohnung und eine Verantwortung werden den Dienern gemäß ihrer Arbeit anvertraut. Ein Diener hat das anvertraute Geld versteckt, aus Furcht, es zu verlieren und aus Angst vor seinem anspruchsvollen Herrn. Falsch gemacht! Der Herr erwartet, daß das anvertraute Geld Frucht gebracht hätte: deswegen seine Strenge, das Geld wird dem Diener weggenommen und dem gegeben, der schon hat!"

Bei Lukas endet dieses Gleichnis mit dem Satz:

„Ich sage euch aber: Wer da hat, dem wird gegeben werden, von dem aber, der nicht hat, wird auch das genommen werden, was er hat."

Der Bischof zelebriert das Hohelied der imperialistischen Konkurrenz. Dem, der aus einem Pfund/Talent zehn gemacht hat, winkt die Belohnung:

„Und er sprach zu ihm: Ei du frommer Knecht, dieweil du bist im Geringsten treu gewesen, sollst du Macht haben über zehn Städte." (Lukas 19/17) Das Reich Karls des Großen verfiel unter seinen Nachfolgern in Frankreich, Italien und Deutschland. Das Schulbuch sagt: „Zwei Völker sehen in Karl den Gründer ihrer Reiche: Deutsche und Franzosen. Beide haben ein Recht darauf."

Die Wolfsnatur des Kapitals, im antiken Bibelgleichnis auf das Wucherkapital bezogen, hat – insoweit greift der Kirchenmann mit Recht zum Gleichnis – im modernen Monopolkapital erst seine Vollendung gefunden. Die Verwirklichung dieses Wolfstriebes nach Bereicherung als Verwirklichung des „Willens Gottes" und von der Bibel verordnet.

Eine interessante Linie, laut heult sie der Bischof von Lyon von der Domkanzel. Bald wird sich Pfaffenfußvolk einfinden. Auf dieser Linie könnten sich Menschen – ihre Übereinstimmung in bezug auf Gott gröhlend – die Schädel einschlagen.

Noch sind nicht alle Haftbefehle aufgehoben, noch finden die Grohnde-Prozesse statt

Im Kampf gegen die Grohnde-Prozesse für Einstellung aller Verfahren und Freilassung der Verhafteten die Aktionseinheit stärken

Hannover. Vergangene Woche mußte das Landgericht Hannover den Haftbefehl gegen Gerhard Schulz aufheben. Rüdiger Jörß muß sich weiter drei Mal die Woche bei der Polizei melden, Linda Engelbert ist gegen Kaution von 10000 DM aus dem Gefängnis gelassen, aber gegen die restlichen der elf Angeklagten bei den Grohnde-Prozessen sind die Haftbefehle weiter in Kraft.

„Polizei in Beweisnot", stellte die „HAZ" am vorletzten Samstag fest: Im Prozeß gegen Andreas Hanke hatte der Polizeikommissar Eggers ausgesagt, als Zeuge der Staatsanwaltschaft.

Erst hat er behauptet, die Polizei hat nicht geknüppelt. Als er damit nicht durchkam, mußte er an diesem Punkt zurückstecken. Das ist wirklich Beweisnot, wenn einem die Lügen entlarvt werden. Auch die nächste zurechtgezimmerte Aussage ist geplatzt: Der Zeuge hat behauptet, er habe den Angeklagten nicht aus den Augen gelassen, aber er konnte sich nicht daran erinnern, was der Angeklagte anhatte. Er wußte auch nicht, ob der einen Schutzhelm trug.

Zu Recht hat Andreas Hanke diesen Zeugen für Albrechts Ziele von der Polizei einen Lügner genannt: 100 DM Ordnungsstrafe hat ihm das Gericht dafür aufgebrummt. Der Polizeikommissar Eggers war auch der erste Polizist, der angeblich in Grohnde verletzt worden ist. Sein Attest hat er sich am 21.1.78 vom Arzt geholt. Beim Arzt war er am 28.3.77, die Demonstration war am 19.3.77.

Für die sofortige Einstellung aller Grohnde-Prozesse, für die sofortige Aufhebung aller Haftbefehle und für die sofortige Freilassung aller Häftlinge!

Weitere Resolutionen sind in der letzten Woche gefaßt worden von 12 Teilnehmern eines Seminars der Pädagogischen Hochschule Hildesheim, der Fachbereichsgruppe Mathe/Physik in Braunschweig, die zum Prozeß am 7.2. nach Hannover fahren will. Die Soldaten der Standortgruppe Lüneburg haben eine Grußadresse gegen die Grohnde-Prozesse an die Kundgebung und Veranstaltung der Bürgerinitiative Lüneburg beschlossen: „... Wir werden uns zu solchen Einsätzen (gegen die Volksmassen) nicht hergeben, weil wir die gleichen gegen das Energieprogramm der Bundesregierung gerichtete Interessen haben."

Die Bürgerinitiative Göttingen hat an alle Bürgerinitiativen den Vorschlag unterbreitet, eine Unterschriftensammlung für die Einstellung aller Grohnde-Prozesse, die sofortige Aufhebung der Haftbefehle, die Freilassung aller bereits Inhaftierten, durchzuführen. Auf der Universitätsvollversammlung in Göttingen wurde der Text mit den Forderungen mehrheitlich von den etwa 800 Studenten verabschiedet. Mit der Unterschriftensammlung soll für eine bundesweite Demonstration gegen die Grohnde-Prozesse am 25.2.78 in Hannover mobilisiert werden. Den Beschluß für die Demonstration hat die Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen am 29.1.78 in Göttingen gefaßt. Die „Wählergemeinschaft Atomkraft – Nein Danke!" ruft ebenfalls dazu auf.

Die Bourgeoisie macht sich begründete Sorge, daß sie mit ihrem Vorhaben, die Bewegung gegen das Energieprogramm der Bundesregierung über die Grohnde-Prozesse zu zerschlagen, nicht durchkommt: „Indes, es ist nicht ausgeschlossen, daß in unserem Lande jeder zumindest ein ‚Bußgeld' hinblättern muß, der einen Wagen leicht schrammt oder falsch parkt. Wer aber mit Eisenstangen zum Baustellensturm ansetzte, der ... nun, wir werden es ja erleben." (Cellesche Zeitung, 31.1.)

In der Vorbereitung der Demonstration und Kundgebung kann die Aktionseinheit für die sofortige Einstellung der Grohnde-Prozesse weiter vorangetrieben werden. Gelingen wird das nur, wenn die Reserven mobilisiert und organisiert werden, die an verschiedenen Punkten das Energieprogramm bekämpfen. Groß ist z.B. die Wut der Massen auf die angekündigte Benzinpreiserhöhung um vier Pfennig.

Gegen das Zwischenlager in Ahaus schließen sich die Arbeiter und Bauern zusammen. Wird diese Einheit in der Vorbereitung der Aktion gefördert und unterstützt, dann können Demonstration und Kundgebung eine große Kraft entwickeln. – (Bezirk Hannover)

Die mageren Ölressourcen in Niedersachsen werden von den Kapitalisten nicht verschmäht

Energiesicherstellung und -ausbau in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges / Steuerwegfall und Subventionen für die Kapitalisten



Ausbildung in der Deutschen Bohrmeisterschule



Erdölfelder in Niedersachsen

Das Energiesparprogramm der Bundesregierung, mit dem die Kapitalisten 4,35 Mrd. DM an Subventionen bekommen sollen, ist im ersten Anlauf geplatzt. Unter anderem hatte sich Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht quergelegt. Er wandte sich damit gegen eine immer stärker werdende Zentralisierung, bei der den regionalen Besonderheiten, sprich den regional bedeutenden Kapitalisten-Interessen, nicht genügend Rechnung getragen wird.

Da die Bourgeoisie großes Interesse an dem Energiesparprogramm hat, hat sie Finanzminister Apel vorgeschickt, Druck auf Albrecht auszuüben. Apel hat die unterschiedliche Konkurrenzsituation der Mineralölkapitalisten genutzt, eine Umwandlung des „Windfall-Profits", des Förderzinses auf einheimisch gefördertes Öl und Gas, in eine Bundessteuer anzusprechen. Bislang müssen die Öl- und Gas-Kapitalisten eine Ländersteuer abgeben. 1977 waren das bei einem Förderzins von 10% ca. 340 Millionen DM, wovon allein auf Niedersachsen 310 Millionen DM entfielen. Diese Millionen kommen den Kapitalisten selbst wieder voll zugute, weil damit Industrieansiedlungen, z.B. der Ausbau des Emdener Dollart-Hafens, und der „Mittelstand" gefördert wird.

„Es wird allerdings in Bonn vermutet, daß Bundesfinanzminister Apel mit seiner Forderung nach einer Verbrauchssteuer auf die heimische Öl- und Gasförderung ein „Tauschgeschäft" mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht im Sinn haben könnte. Wenn Albrecht seinen Widerstand gegen das Energiespargesetzt aufgäbe, ..., könnte die Bundesregierung die niedersächsische Regierung mit Ansprüchen auf Einnahmen aus der Öl- und Gasgewinnung in Ruhe lassen." (FAZ, 11.1.78)

Gegen die Bundessteuer wenden sich die Erdöl-Kapitalisten, auch die, die keinen Förderzins zahlen müssen. Schmidt hat einen Rapport von Apel angefordert. Albrecht bietet ein anderes Geschäft an: Wegfall der Lohnsummensteuer für die Kapitalisten in Niedersachsen, dadurch würden sich die Steuern, die auf den Bund entfallen, um 50 Millionen DM erhöhen (die Lohnsummensteuer kann von den anderen Steuern auf den Gewinn abgesetzt werden, siehe KVZ Nr. 5/78), Erhöhung des Förderzinses von 10 auf 18 Prozent, weiterhin als Ländersteuer, wovon die Gemeinden einen Teil als „Entschädigung" auf entgangene Lohnsummensteuer erhalten sollen.

„Die Fördergesellschaften haben nach Mitteilung der niedersächsischen Landesregierung eine Förderzinserhöhung nicht grundsätzlich abgelehnt" (HAZ, 17.1.78). Sie scheinen Gefallen an dem Plan zu finden: Die Erhöhung des Förderzinses durch Preiserhöhungen wettzumachen, die Lohnsummensteuer wegzukriegen, Subventionen aus dem Landesfonds und Landeshaushalt und dem Bundeshaushalt zu bekommen. Das lohnt sich dann auch wieder.

Warum fördern die Erdölkapitalisten überhaupt Öl in Niedersachsen? Die Ausbeute an einheimischem Erdöl ist in der Tat recht bescheiden. 1977 wurden 5,4 Millionen Tonnen Öl in Niedersachsen gefördert, das sind 5 Prozent vom Gesamtverbrauch in der BRD. Die als „sicher und wahrscheinlich" geltenden Vorräte werden mit knapp 70 Millionen Tonnen vom Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung e.V. angegeben. Das reicht nicht weit. Erdöl ist zwar vorhanden, doch es ist teuer zu fördern: Bis zu 6000 Metern muß gebohrt werden, um auf Öl zu stoßen, zudem besteht es oft aus einem Öl-Gasgemisch, das bei der Förderung noch getrennt werden muß.

„Nachdem vor allem der erste Weltkrieg (die Kapitalisten) hatte erkennen lassen, welche wichtige Rolle das Erdöl als Ausgangsstoff für die bei der nunmehr einsetzenden Motorisierung benötigten riesigen Schmier- und Treibstoffmengen spielte" und in der Folge herausgefunden wurde, daß Erdöl auch unabhängig von Salzstökken vorkommt, neue Felder erschlossen wurden und die Enteignung des Grund und Bodens bei Erdölfunden von Staats wegen durchgesetzt war (dieses Gesetz von 1935 gilt heute noch), war „im Jahr 1940 in Deutschland ein langerstrebtes Ziel erreicht. Die Jahresförderung überschreitet erstmalig die Millionengrenze" (Dietrich Hoffmann: Die Erdölgewinnung in Norddeutschland).

Daran erinnern sich die Kapitalisten und lassen die Erdölförderung und -suche weiter betreiben, gefördert von der Landesregierung.

„Daher wird das Land die Entwicklung und Verbesserung von sekundären und tertiären Gewinnungsverfahren durch finanzielle Unterstützung fördern" und „Weiter wird das Land durch finanzielle Förderungsmaßnahmen Anreize für die sehr risikoreiche und mit hohen Kosten verbundene Erkundung des tieferen Untergrundes schaffen" (Landesentwicklungsprogramm Niedersachsen 1985).

Selbst die großen Energie-Konzerne stehen da nicht abseits: Z.B. ist die Deutsche Shell AG mit 50% an der Gewerkschaft Elwerath und Brigitta beteiligt, die am meisten Öl in Niedersachsen fördert. Die Wintershall AG, die an 2. Stelle in der Förderleistung steht, ist zu 100% in den Händen des BASF-Konzerns und tummelt sich ansonsten fast auf dem gesamten Erdball: Algerien, Lybien, Quatar, Dubai, Oman, Pakistan, Kanada, Texas, Louisiana, Norwegen, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Griechenland und Malta. Die Preußen-Elektra, Esso, Texaco mischen mit. Außerdem fordern die deutschen Öl-Konzerne, die Nordsee nicht abzuschreiben.

Sie verschmähen die einheimischen Ressourcen aus nur einem Grund nicht und scheuen deswegen auch nicht die Kosten: Sollte die westdeutsche Bourgeoisie die Möglichkeit sehen zu einem Blitzangriff zwecks Neuaufteilung der Welt, so wie Hitler es machte und wie sie es schon üben lassen bei jedem „Hilfeleistungstransport in Katastrophengebiete" oder dem Ausfall nach Mogadischu, dann brauchen sie jeden Liter Öl und müssen in dieser Frage für kurze Zeit unabhängig sein. Darum: „Seit den fünfziger Jahren ist nicht so intensiv der Boden der Bundesrepublik nach Erdöl und Erdgas durchsucht worden wie gegenwärtig" (HAZ, 16.1.78). – (N-Red.)

Ungesetzliche Parkuhren? – Bourgeoisie lotet neue Plünderungsmöglichkeiten aus

Hat der Staat außerhalb des bürgerlichen Rechts groschenweise Millionen DM aus den Taschen der Massen gezogen? Den bürgerlichen Journalisten ist das Sinnieren über diese Frage gestattet. Das Oberverwaltungsgericht Mannheim hat das Signal gesetzt. Es fehle die gesetzliche Grundlage zur Einziehung von Parkgroschen über Parkuhren. Gleich mitgeschickt hat es die Warnung, die Parkuhren bloß nicht zu boykottieren bis die Entscheidung beim Bundesverwaltungsgericht gefällt ist. Solch einträgliche Einnahmequelle schließt man nicht, ohne eine noch reichlicher sprudelnde aufgetan zu haben.

Über 21 Millionen hatten 1976 den Führerschein. Die Unfälle allein in Niedersachsen sind im gleichen Jahr um 18685 auf 178870 gestiegen.

„In Flensburg sind derzeit 4,6 Millionen Bundesbürger eingetragen. Den meisten von ihnen sind nur ein oder zwei Vergehen vorzuwerfen. Aber 15% sind bereits Mehrfachtäter bis zu sechs Eintragungen und zwei Prozent Vielfachtäter, deren Führerschein in bedenkliche Gefahr geraten ist." (Braunschweiger Zeitung, 26.11.77)

„1977 wurden allein im ersten Halbjahr 127000 Führerscheine entzogen –, zehn Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 1976. Fast 80000 Autofahrer wurden mit einer Führerscheinentziehung von mindestens zwölf Monaten bestraft. (...) Nach dem 0,8-Promille-Gesetz wurden 31000 Bundesbürgern auf vier bis acht Wochen befristete Fahrverbote verhängt. 2000 Bundesbürger mußten den Führerschein abliefern, weil sie innerhalb von zwei Jahren 18 Punkte auf dem Konto in der „Verkehrssünderkartei" angesammelt oder – nach dem Erreichen von 14 Punkten – die Eignungsprüfung nicht bestanden hatten. Fast 14000 Bundesbürgern wurde wegen Vorstrafen die Erteilung eines Führerscheins versagt." (Hamburger Abendblatt, 23.11.77)

„Verkehrsdelikte sind Massendelikte, sie sollten aber nicht gar zu schematisch und pauschal abgeurteilt werden, wenn Bußgelder oder andere Verkehrsstrafen nicht jede erzieherische Wirkung einbüßen sollen. Auch wäre es falsch, wenn man vergessen würde, daß der größte Teil der Bürger, wenn überhaupt, nur als Autofahrer mit den Gerichten zu tun bekommt. Das Rechtsgefühl unserer Gesellschaft wird hier ganz entscheidend mitgeprägt", stellt die FAZ fest.

Unerträglich ist es für die herrschende Klasse, daß die Massen sich über ihre Gesetze hinwegsetzen, sie umgehen. Ständig knobeln sie an der Vervollkommnung der Kontrolle und Unterdrückung, ändern und verschärfen sie, ebenso wie die Ausplünderung bei Nichtunterwerfung unter ihre Schikane. So ein Urteil wie aus Mannheim erweist hier gute Dienste. „Wir warten ab, ob das Urteil auch für Hamburg relevant ist. Der Finanzsenator ist jedoch auf jede Einnahme angewiesen. Bei der knappen Haushaltslage ist für ihn jede Mark weniger ein harter Verlust", zitiert das „Hamburger Abendblatt" den Kommentar der Sprecherin des Hamburger Finanzsenators. Rund 480000 DM hat der Bremer Senat 1977 über die Parkuhren eingestrichen.

An verschiedenen Stellen läßt die Bourgeoisie beraten, wie und wieviel sie mehr aus den Massen herausholen kann:

Die Juristen haben aufgedeckt, daß es kein Ermächtigungsgesetz für die Einziehung von Parkgroschen gibt. Das soll nachgeholt werden.

Der Deutsche Städtetag fordert eine Mark für eine halbe Stunde Parken in der Innenstadt und an anderen Stellen abgestuft 50 Pfennig. Kassiert werden sollen die Parkgebühren über Parkscheinautomaten. Einer davon soll 200 Parkuhren ersetzen.

Der Verkehrsgerichtstag sann über weitere „Vergehen" nach, die mit Bußen geahndet werden könnten. Dort wurde als Programm gefaßt, was in der bürgerlichen Presse schon seit Monaten wohlplaciert vorbereitet wurde:

Die Anschnallpflicht wurde wieder ins Gerede gebracht, nachdem die „Autofahrer Verkehrsminister Gscheidle ein Schnippchen" geschlagen hatten und sich mehr angegurtet hatten. Aber der Rest soll nicht durchs Netz gehen. Einmal nicht angeschnallt erwischt, soll 40 DM kosten. Die Überwachung der Massen soll mit Kurzwegfahrenschreibern für Pkw's und mit der Drohung, daß nicht gezahlte Geldbußen bis 40 DM ebenfalls in Flensburg registriert werden, erhöht werden.

Verstärkt propagiert werden die Nachschulungen. Ab März dieses Jahres wird „experimentell" für ein halbes Jahr die Unterwerfung jedes einzelnen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe unter die Polizeikontrolle geprobt.

In Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hamburg werden für bis zu 25 Jahre alte Autofahrer mit einem Punktekonto in Flensburg Nachschulungskurse eingerichtet.

„In einem Drei-Wochen-Kursus mit sechs bis sieben Doppelstunden soll diesen Verkehrsteilnehmern unter Leitung von Psychologen und besonders ausgebildeten Fahrlehrern eine kostenlose Schulung angeboten werden. Absolvieren die „Ertappten" den Kursus, werden die eigentlich fälligen Punkte nicht nach Flensburg weitergemeldet." (Hamburger Abendblatt, 14.1.)

Nach Auskunft des ADAC in Hannover wird das so aussehen:

Flensburg meldet an die zuständige örtliche Polizeistelle, daß XY 14 Punkte für ... hat. Die örtliche Polizeistelle sucht den Kursus mit dem passenden Schwerpunkt aus und macht XY ein Angebot, der freiwillig daran teilnehmen kann. Aufgrund einer Teilnahmebescheinigung erwerbe er einen Punkterabatt, der bei der örtlichen Polizei registriert ist. „Wenn Flensburg dann meldet, da hat einer 18 Punkte, dann weiß die zuständige Behörde, der hat „nur" 15. Das muß so sein, weil nur die zuständige Polizeibehörde Maßnahmen ergreifen kann. Beigebracht werden soll den jungen Leuten vor allem defensives Fahren", so ein ADAC-Angestellter. Er meinte weiter, so 200 DM würde so ein Kursus schon kosten. – (N-Red.)

Aufruf zu Aktionen gegen den § 218 am 25. Februar 1978

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25.2.1975 hat der bürgerliche Staatsapparat ein dichtes Netz von staatlichen Überwachungs- und Zwangsberatungsstellen auf Grund des Strafparagraphen 218 geknüpft. Von 49 auf nahezu 800 ist die Zahl der durch das Strafgesetzbuch festgeschriebenen Meldestellen angeschwollen, in denen mit Bespitzelung und Demütigungen, mit Bevormundung und staatlichen Almosen, mit karteimäßiger Erfassung und Überwachung dem Knebelparagraphen Geltung verschafft werden soll.

Untersuchungskommission, Ausschüsse, ein Heer von Politikern, Pfaffen, Psychologen, Ärzten und Juristen sind jetzt erneut angesetzt, die Wirkung des im Juni 1976 rechtskräftig gewordenen verschärften § 218 zu prüfen. Wirksam wird dieses Unterdrückergesetz letztlich durch den staatlichen Gewaltapparat der bürgerlichen Klassenjustiz, die bereits 1976 wieder 308 Urteile auf Grund des § 218 gefällt hatte und im vergangenen Jahr mit Terrorurteilen, die bis zur „Sicherheitsverwahrung" oder „Verbannung" reichen, die Achtung vor „dem Rechtsgut der Verfassung" und den Zwangsgesetzen des bürgerlichen Staates erzwingen wollte. Ohne Zeugnisverweigerungsrecht, zur Denunziation genötigt, sollen sich Frauen, die sich der amtlichen Bevormundung und Erfassung in den Beratungsstellen nicht unterwerfen, ihre Straffreiheit erkaufen.

Während derzeit die bürgerliche Presse erneut eine Propagandakampagne über „Hilfen" der staatlichen Zwangsberatung entfaltet, feilen die Länderregierungen an Ausführungsgesetzen zum § 218, die die lückenlose Anwendung dieses Strafgesetzes sichern sollen, im „Auftrag der Verfassung", „aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit" und „wegen des Zusammenhangs mit Straftatbeständen". Zwei Bundesländer haben die gesetzliche Regelung zur umfassenden Anwendung des Strafparagraphen zum 1.1.1978 bereits verabschiedet. Grundlage aller dieser Maßnahmen ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem die Existenz und Anwendung der § 218 an die bürgerliche Verfassung geknüpft und damit die Ursache des Abtreibungselends, die ständig wachsende Verelendung der lohnabhängigen Massen zum Wohle des Profits und der Expansion des Kapitals, zum durch Justiz und Polizei zu verfolgenden Verbrechen des Einzelnen erklärt wird.

Die Verteidigung und Anwendung des § 218 ist Teil der endlosen Kette reaktionärer Gesetzesmaßnahmen, mit denen die herrschende Klasse die ständigen Lohnsenkungen, die wachsende Ausplünderung über Steuern und Gebühren sichern und die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung niederhalten will.

Auf Unterschriftenlisten, in Beschlüssen aus Betrieben und Gewerkschaftskörperschaften zum 1. Mai ist in den vergangenen Jahren nach dem BVG-Urteil tausendfach die Forderung erhoben worden nach der ersatzlosen Streichung des § 218. In den Komitees und Initiativen gegen den § 218 ist die Linie, auf der dieser Kampf erfolgreich geführt werden kann, festgelegt in den Forderungen:

Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! Diese Forderungen haben über 12 000 Lohnabhängige in einem Brief an den Gewerkschaftstag der IG Metall unterstützt.

Die ersatzlose Streichung des § 218 ist Bestandteil des Kampfprogramms der Arbeiterbewegung. Sie muß am 1. Mai erhoben werden. Um für den Kampf gegen den Paragraphen 218 und die gewerkschaftlichen Maidemonstrationen zu mobilisieren, rufen die Komitees gegen den § 218 am 25.2. zu Propagandafahrten und Autocorsos auf. Vor drei Jahren hat die Bourgeoisie durch das Verfassungsgericht festgelegt, daß sie nie und nimmer den Paragraphen 218 als Instrument der Demütigung, Schikane und Unterdrükkung aus der Hand geben will. Seitdem gibt es hartnäckigen Kampf gegen das Urteil des Verfassungsgerichts. Die Arbeiterbewegung und die Volksmassen werden den Paragraphen 218 zu Fall bringen.

Nehmt an den Propagandafahrten am 25. Februar teil! Erheben wir am 1. Mai die Forderung: Volksentscheid gegen den § 218!

Frankfurt, den 3.2.77
Ständiger Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Eisenbahner weisen dreisten Angriff auf ihren Lohn zurück

Heidelberg. Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn Hans Reschke hat vor Frankfurter Wirtschaftsjournalisten behauptet, die Eisenbahner seien zu hoch bezahlt. Die Eisenbahner führten daraufhin sofort spontane Personalversammlungen und Personalratssitzungen durch und berieten den Kampf um ausreichenden Lohn und gegen die Rationalisierungsmaßnahmen. Der 1. Bevollmächtigte der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) Reiner Nimis (Heidelberg) hat auf die Bewegung unter den Beschäftigten reagiert und erklärt: „Wenn Herr Reschke zu hoch bezahlte Eisenbahner kenne, so seien diese sicherlich in seiner näheren Umgebung zu finden. In der Zeit, in der durch den rigorosen Einstellungsstopp und durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen ständig höhere Anforderungen an das Personal gestellt würden, könnten derartige Äußerungen nicht einfach hingenommen werden."

Die GdED fordert von Bundesverkehrsminister Gscheidle, unverzüglich personelle Konsequenzen aus dem Fehlverhalten Reschkes zu ziehen, da sonst der Betriebsfrieden erheblich gestört sei und Auswirkungen auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen nicht ausgeschlossen seien.

Bundesbahnlehrlinge fordern von Gscheidle ein Angebot

Stuttgart. Fünf Lehrlinge des Bahnbetriebswerks Stuttgart-Nord unterstützen einen Brief an Gscheidle und den Hauptvorstand der DB: Sie fordern ein Angebot von mindestens:
– Für alle Lehrlinge die Zulage von 50 DM! Darauf 120 DM für alle gleich!

Weiter erklären sie, daß sie sich nicht von den älteren Kollegen abspalten lassen und ein Angebot von 220 DM für alle richtig ist.

Krankenhauspersonal kämpft gegen Rationalisierung

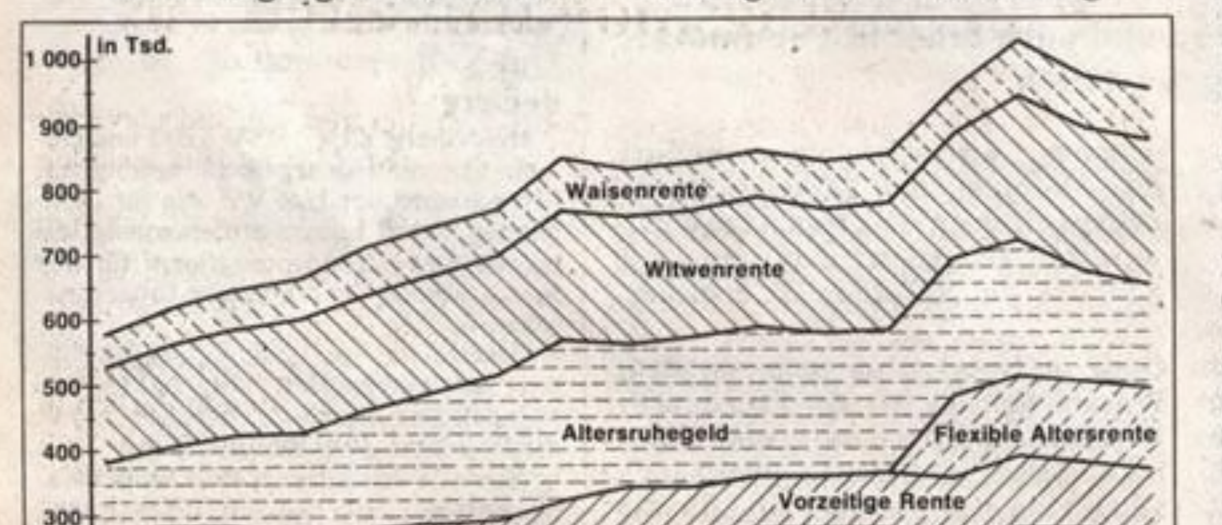
Kassel. Wochenlang hat die Wirtschaftlichkeitsprüfungskommission im Stadtkrankenhaus herumgeschnüffelt. Die Besichtigung der einzelnen Abteilungen wurde immer kürzer, weil die Schwestern die Kommission angegriffen haben, die Putzfrauen haben ihre Arbeit niedergelegt, unter anderem hat die Kommission „Ausfallstatistiken" des Personals angelegt. Erstes offizielles Ergebnis der „Untersuchung": 200 Planstellen sind zuviel. 50 davon sollen durch die Anrechnung der Krankenpflegeschüler 6:1 im Pflegebereich ersetzt werden.

Am 30.1. haben die Schwestern einer Inneren Station die Oberschwester angerufen und mitgeteilt, daß sie jetzt Zimmer schließen würden, weil die Arbeit viel zuviel sei. Vier Schwestern fehlten zudem noch wegen Urlaub und Krankheut. An dem Tag blieb viel liegen, z.B. klebten die Schwestern keine Befunde ein, obwohl am nächsten Tag Chefvisite war. Jetzt ist eine Schwester zur Aushilfe geschickt worden.

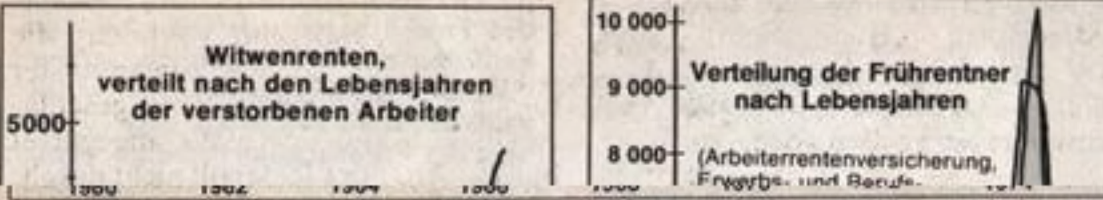
schließen würden, weil die Arbeit viel zuviel sei. Vier Schwestern fehlten zudem noch wegen Urlaub und Krankheut. An dem Tag blieb viel liegen, z.B. klebten die Schwestern keine Befunde ein, obwohl am nächsten Tag Chefvisite war. Jetzt ist eine Schwester zur Aushilfe geschickt worden.

Die „gewöhnliche" Rente ist das Ungewöhnliche

Rentenzugang in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung

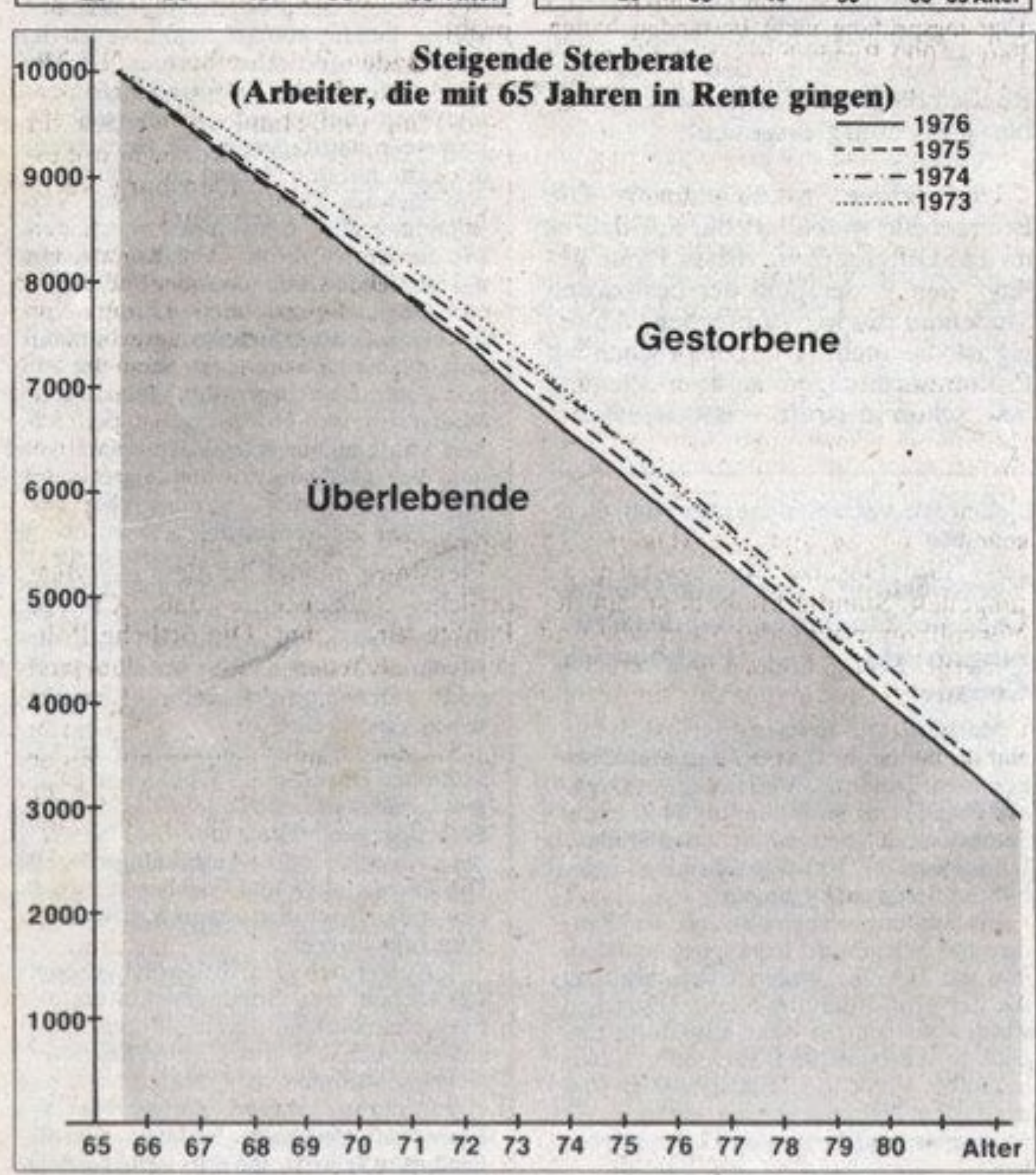


Ergebnisse der Profitproduktion



Ergebnisse der Profitproduktion





Deutsche Bundespost: Neue Rationalisierungsideen und Gebührenerhöhungen

Anfang März plant die Bundespost im gesamten Bundesgebiet Pack-Sets auf den Markt zu bringen. Diese Einheits-Wellpappe-Verpackungen kosten je nach Größe zwischen 1 und 2 DM und enthalten bereits Bindfaden, Klebeband und Paketkarte. Was die Post damit bezweckt, läßt die bürgerliche Presse heraus: Regressansprüche senken, rationalisieren und mittels des Verkaufs einen Gewinn machen.

Schäden an Paketen müssen von der Post ersetzt werden, auch wenn die Ursache ein lose verpacktes Paket war. Mit Pack-Sets läßt man die Massen zahlen und spart Ersatzansprüche und Arbeitskräfte, die bisher damit beschäftigt waren, die beschädigten Pakete zu verpacken. Die Pakete in Norm-Verpackung und mit einheitlicher Belastbarkeit schaffen für die Post kürzere Abfertigungszeiten und Transportwege.

Haben sich diese Pack-Sets erst einmal „bewährt", ist der Weg nicht mehr weit, sie obligatorisch einzuführen, dann sicherlich zum „Schutze der Waren unserer Kunden". Der Preis von 1 bis 2 DM wird dann beliebig erhöht werden können, weil die Möglichkeit, im Schuhkarton zu pakken, verboten sein wird.

Gleichzeitig läßt der Minister mit Hilfe seiner sozialdemokratischen Freunde in der Deutschen Postgewerkschaft einen schweren Angriff auf die Arbeitsbedingungen der Postarbeiter fahren. Unter der Überschrift „Die Post soll mehr Service bieten", „Postboten als Sozialhelfer?" fordert die „Frankfurter Allgemeine", indem sie aus der Gewerkschaftspresse der DGP zitiert, die Einführung von Zusatzdiensten für Postboten. Nachrichtendienst für Alte und Kranke und deren Versorgung, was nichts anderes bedeutet als deren völlige Kontrolle und Abhängigkeit von staatlichen Einrichtungen. Für die Postbeamten wäre es die Einführung der jederzeitigen Einsatzbereitschaft und Zwang zur Annahme jeglicher Arbeit.

Davon träumt die Bourgeoisie und setzt alles daran, es zu verwirklichen. Im Januar war deshalb eine Erörterung mit den Bürgermeistern aller großen Städte und wurde eine Kommission gegründet, die untersucht, inwieweit der Boden für die Maßnahmen vorbereitet ist, d.h. die Beamten zu dieser hinterhältigen Aufgabe gezwungen werden können.

Abgerundet wird dieser ganze neue Maßnahmenkatalog mit einer geplanten „Erhöhung bestimmter Gebühren im Postwesen zum 1.1.1979", unter die auf jeden Fall die Portogebühren fallen. Um das schön zu verpacken, läßt Antje Huber ihre „Fit statt Fett"-Aktion auf Briefmarken abdrucken. Bonbons fallen einem Kind in den Mund, die Zähne dafür raus. Eine neue Variante, die Volksmassen an den Entzug von Lebens- und Genußmitteln zu gewöhnen. – (N-Red.)

dann beliebig erhöht werden können, weil die Möglichkeit, im Schuhkarton zu pakken, verboten sein wird.

Gleichzeitig läßt der Minister mit Hilfe seiner sozialdemokratischen Freunde in der Deutschen Postgewerkschaft einen schweren Angriff auf die Arbeitsbedingungen der Postarbeiter fahren. Unter der

jeden Fall die Portogebühren fallen. Um das schön zu verpacken, läßt Antje Huber ihre „Fit statt Fett"-Aktion auf Briefmarken abdrucken. Bonbons fallen einem Kind in den Mund, die Zähne dafür raus. Eine neue Variante, die Volksmassen an den Entzug von Lebens- und Genußmitteln zu gewöhnen. – (N-Red.)

Die Rentenversicherung ist eine Waffe der Arbeiter im Klassenkampf

Der DGB-Vorstand hat sich gegen die Rentenpläne der Bundesregierung ausgesprochen. Aber damit wird der angekündigte und täglich durch neue Erklärungen und „Informationen" vorbereitete Angriff auf die Rentenversicherungen noch lange nicht wirkungsvoll zu bekämpfen sein. Der Grund dafür liegt keineswegs darin, daß die in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter nicht die Macht hätten, diese Pläne – und noch weit mehr – aus den Angeln zu heben; sondern er liegt darin, daß sich diese Kraft unter den Forderungen und auf der Linie des sozialdemokratischen DGB-Vorstandes und seines Sprechers in Sachen Versicherung, Gerd Muhr, nicht entfalten kann. Muhr ist der Vertreter des DGB in der Verwaltungsspitze der Rentenversicherung. Von dort hat er alle Maßnahmen, die in den letzten Jahren mit Hilfe der den versicherten Lohnabhängigen entrissenen Rentenversicherung gegen die Arbeiter und Angestellten unternommen wurden, mitbetrieben. Die Grundlage dieser Politik ist die Devise zur Klassenversöhnung, notwendig führt sie zur Unterdrückung der Interessen der Arbeiterklasse.

Die Kritik des DGB-Vorstandes an den Regierungsplänen besteht darin, daß sie „einseitig" die Rentner treffe und die Lasten nicht gleichmäßig verteile. Und die „andere Seite", die auch getroffen werden muß, das sollen die Lohnabhängigen sein, die ihre Arbeitskraft noch verkaufen können. Solche Kritik ist keine Kritik, sondern Humus für die Pläne der Regierung, weil sie nicht Einheit, sondern Spaltung schafft.

Die Versicherungen sind eine Waffe der Lohnabhängigen im Klassenkampf gegen die Kapitalisten. Als solche sind sie erkämpft worden und als solche müssen sie gestärkt werden. Die besitzlosen Massen müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, und es ist selbstverständlich, daß sie vom Käufer ihrer Arbeitskraft einen Preis verlangen, der die Kosten für die Erhaltung der alt gewordenen oder vorzeitig ruinierten Arbeiter mit einschließt. Der kapitalistischen Produktionsweise freilich widersprechen diese Selbstverständlichkeiten. Hier gilt nur, was Profit bringt; Arbeitskraft, die keine Mehrarbeit mehr leisten kann, gilt nichts. Sie bringt nur Kosten und muß weg. So die Logik der Kapitalisten, gegen die sich die Versicherung richtet.

Um dieses grundlegende Verhältnis, das den Kampf um die Versicherungen bestimmt, zu verdecken, erfinden die Bourgeois theoretische Gespinste wie den „Generationenvertrag". In keiner Regierungserklärung fehlt er, und den Vorstellungen des DGB liegt er auch zugrunde. In Wahrheit aber stehen nicht Generationen gegeneinander, sondern Arbeit und Kapital.

Wir haben aus den Statistiken der Rentenversicherung einiges an Material zusammengetragen, das einen groben Überblick über die gesetzliche Rentenversicherung erlaubt und die Tatsache belegt, daß die Versicherungsfälle dem Raubbau der kapitalistischen Produktion geschuldet sind.

Alle Tatsachen sprechen dafür, daß die Folgen der Ausbeutung in den letzten Jahren schlimmer geworden sind. Zwar reichen die neuesten, erst jetzt veröffentlichten Daten nur bis 1976, aber schon dies ist eindrucksvoll genug. Aus den Sterberaten der männlichen Arbeiter, die eine Rente nach Vollendung des 65. Lebensjahres erhalten, haben wir im Schaubild aufgerechnet, mit welcher Geschwindigkeit diese Arbeiter sterben würden. In den Verhältnissen von 1976 ginge dies am geschwindesten. Andererseits werden die Arbeiter aufgrund des Verlustes der Erwerbsfähigkeit in jüngeren Jahren in die Versicherung gedrückt. Seit Anfang der 70er Jahre ist das durchschnittliche Zugangsalter von 57,8 auf 55,3 Jahre gesunken. Ähnlich die Entwicklung in der Angestelltenversicherung: von 59,2 auf 57,3 Jahre. Durchweg liegt in dieser Versicherung das Niveau höher, das „Wegfallalter" ist geringer, die Dauer des Bezugs der Altersrente ist länger. Hier wirkt sich aus, daß der durchschnittliche Lohn der Angestellten höher ist, daß die Ausbeutung dieser Arbeitskraft zu einem großen Teil weniger hart war, daß schließlich die Rente im Durchschnitt auch höher ist. Ausschlaggebend hierfür ist das Bourgeoispersonal in der Angestelltenversicherung, und natürlich spiegeln sich Ausbeutung und Klassenunterschiede im Unterschied des Lebensalters wider.

Die Regierung wird nicht müde, ihre Rentenkürzungsprogramme damit zu rechtfertigen, die Lebenshaltung der Rentner sei in den letzten Jahren stärker gestiegen, als die der Arbeiter. Das eine wie das andere ist falsch. Um mehr als sonst in drei Jahren ist im vergangenen Jahr die Verschuldung der Volksmassen bei den Banken gestiegen. Mag das ein Börsenspekulant als gestiegene Lebenshaltung bezeichnen. Und selbst wenn. 36 Prozent des letzten Lohnes betrug die durchschnittliche Neurente 1976, 57 Prozent bei der flexiblen Altersrente.

Aber ehe ein Gewerkschaftssozialdemokrat seine Sorge um den Frieden der Klassen und der Verfassung hinter die Interessen der Arbeiter zurückstellt, können Ehrenberg und Schmidt noch lange drücken. Von alleine tut sich da gar nichts. – (Z-Red.)

„Reise nach TUNIX"

Westberlin. „Ich begrüße Euch zu diesem nationalen ... internatio ... äh Chaos", so Diethard, einer von den TUNIX-Offiziellen, die „einfach mal einfach unorganisiert gemacht haben" zu Beginn der „Reise nach TUNIX", nachdem das Märchen von den Bremer Stadtmusikanten zelebriert worden war: „Komm mit, sprach der Esel, etwas Besseres als den Tod werden wir allemal finden."

Was das Bessere sein sollte, war der Richtung nach klar, bei den Veranstaltern: „Die Repression in der DDR und in der Sowjetunion ist viel größer als bei uns. Auch in Frankreich gibt es Repression. Vielleicht ist das ein bißchen überspitzt, was ich sage. Hier bei uns ist die Repression am geringsten. Wir können auch nicht sagen, daß bei uns einer nicht genug zum Leben hätte." Fehlt nur noch „Es lebe das Modell Deutschland". So Harald in der zweiten Begrüßungsrede.

Diethard, Harald, Thomas haben den Kongreß organisiert – sagen sie – und haben als Diethard, Harald und Thomas die TU gemietet, Glotz und Lämmert eingeladen zur Podiumsdiskussion „Eintracht Establishment gegen Vorwärts Subkultur", einfach so. Da ist die Frankfurter Rundschau schon genauer:

„Draußen in der Vorhalle stand der Vertreter des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Tillmann Fichter, und bot listig die eurokommunistisch orientierte Zeitschrift ‚Langer Marsch' feil, in der die studentische Szene genau der ‚TUNIX'-Fete auf den Leib geschrieben ausgebreitet wurde ..." – Die alte Garde, von der Bourgeoisie gehätschelt und gepflegt, wird wieder vorgekramt, damit sie Sparringspartner und rechte Hand zugleich für die Lämmerts, Bergers und Glotzens abgibt.

So haben dann auch die Herren Magnifizenzen Berger und Lämmert und der Herr Senator Glotz am Montag vor der Presse ausdrücklich auf wohlwollende Förderung gedrängt: „Das Treffen der unorganisierten Linken – veranstaltet unter dem Motto ‚TUNIX' – kündige etwas grundsätzlich Neues an, erklärte Wissenschaftssenator Glotz gestern vor Journalisten", meldet „Der Abend".

„Wir hauen alle ab zum Strand von TUNIX. Da bauen wir unsere eigenen Hütten, wir schnitzen uns Gewehre und Sandalen. Und die kämpferische Genossin von der Bürgerinitiative baut Sonnenkollektoren für die Kinder, damit sie in die Glotze schauen können, wo der Maulwurf Mikesch den Frühschoppen moderiert." Das für die einen, wobei uns hier weniger der Stumpfsinn der Produktion von Holzgewehren, Sonnenkollektoren und des Anglotzens des Maulwurfes Mikesch – und das nur bei Sonnenschein – interessiert, als das, was die hohen Damen und Herren Organisatoren für sich vorgesehen haben: „Zum Mittagessen jagen einige Genossen Professoren kapitale Hirsche und Heinrich Böll kocht Tee und diskutiert mit Wallraff über die neue Sinnlichkeit." Was soll sein in TUNIX? Die alte Scheiße. Die einen schuften, machen Sandalen und Sonnenkollektoren, die anderen, sie pflegen die Jagd, „die Genossen Professoren". Oder wie der Professor Lämmert auf der schon erwähnten Podiumsdiskussion sagte: „Die neue Subkultur ist nichts Gegensätzliches zur ‚offiziellen Kultur', nur deren andere Seite." In der Bürgergesellschaft gebe es eben die, die Verantwortung tragen und welche, die nicht. Er gehöre zu den ersteren und sei völlig unfrei. Schon mühsam das Geschäft des Lämmert, auf den Volksmassen rumzutrampeln.

Damit der TUNIX-Zirkus im Gespräch gehalten wird, hat die CDU eine große Anfrage im Abgeordnetenhaus von Westberlin eingebracht. Die CDU spielt Glotz den Ball zu. In der Jugend sei eine Auseinandersetzung mit der Gewalt in Gang gekommen, man müsse angemessen reagieren. Noch hat es nicht geklappt. Auf der Begrüßungsveranstaltung sollten die Jugendlichen des Georg-von-Rauch-Hauses vorgeführt werden. Die Jugendlichen haben die Gelegenheit genutzt, für den Kampf gegen „Ausbeutung und Unterdrückung" agitiert und die Versammelten aufgefordert, sie in ihrem Kampf für das selbstverwaltete Georg-von-Rauch-Haus gegen den Senat zu unterstützen.

Es reicht der Bourgeoisie überhaupt nicht. Tillmann Fichter warnte: „Die linke politische und intellektuelle Kultur der sechziger Jahre existiert nicht mehr. Objektiv sei die Situation reif für einen neuen Kristallisationspunkt, einen neuen SDS." (FR 31.1.1978). Worin das Neue bestehen soll? „Gegen Faschismus, gegen Terrorismus, für eine neue Solidarität zu sein – das alleine reicht nicht weit", schreibt die „Frankfurter Rundschau". „Wir werden ein Dreitagefest feiern und wir werden bereden, wie wir unsere Ausreise aus dem ‚Modell Deutschland' organisieren", heißt es im Kongreßaufruf. Daß es ein Auslands*feldzug* wird, das will die Bourgeoisie organisieren. – (Bezirk Westberlin)

Ablenkungsmanöver von Jusos und LHV

Gut drei Wochen ist es jetzt her, daß Jusos und LHV (Liberaler Hochschulverband) ihre Mitarbeit im VDS-Vorstand aufgekündigt haben.

Schwerwiegende Ursachen muß man in der Regel für einen solchen Schritt vermuten. An Stellungnahmen fehlt es denn auch nicht. Da ist von Wortbruch bezüglich eines Stillschweigeabkommens über das VDS-Brandt-Gespräch die Rede, von Differenzen über den Charakter der Bundesregierung, von Solidarität mit Basisgruppen-Chef Ali Schmeissner, der einiges über das Gespräch verlauten ließ, oder keine Solidarität; von Aufforderungen zur sofortigen Wiedermitarbeit oder nicht und von den Ansichten der Juso- und LHV-Basis zu der ganzen Angelegenheit.

Eine düstere Geschichte? In der Tat. Schwerwiegende Ursachen für den Auszug? Auch das. Auffällig ist in jedem Fall, daß von der nötigen politischen Einigung der Studentenbewegung, von ihren Forderungen und Kampfmaßnahmen *nicht* die Rede ist.

Es hat im zuendegehenden Semester einige Fortschritte in der Studentenbewegung gegeben: eine *bundesweite* Streikfront, etliche Zusammenschlüsse zu den AStA-Wahlen auf den richtigen Forderungen nach uneingeschränktem Koalitionsrecht und ausreichender Ausbildungsvergütung für Studenten, nicht zuletzt *mußte* Brandt die VDS-Vertreter einladen und ebenso konnte der VDS-Vorstand gezwungen werden, eine erneute ordentliche Mitgliederversammlung anzusetzen zwecks Beratung der nächsten Schritte. Er hat sie zwar in die Semesterferien gelegt, aber nun gut. Wenn also von schwerwiegenden Ursachen für den Auszug aus dem VDS die Rede sein kann, dann gerade in dem Sinne, daß offenbar *all das* vergessen gemacht werden soll Debatte und Beschlußfassung über die nächsten Schritte der Studentenbewegung verhindert werden soll und ein anderes Thema aktuell sein soll.

Es gibt bereits welche, die behaupten, man könne dem AStA für die VDS-Mitgliederversammlung keine Aufträge und Forderungen mit auf den Weg geben, die er zu vertreten habe, denn schließlich würde ja keiner durchblicken, was jetzt wäre. So hätten sie es gern. Warum soll man keine Beschlüsse fassen können und Aufträge mitgeben können?

Feststeht, daß sich über die richtigen Forderungen geeinigt werden muß, und daß Kampfmaßnahmen festgelegt werden müssen, feststeht, daß keine einzige der Forderungen der Studenten erfüllt ist. *Das* ist wichtig und *das* liegt an. Gegenüber dem Versuch, davon abzulenken, ist Nichtbefassung auf Vollversammlungen mit dem Thema „Jusos und LHV rein oder raus aus dem VDS" die richtige Antwort.

Das ganze Manöver der Opportunisten dient nur dazu, freie Hand für die 3. ordentliche VDS-Mitgliederversammlung zu bekommen und die richtigen Maßnahmen nicht beschließen zu müssen. Dies ist durchsichtig und wird von den Studenten nicht geduldet werden.

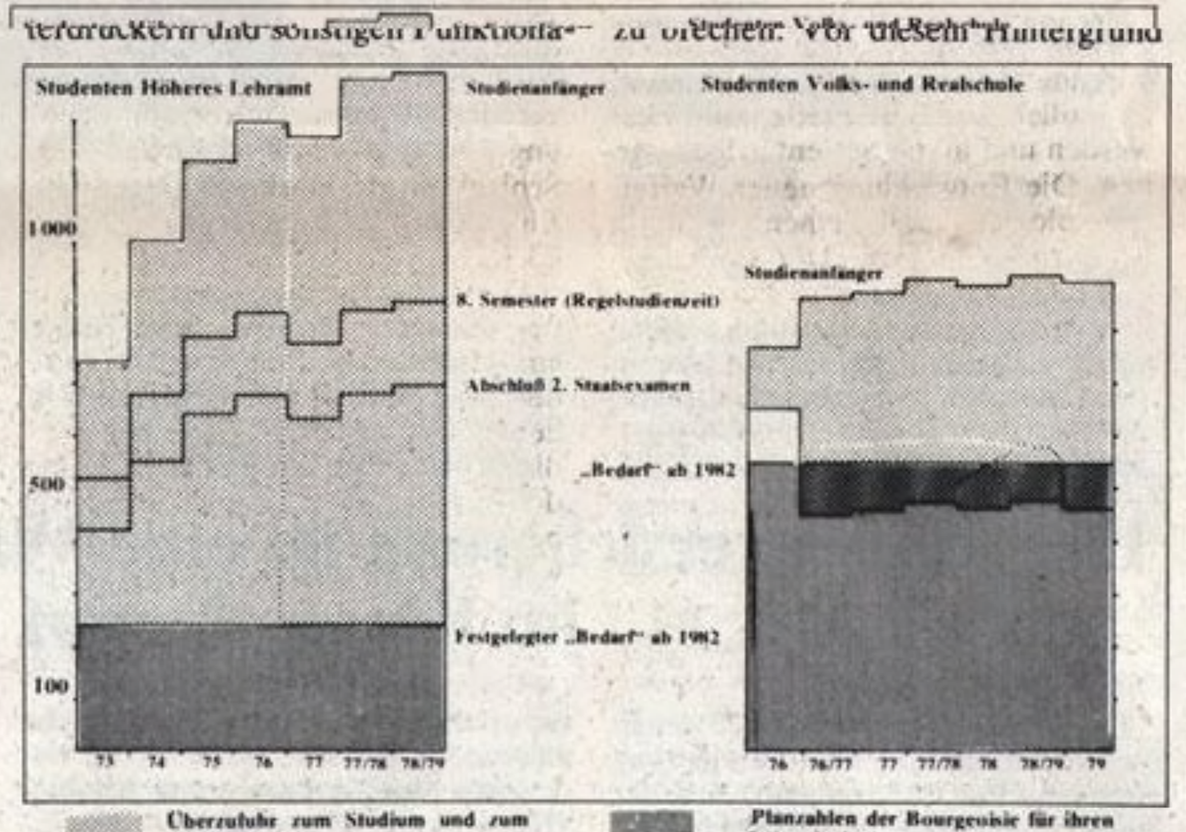
Richtige Beschlüsse und Anträge gibt es. Die VDS-Fachtagung Geographie hat z.B. am 20./22. Januar beschlossen, auf der Mitgliederversammlung für den erneuten Aufbau einer bundesweiten Streikfront einzutreten unter den Forderungen nach Streikrecht, ausreichendem Ausbildungsentgelt, gegen das Hochschulrahmengesetz und die Landeshochschulgesetze, ebenso der Fachbereich Geologie der Technischen Hochschule Darmstadt, Wahllisten der Universität Karlsruhe (Fachbereiche Physik und Maschinenbau) erheben diese Forderungen,sowie die Forderung nach sofortigen Verhandlungen der Bundesregierung mit dem VDS darüber und Aufbau einer bundesweiten Streikfront durch den VDS.

Diese Fragen gehören auf die Tagesordnung der Mitgliederversammlung, und was mit Jusos und LHV wird, wird sich gerade daran messen lassen. – (Z-Red.)

Die Reaktion bastelt an neuen Studiengängen

Wissenschaftsrat: „Differenzierung des Studienangebotes, kürzere und auch inhaltlich veränderte Studien gänge"/Das Sieb soll enger gezogen werden

Hamburg. Im Zuge der imperialistischen Bildungsreform hat die westdeutsche Bourgeoisie vor über zehn Jahren damit begonnen, den Zugang immer größerer Teile der Jugend aus den besitzlosen Klassen an ihre Hochschulen zu erzwingen. Von heute aus betrachtet eine wirklich weitblickende Planung. Von vornherein hat die westdeutsche Kapitalistenklasse ihr strategisches Interesse an Antreibern, Unterdrückern und sonstigen Funktionären der Interessen ihrer Klasse mit einer Überzufuhr aus den besitzlosen Klassen an die Hochschulen verbunden, wohl wissend, daß anderes Material zur Verwirklichung ihrer imperialistischen Expansionspläne auf gar keinen Fall geformt werden kann. Heute ist sie ideologisch und praktisch damit beschäftigt, „den Andrang zu den Hochschulen abzufangen" (FAZ, 23.1.), wozu „sich alle Bundesländer verpflichteten, Überlastungsprogramme zu verwirklichen" (FAZ). Diese Programme sollen offiziell laut Wissenschaftsrat mit den kommenden Semestern anlaufen. Tatsächlich ist es der Bourgeoisie lange, nämlich mit Verabschiedung der Kapazitätsverordnung (KapVO) im Mai '77, geglückt, diese „Überlast" in die Tat umzusetzen. Wir zeigen dies und die Wirkung dieser Überzufuhr in dem Schaubild an den Lehrerstudiengängen.



Überzufuhr zum Studium und zum Arbeitsmarkt

Planzahlen der Bourgeoisie für ihren Lehrerbedarf

Man sieht: Über die Hälfte der Lehrerstudenten macht die Bourgeoisie von vornherein ausschüssig, um den Widerstand der verbleibenden gegen die imperialistische Dressur durch Entfaltung mörderischer Konkurrenz zu brechen. Vor diesem Hintergrund kann man die vom Wissenschaftsrat ausgegebene Marschrichtung verstehen. Verwundert es, wenn der Wissenschaftsrat angesichts dieser – Rebellion erzwingende Verhältnisse – „Überlegungen anstellt"? Kernpunkt dieser Überlegungen ist „die Differenzierung des Studienangebots durch kürzere und auch inhaltlich veränderte Studiengänge" (FAZ). Und weiter wird verkündet: „Hinter diesen Vorschlägen steht die Grundsatzüberlegung, daß als erste die Lehramtsstudiengänge ‚umgewidmet' werden müssen; denn eine uferlose Vermehrung der Lehrer-Planstellen sei nicht zu erwarten" (FAZ).

Ein Teil des Zwecks dieser „Umwidmung" wird schon hier ersichtlich. Die Hoffnung der Lehrerstudenten, doch noch einen Arbeitsplatz zu ergattern, soll genutzt werden, um durch Spaltung die Rebellion zu ersticken.

Ganz in Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsrat hat der FB Sprachwissenschaften der Universität Hamburg solche „Differenzierungspläne" schon vorgelegt. Geplant sind für das Fach Deutsch z.B. die Schaffung der „Aus- und Teilstudiengänge": Journalistenausbildung, Informations- und Dokumentationswissenschaft, Deutsch als Fremdsprache und Sprachlehr- und Sprachlernforschung, wodurch „überflüssige Kapazitäten umgeleitet" werden sollen. Das Kalkül der Bourgeoisie liegt da, daß diese Studiengänge „Blindgänger" sind, ohne tatsächliche Aussicht auf eine späteren Arbeitsplatz, wie auch verklausuliert zugegeben wird.

Allein das würde aber das Mannöver nicht erklären, denn wenn Studenten in diese Studiengänge abgezogen werden, würde ja die erforderliche Konkurrenz im Fach Deutsch gemindert. Tatsächlich ist dies nur scheinbar der Fall. Die „neuen" Studiengänge sind „Ausbau- und Teilstudiengänge", laufen also mindestens zum 4. Semester mit den normalen Lehrerstudiengängen parallel. Bis zum 4. Semester aber hat die Bourgeoisie die wesentlichste Auslese getroffen. 25,8% des „Schwundes" von insgesamt 34% „Schwund" bis zum 8. Semester bei den Gymnasiallehrerstudenten und 37,4% von 48% bei den Volks- und Realschullehrerstudenten sind bis dahin in Hamburg ausgesiebt.

Und kurze Studiendauer? Die Bourgeoisie spekuliert darauf, daß es ihr bei Durchsetzung dieser Pläne gelingt, den Widerstand der besitzlosen Studenten rascher zu brechen. Abwegig ist das nicht. Die entsprechenden Prüfungsordnungen sind in Planung bzw. schon in Kraft. – (SSG Hamburg)

Studienverschärfung verhindert

Köln. Obwohl nur Teilnahme an der Klausur der Anfängervorlesung Infinitesimal I im Mathematikstudium Voraussetzung für den Erhalt des Scheines sein sollte, versuchte der Prof. Leis, im letzten Jahr noch Rektor der Uni, den Schein von der namentlichen Unterzeichnung abhängig zu machen. Dies deshalb, um im nächsten Semester dann das Bestehen der Klausur zum Kriterium der Scheinvergabe machen zu können. Dagegen haben sich die Studenten beraten und verlangt, daß die bloße Teilnahme an der Klausur für die Scheinvergabe ausreicht. Sie haben den Fachschaftsvorstand aufgefordert, gegen die beabsichtigte Studienverschärfung vorzugehen. Da Prof. Leis nicht nachgeben wollte, verteilte der Fachschaftsvorstand eine Liste, auf der die Studenten, die sich mit 75% für eine anonyme Klausur ausgesprochen haben, ihre Pseudonyme aufgeschrieben haben, damit eine Teilnahmebestätigung durch den Fachschaftsvorstand gegeben werden konnte. Trotzdem versuchte Leis, noch vor der Klausur seine Bedingungen durchzusetzen. Daraufhin geben die meisten Studenten ein leeres Blatt mit ihrem Namen als Anwesenheitsbestätigung und die Klausur mit Pseudonym ab.

In die Klausur kommt nur das, was wir festlegen

Bochum. Nachdem an der Abteilung Sozialwissenschaften der Ruhruniversität Verhandlungen mit den Professoren der Methodenlehre ergeben hatten, daß sie sich auf jeden Fall weigern, den Forderungen der Studenten nach Skripten und Behandlung nur des wirklich durchgenommenen Stoffs in der Klausur nachzugeben, sind jetzt die Studenten dabei, genau die Themengebiete festzulegen, die sie in einer Klausur zulassen, und welche nicht. Direkt vor den Klausuren ist noch einmal eine Versammlung aller Studenten angesetzt.

Verschärfung der materiellen Lage der Studenten und des Prüfungsdrucks im Fachbereich Chemie

Marburg. Die Erstsemester haben alle erst im Januar ihr BAFöG ausgezahlt bekommen. Durch die Verlegung des Organik-Praktikums im Januar bis 24.2. in die Semesterferien hinein fällt es den Studenten schwer, die 100 DM Chemikaliengebühren dafür aufzubringen.

Ein Student, verheiratet und zwei Kinder, hat Selbstmord begangen, nachdem ihm das BAFöG wegen Überschreitung der „Höchstförderungsdauer" gestrichen worden war und er ohne Einkünfte fürs nächste Semester 200 DM Gebühren zahlen sollte. Von den 85 Erstsemestern sind zur ersten Zwischenklausur nur noch 69 erschienen, und davon sind 13 durchgefallen.

Sammlung für die Ausrüstung der ZANLA-Kompanie

Bochum. Die Basisgruppe Medizin und einige andere Studenten haben beschlossen, gemeinsam auf der Medizinfete die Sammlung für die ZANLA-Kompanie durchzuführen.

Unter dem Thema „Des Rektor Meyer-Dohms ‚Entwicklungsforschung ohne Skrupel': Die Route für die Fregatte der BRD-Imperialisten wird gesteckt" hat die KHI eine Veranstaltung durchgeführt. Meyer-Dohm ist führendes Mitglied des Bochumer Instituts für Entwicklungspolitik und Entwicklungsforschung. An der Veranstaltung nahmen 30 Studenten teil. Es wurde festgehalten, daß es richtig ist, die Sammlung für die ZANLA-Kompanie im Angriff auf Imperialistenforscher durchzuführen und nächste Woche das in der Vorlesung von Meyer-Dohm zu tun. Auf der Veranstaltung selbst wurden 75 DM für die ZANLA-Kompanie gesammelt.

Mietstreik in fünf Studentenwohnheimen

Saarbrücken/Homburg. 720 von 1000 in Wohnheimen des Studentenwerks wohnenden Studenten im Saarland stehen im Mietstreik. Sie kämpfen damit gegen eine Mieterhöhung von 108 auf 120 DM. Der Vorsitzende des Studentenwerks, ein Prof. Kielwein, begründete dies mit Kostensteigerungen und hat gleich weitere Ausplünderungspläne benannt: Freiwilliger Wäscheaustausch gegen eine Gebühr von 4 DM monatlich, Gebühren für Kühlschrank- und Fernseherbenutzung, Senkung des Stromverbrauchs. Er will, daß der AStA dies den Heimbewohnern vorschlägt. Andernfalls droht er, daß „Zahlungsrückstand zu einer ordentlichen Kündigung führen kann". Für den 12.2. ist in den Heimem eine außerordentliche Heimversammlung angesetzt, um über weitere Schritte im Mietstreik zu beraten.

Uni-Vollversammlung in Heidelberg

Heidelberg. KHG, KSV, GIM und Delegierte verschiedener Fachbereichsgruppen schlugen der Uni-VV, die für Donnerstag, den 2.2., einberufen wurde, ein gemeinsames Aktionsprogramm für den Wiederaufbau der Verfaßten Studentenschaft vor.

– Gesetzliche Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit! Für die Beseitigung des Senats-AStA!
– Keine Liquidierung des Studentenwohnheims CA! Volle Selbstverwaltung!
– Weg mit der Regelstudienzeit! Keine Zwangsexmatrikulationen!
– Weg mit dem Germanistenprozessen! Uneingeschränktes Streikrecht!
– Ausreichendes Ausbildungsentgelt!

Auf der Uni-Vollversammlung waren bis zu 250 Studenten anwesend. Verabschiedet wurde eine Resolution zur Unterstützung des Kampfes der Metallarbeiter, eine Resolution gegen den anstehenden Prozeß gegen den Genossen Hellmuth Kaiser, worin gleichzeitig zu einer Aktionseinheitsverhandlung aufgerufen wird, damit die Forderung nach Einstellung des Prozesses durchgesetzt werden kann. Eine Veranstaltung der Fachbereichsgruppe Jura dazu soll diese Forderung weiter verankern. Folgende Schritte wurden beschlossen zum Wiederaufbau der Verfaßten Studentenschaft:

1. Ablehnung der Zusammenarbeit im Senats-AStA und für seine Beseitigung. Für die gesetzliche Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.

2. Die Organisierung einer Aktionswoche in der kommenden Woche gegen die Liquidierung der Studentenwohnheime CA und Brunnengasse, wozu u.a. eine Ausstellung und eine Postkartenaktion gegen die Gerichte durchgeführt wird.

3. Gegen die Zwangsexmatrikulation von ca. 700 bis 800 Studenten wegen der Regelstudienzeit wird Montag 10 Uhr eine Aktion von Fachbereichsgruppen und Fachschaften auf der Immatrikulationsstelle stattfinden, wo die Herausgabe der Liste mit den Namen gefordert wird. Am nächsten Donnerstag soll eine Versammlung aller Betroffenen stattfinden, wo die Vertreter und Verantwortlichen der Uni-Bürokratie erscheinen sollen.

4. Gegen die anstehenden Prozesse gegen Germanistikstudenten, die abgeurteilt werden sollen wegen dem Boykott und dem Streik gegen die Klausuren im Wintersemester 76/77, die vor der Großen Strafkammer stattfinden sollen, soll eine Veranstaltung mit den Angeklagten und Rechtsanwälten durchgeführt werden. Eine Demonstration soll am ersten Prozeßtag stattfinden. Gegen die Strafverfahren gegen die Germanisten, Mediziner, Politologen und Anglisten und die verschiedenen Relegationen wird die Forderung erhoben: Weg mit allen Straf- und Ordnungsverfahren! Uneingeschränktes Streikrecht!

5. Gegen die Nichtauszahlung der 150 Millionen DM BAFöG-Gelder und gegen die elende materielle Lage wird gefordert: Sofortige Auszahlung der BAFöG-Gelder! Ausreichendes Ausbildungsentgelt! Die Fachschaften und Fachbereichsgruppen sollen Aktionen gegen das BAFöG-Amt organisieren.

6. Aufgerufen wird, in den ersten Semesterwochen des Sommersemesters die Fachschaftswahlen durchzuführen. Dazu soll eine Uni-VV in der ersten Semesterwoche stattfinden. Aufgerufen wird, zur Organisierung dieser Tätigkeiten das Fachschaftsplenum zu benutzen und die geplanten Schritte von dort her zu organisieren.

8000 belgische Berufssoldaten demonstrieren für höheren Sold

Weitere Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen angekündigt

Bereits vor der Demonstration hatte sich ein höherer belgischer Offizier gesorgt: „Diese Demonstration beunruhigt mich. Wenn die Armee eine nationale Einheit bleiben, ihre Würde, auch die persönliche Würde der Unteroffiziere und Zeitsoldaten bewahren will, ist es unbegreiflich, daß sie auf die Straße geht."

Dieser Herr kennt als Offizier die Stimmung unter den Berufs- und Zeitsoldaten (in Belgien besteht die Armee aus einem 55000 Mann starken Kaderstamm von Berufs- und Zeitsoldaten und aus einem Wehrpflichtigenheer mit zwölfmonatiger Dienstzeit), und ihm schwante wohl schon, daß sich die Schätzungen der belgischen Bourgeois auf vielleicht 2000 Teilnehmer an der Demonstration einzig auf Hoffnung, nicht aber auf Kenntnis der Lage stützen konnten. Es waren dann auch nicht 2000, sondern 8 000 Berufssoldaten, größtenteils Unteroffiziere, Gefreite und einfache Zeitsoldaten, aber auch Offiziere aller Dienstgrade mit Ausnahme des Generals, die – oft mit Frau und Kind – am 21. Januar in Lüttich für die Anhebung ihres Solds auf das Niveau der Löhne im öffentlichen Dienst demonstrierten. Unter diesen 8000 waren weit über 1000 Angehörige der in Westdeutschland stationierten belgischen Besatzertruppen, trotz der Entfernung und trotz einer Ausgangssperre für 70 Prozent dieser Truppen an diesem Tag. Diese Demonstration dürfte auch dem letzten Bourgeois deutlich vor Augen geführt haben, daß es unter den Berufssoldaten bis in die Reihen der Offiziere hinein brodelt und daß sich die herrschende Finanzbourgeoisie dieses Rückgrats ihrer imperialistischen Armee nicht mehr sicher sein kann.

In den letzten 25 Jahren hat sich die Lage der belgischen Berufssoldaten gewaltig verschlechtert. Bis 1962 lag ihr Sold teilweise erheblich über dem Lohn in vergleichbaren Berufen des öffentlichen Dienstes. Die belgische Finanzbourgeoisie brauchte Söldner, um die revolutionären Bewegungen in „Belgisch"-Kongo, „ihrer" Kolonie, niederzuhalten, und schmierte sie gut. Seit dem Verlust dieser Kolonie Anfang der 60 er Jahre kürzte sie den Sold Schritt für Schritt. Heute liegt er – bis hinauf zum Dienstgrad des Majors – bis zu 45 Prozent *unter* den Löhnen im öffentlichen Dienst. So verdient ein einfacher Zeitsoldat jährlich 300 DM weniger als ein ungelernter Arbeiter, ein Gefreiter zwischen 3 000 und 3 300 DM weniger als ein Lagerverwalter oder Hausmeister, ein Unteroffizier zwischen 3 300 und 10 900 DM weniger als ein Sachbearbeiter, ein Fähnrich zwischen 15 400 und 28 900 DM weniger als ein Ingenieur. Hinzu kommt, daß ein knappes Drittel der Berufssoldaten, 1 350 Offiziere, 5 400 Unteroffiziere und rund 10 000 Gefreite und einfache Zeitsoldaten in Westdeutschland stationiert sind, wo sie den niedrigen Sold aufgrund des fortschreitenden Kursverfalls des belgischen Franc gegenüber der DM doppelt hart spüren. Wer einmal die verkommenen Wohnsiedlungen belgischer Soldaten in Westdeutschland, ihre verfallenen Häuser, wo oft das Geld fehlt, zerbrochene Fensterscheiben ersetzen zu lassen, gesehen hat, der weiß, was er von solchen Behauptungen zu halten hat, die in der bürgerlichen Presse in Belgien die Runde machten, daß die belgischen „Soldaten in Deutschland keine finanziellen Probleme" kennen.

Seit Jahren erheben die Zeitsoldaten, Unteroffiziere und ein Teil der Offiziere die Forderung nach Angleichung ihres Solds an die Löhne im öffentlichen Dienst. Oft haben sie Versprechungen der belgischen Regierung gehört. Dreimal haben belgische Verteidigungsminister Abkommen über Solderhöhungen unterzeichnet. Nichts geschah. Die Erbitterung der Berufssoldaten wuchs, gleichzeitig ihre Kampfbereitschaft. Sie haben sich in den letzten Jahren gewerkschaftliche und politische Rechte erkämpft und sind inzwischen zu rund 60 Prozent gewerkschaftlich organisiert: 17 000, meist einfache Zeitsoldaten, in der „Allgemeinen Zentrale der Soldatengewerkschaften", 14 000, darunter vor allem Unteroffiziere, in der „Freien Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes", sowie 5 000 bzw. 2 500 in der christlichen bzw. der sozialistischen Gewerkschaft. Die „Allgemeine Zentrale" und die „Freie Gewerkschaft" haben diese erste Demonstration der Berufssoldaten organisiert.

Sicher, die Demonstration brachte nicht nur unbeugsame Kampfbereitschaft zum Ausdruck. Es gab Kampf um die Linie. Aber, können sich die belgischen Bourgeois beruhigen, wenn die Führer der Soldatengewerkschaften versprachen, „in Zivil, mit Ordnung und Würde" zu demonstrieren – die Soldaten demonstrierten in Zivil, aber viele trugen ihre militärische Kopfbedeckung –, wenn einige Kundgebungsreder den festen Willen der Soldaten behaupteten, „die Nation und das demokratische System", „unsere Freiheiten zu verteidigen"? Wohl kaum. Viel eher wird sie die Stärke der Demonstration aufs Tiefste erschreckt haben, Parolen wie „Erhöhung des Lohns der unteren Dienstgrade", die minutenlange Pfiffe, wann immer der Name des belgischen Verteidigungsministers fiel, aber auch der Hohn der Soldaten in solchen Parolen wie: „Belgien – Schwanz der Nato", und „Für den Preis eines holländischen Soldaten gibt es zwei belgische".

Die Teilnehmer der Demonstration haben weitere Aktionen bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen angekündigt. Sie wollen eine weitere Demonstration in Brüssel organisieren, falls die Regierung nicht unverzüglich in Verhandlungen über ihre Forderungen eintritt. Während die höheren Offiziere zetern: „Eine Soldatengewerkschaft soll nicht zu derartigen Mitteln greifen", kämpfen die Unteroffiziere und Zeitsoldaten um die Unterstützung ihres Kampfes durch die großen Industriegewerkschaften der Arbeiter, deren sozialdemokratische und christliche Führer das abgelehnt haben. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Strategien für den Krieg um Europa

Internationale Wehrkunde-Begegnung in München

„Internationale Wehrkunde-Begegnung: Ist Amerika in den SALT-Verhandlungen zu weich?", so überschreibt „Die Zeit" vom 3.2.78 ihren Bericht über die Wehrkunde-Tagung der NATO am vorletzten Wochenende in München. „Bilanz sollte auf der 15. Internationalen Wehrkunde-Begegnung gezogen, die Entwicklungen der Sicherheitspolitik der letzten 20 Jahre von Experten analysiert werden. Sachverständige aus allen wichtigen NATO-Staaten reisten an", berichtet der „Bayernkurier" vom 4.2.78. Die Anwesenheit der „Sachverständigen" General Haig, seines Zeichens NATO-Oberkommandierender, und seines neuen zweiten Stellvertreters, des Bundeswehrgenerals Schmückle, deuten schon darauf hin, daß hier nicht bilanziert und theoretisiert wurde. Es wurde die Richtung festgelegt, wie die Kriegsvorbereitungen voranzutreiben sind, wie Mensch und Material beschaffen sein müssen, um gegen die Sozialimperialisten anzutreten.

Die Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren ihren Militärapparat weiter ausgebaut, sie sind in der konventionellen Bewaffnung überlegen und haben technologisch und nuklear aufgeholt. 30000 Panzern des Warschauer Pakts stehen 10000 der NATO-Staaten gegenüber. Ihre Mittelstreckenrakete SS 20 mit einer Reichweite von 4800 km hat, mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet, die dreifache Sprengkraft der Neutronenbombe. Die US-Imperialisten mußten unter dem Druck des breiten Widerstands der Volksmassen die Stationierung der Neutronenbombe in Europa zurückstellen, die aber nach Meinung der in München versammelten Wehrkundler das einzig wirksame Mittel gegen Panzerverbände ist. „Zu weich" ist nach Meinung der Experten auf der Wehrkunde-Tagung das Angebot der US-Imperialisten bei den SALT-Verhandlungen, die Reichweite ihres Marschflugkörpers „cruise missile", der ein Ziel, das er einmal elektronisch erfaßt hat, verfolgt, trifft und vernichtet, auf 600 km zu beschränken, während die Sozialimperialisten sich auf den Standpunkt stellen, daß ihre SS 20 gar keine strategische Waffe ist und deshalb bei SALT, wo es um strategische, nukleare Waffensysteme geht, nicht darüber verhandeln wollen. Wörner, Wehrkundeexperte der CDU, formulierte auf der Tagung, daß sich das ändern muß: er „verurteilte diesen ungehinderten Ausbau der sowjetischen nuklearen Überlegenheit und den amerikanischen Verzicht darauf, die russischen Wörner hielt den Amerikanern vor, daß sich Westeuropa dadurch in der ‚Rolle der nuklearen Geisel der Sowjetunion' befinde. Wörner forderte die Korrektur der amerikanischen Abstinenz." (Die Zeit, 3.2.78)

weiter ausgebaut, sie sind in der kon-

Die NATO-Strategie der „flexible response", der „abgestuften Abschreckung", beginnend mit einer möglichst lang zu haltenden Phase des Kampfes mit konventionellen Waffen, wurde auf der Tagung zu Grabe getragen. Sofortiger Einsatz von taktischen Atomwaffen, am besten der Neutronenbombe, gegen die gegnerischen Panzerverbände ist die Devise, die auch der Wehrstratege der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Weinstein, der am 28.1. mit einem Kommentar auf Seite 1 publizistisch in die Debatte eingreift, am Ende seines Mobilmachungsaufrufs ausgibt: „... Denn wenn die Atomwaffen ‚normale' Gefechtswaffen werden (eine Entwicklung, die niemand mehr aufhalten kann), ist schwer einzusehen, warum die Atomgiganten die Bedrohung ihrer Sanktuarien (Heiligtümer d.Red.) als politisches Druckmittel zum Schutz ihrer Verbündeten einsetzen sollten. Für die Kleinen in der NATO heißt das, daß sie auf eine ‚regionale Abschreckungswaffe' dringen müssen; auf ein Instrument, das militärisch das Übergewicht der sowjetischen Panzerwaffe aufhöbe und politisch einen Druckausgleich erzwänge. Das kann nur die Neutronenbombe sein." (FAZ, 28.1.)

Neutronenbombe sein." (FAZ, 28.1.)

Gleichzeitig soll der Entspannungsschwindel weiterbetrieben werden, auch wenn es jetzt eigentlich um „die Geschäftsgrundlage für die Entspannungspolitik" (Die Zeit) geht, um den Stand der Vorbereitungen für die Schlacht um Europa. „Die Zeit" erwägt, ob nicht für die Waffen, die weder als strategisch, noch als konventionell einzuordnen sind, über die deshalb weder bei den SALT-Verhandlungen, noch bei den MBFR-Verhandlungen über Truppenabbau in Wien verhandelt wird, deren Verstärkung aber gerade betrieben und auf der Wehrkunde-Tagung gefordert wurde, gleich auch gesonderte Abrüstungsverhandlungen angebracht wären und spricht vom „notwendige(n) Denkansatz für künftige Ost-West-Vereinbarungen über Waffensysteme, die der Grauzone zugerechnet werden ..." (Die Zeit)

Die „europäischen Partner" haben sich in München mit den US-Imperialisten unzufrieden gezeigt, und der „Bayernkurier" deutet an, daß diese „Partnerschaft" für die europäischen Imperialisten unter der Führung der BRD-Imperialisten kein Ewigkeitswert ist. Er bedauert: „Das Problem einer eigenständigen europäischen Verteidigung ... tauchte in der Diskussion überhaupt nicht auf ... Mehr nach bündnispolitischer Beschwichtigung klang General Haigs Bekenntnis: ‚Die USA verstehen sich nicht länger als westliche Hegemonialmacht.' Doch über Konsequenzen wurde nicht gesprochen." (Bayernkurier, 4.2.) Das Ziel der BRD-Imperialisten ist die eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen, die es erst ermöglicht, nicht nur als Vasall im Kampf um die Weltherrschaft mitzumischen.

Die US-Imperialisten haben vorgesorgt: für die Aufrechterhaltung ihrer Besatzungsmacht in Westeuropa und in Richtung Krieg mit den Sozialimperialisten. Carter hat den Haushaltsplan für 1978/79 vorgelegt. Der Etat des Kriegsministeriums wird um real 3%, knapp 10 Mrd. Dollar, auf 117,8 Mrd. erhöht. Der neue Panzer XM 1, die Neutronenbombe, die jetzt offiziell „Waffe mit verringerter Explosionswirkung" genannt wird, „cruise missile" sollen zur Serienreife entwickelt werden und in die Serienfertigung gehen. Die Entwicklung neuer Waffentechnologien soll einen weiteren Schwerpunkt bilden. Der stellvertretende US-Kriegsminister Perry hat in diesem Zusammenhang auf der Wehrkunde-Tagung über „revolutionäre Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse durch technologische Überlegenheit" gesprochen. „Er breitete vor seinen Zuhörern die Zukunft der Präzisionswaffen aus, die mit Hilfe von Sensoren, Computern und Laser laut Perry die These erlauben: ‚Wenn man ein Ziel erfassen kann, kann man es auch auslöschen.'" (Die Zeit)

es auch auslöschen.'" (Die Zeit)

Die Stärke der Besatzertruppen in Westeuropa wird weiter erhöht. In den letzten drei Jahren wurden zwei Brigaden in der Gesamtstärke von 8000 Mann im Raum Wiesbaden und in Grafenwöhr samt Waffen und Ausrüstung neu stationiert. Für die Brigade, die in Grafenwöhr provisorisch untergebracht ist, wird in Garlstedt eine neue Kaserne gebaut. Bis Ende 1979 sollen weitere 8000 Soldaten neu in der BRD stationiert werden. Es „sollen mit jenen 8000 Mann keine neuen Verbände in der Bundesrepublik aufgebaut werden. Sie dienen vielmehr, wie das US-Hauptquartier Europa in Stuttgart-Vaihingen bestätigte, zum Ausbau bereits bestehender Heeresverbände – insbesondere zur Erhöhung der ‚Kampfbereitschaft und Schlagkraft der vorwärts eingesetzten Einheiten.'" (Süddeutsche Zeitung, 23.1.78)

Die Gesamtzahl der Besatzertruppen in Westeuropa erhöht sich damit auf 270000 Mann, davon 225000 in der BRD. Weitere 8000 Soldaten, die derzeit aus Südkorea abgezogen und in die USA zurückverlegt werden, „werden hier bei uns als eine Reserve bleiben, die schnell in Europa eingesetzt werden kann", erklärte Carter Mitte Januar. (Süddeutsche Zeitung)

Die Transportkapazitäten für „Big Lift", den schnellen Transport von US-Soldaten nach Europa im „Verteidigungsfall", sind in den letzten drei Jahren verdoppelt worden. 50 weitere Flugplätze stehen jetzt für diese Landeoperation zur Verfügung. (Süddeutsche Zeitung, 26.1.78)

Der amerikanische Kriegsminister Brown hat die Aufstellung eines zusätzlichen „Blitzkriegskorps", bestehend aus drei Divisionen, in Europa, wahrscheinlich in der BRD, stationiert, zum Eingreifen im Falle eines russischen Blitzangriffs; aber natürlich auch für andere „Blitzkriege" einsetzbar. In den USA selbst ist für solche „Blitzkriege" bereits eine Sondereinheit aufgestellt worden.

Ihre Aufgabe ist klar umrissen. Carter hat die „europäischen Partner" aufgefordert, ihren Blick verstärkt auf die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent und die dortigen Aktivitäten der Sowjetunion zu lenken, die besorgniserregend seien. Die Strategie der US-Imperialisten ist, stets für 1 1/2 Kriege gerüstet zu sein, „ einen Konflikt in Europa austragen und gleichzeitig einen kleineren Krieg an einem anderen Schauplatz führen zu können," (FAZ, 25.1.78) „beispielsweise ... einen ‚halben' im Gebiet des Erdölzentrum des Nahen Ostens." (Süddeutsche Zeitung, 28.1.78)

(Süddeutsche Zeitung, 28.1.78)

Die „Anderthalb-Kriege-Theorie" stammt von Richard Milhouse Nixon. Unter seiner Regierung haben die US-Imperialisten einen solchen „halben" Krieg gegen die Völker Indochinas geführt. Sie haben eine ganze Niederlage erlitten. – (S-Red)

„Ganz harte Jungs" – „Bravo" wirbt für Killertruppe Bundesgrenzschutz

Klaus Jakob, 19 Jahre alt, hält den Zeigefinger „gekrümmt am Abzug siner MP5. Ein leichter Druck, und ein Kugelhagel könnte seine Gegner niederstrecken. Er steht unter ständigem Streß, sich plötzlich einem Terroristenangriff gegenüberzusehen und in Sekundenschnelle reagieren zu müssen." „Er hat bereits ein turbulentes, ein gefährliches Jahr hinter sich." Objektschutz in Stuttgart Stammheim, Paßkontrolle auf dem Flughafen, sogar Schmidt, Genscher und Maihofer hat er schon gesehen. Zwar gingen die „mit schnellen Schritten und gedankenverloren an mir vorbei" ins Kanzleramt, aber immerhin: „Meine fünf Sinne waren so angespannt, daß ich die Kälte gar nicht mitbekam".

1056 DM netto, Unterkunft und Verpflegung bereits abgezogen und das Gefühl, zur Elite der Nation zu gehören. 22000 gibt's und einer von 700 zu sein, die jährlich aus 8000 Bewerbungen ausgesucht werden, ist schon was.

Die Zeitschrift „Bravo" propagiert den Bundesgrenzschutz. Bewerbung? Ganz einfach. Auch das Arbeitsamt vermittelt. Voraussetzungen? Noch nicht mal Abitur ist erforderlich. Klaus: „Für mich wäre ein kaufmännischer Beruf nie in Frage gekommen ... Ich treibe sehr gern Sport. Von einem Freund habe ich erfahren, daß man beim Bundesgrenzschutz sehr viel Sport machen kann." Also nichts wie hin. Die Härte bringt der gefährliche Beruf, aber sonst ein richtig netter Junge, und so natürlich! Er „schaut uns mit seinen dunklen Augen etwas unsicher an", er kann sogar verlegen lächeln. Den Helden drücken sogar ganz menschliche Probleme, der unregelmäßige Dienst, die Trennung von seiner Freundin. Klaus ist sogar gegen die Todesstrafe („das schreckt keinen Terroristen ab"), also schon richtig ‚progressiv'. Berufsziel? Na, wenn schon, dann gleich die GSG 9.

„Sicherheit in Deutschland, das gefährliche Leben eines Bundesgrenzschutzbeamten" heißt der Artikel. Killer in der Bürgerkriegsarmee, ein ganz normaler Beruf mit einem Hauch von Abenteuer und mit Pensionsberechtigung. Billige Klischees benutzt die Bourgeoisie, um die Jugend in ihre bewaffneten Formationen zu treiben. Wem stinkt nicht der triste Fabrikalltag, die Ausbeuterei? 1056 Mark um sich was leisten zu können, ist nicht viel, aber mehr als die meisten je haben werden. Wer 14 ist, wie die meisten „Bravo"-Leser, weiß, daß ihn die Arbeitslosigkeit erwartet, die völlige Unsicherheit der Existenz. Wer treibt nicht gern Sport und ist auf die Hinterhöfe und drittklassigen Plätze angewiesen?

Die Bourgeoisie schürt die Konkurrenz und verhindert den Zusammenschluß. Wer möchte nicht mal was besonderes machen, hervorstechen? Es sind die gerechten Wünsche der Jugend nach einer Besserung ihrer Lage, die die Bourgeoisie auf ihre Mühlen lenken will. Der Killer – ein Junge wie du und ich – auch du kannst es schaffen, soll man sich denken.

Die Tatsachen sehen anders aus. Das „menschliche Problem", die Trennung von der Familie entpuppt sich als zuchthausmäßige Kasernierung, die Ausbildung an den „hochmodernen Waffen" als stupider und schikanöser Drill.

Die Abneigung der Jugend gegen Kasernierung, Drill und Militarismus soll mit dieser Werbung durchlöchert werden. Zum einem in der Hoffnung, wenn sich die Jugend erst einmal in die Klauen der Bougeoisie begeben hat, sie mittels Zwang auf ihre Interessen auszurichten, zum anderen, um die Killeraktionen bei der Jugend als gerechtes Abenteurertum gutheißen zu lassen. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Generalstreik in Nicaragua

Am 23.1. traten 300000 der 600000 Arbeiter des zentralamerikanischen Staates Nicaragua in den Generalstreik. Seit 43. Jahren stellt die „Liberale Nationalpartei" die Regierung. Unter dem Vorwand des Schutzes der US-amerikanischen Kanalinteressen in Panama hatten die US-Imperialisten Nicaragua von 1910 bis 1925 besetzt und die damalige Regierung unter Führung des Präsidenten Zelaya gestürzt. Seit 1956 wird das Land von General Somoza regiert.

Zu dem Generalstreik hatte das von den Gewerkschaften und der „Demokratischen Union für die Befreiung" (UDEL) gebildete nationale Streikkomitee aufgerufen. Anlaß des Generalstreiks war die Ermordung des Oppositionspolitikers Chamorro, Führer der UDEL und Herausgeber der Zeitung „La prensa" am 10.1. Die Streikenden verlangten von der Regierung die Untersuchung des Mordes. Noch am Abend des 10.1. versammelten sich 30000 in den Straßen der Hauptstadt Managua und zogen in einem Demonstrationszug vor die Residenz Somozas. Mehrere seiner Fabriken gingen in Flammen auf.

Am 24.1. schlossen 80% der Firmen und Ladeninhaber ihre Geschäfte, die Tankstellen stellten den Verkauf von Benzin ein und der Autoverkehr kam zum Erliegen. Ärzte, Apotheker, Bankangestellte und Lehrer traten in den Streik. An der Universität von Managua fanden Versammlungen mit Hunderten von Studenten statt. Am 30.1. traten die Arbeiter der einzigen Raffinerie des Landes, die im Besitz der Esso Standard Oil ist, in den Streik. In den Aktionen, die am 22.1. mit Streiks der Bauarbeiter in Managua, Chinandega und Leon eingeleitet wurden, hat due Arbeiterklasse Kraft gewonnen. die Streikbewegung, die trotz Einsatz der Nationalgarde anhält, ist die größte seit 40 Jahren.

Peruanische Stahlarbeiter beenden erfolgreich ihren Hungerstreik

Peruanische Stahlarbeiter beenden erfolgreich ihren Hungerstreik

4000 peruanische Stahlarbeiter des einzigen Stahlwerkes in Chimbote, nördlich von Lima, haben nach 51 Tagen ihren Hungerstreik erfolgreich beendet. Im Verlauf des Kampfes waren bei Zusammenstößen mit der Polizei zwei Arbeiter getötet worden. Als die größte Gewerkschaft Perus zu einem 72stündigen Generalstreik am 23. Januar aufrief, lenkte die Regierung ein und sicherte den Arbeitern die Erfüllung ihrer Forderungen nach Straffreiheit und Lohnerhöhungen zu.

Die Militärregierung hat sich über die Schärfe der Auseinandersetzungen politisch gespalten. Die fortschrittlichen Parteien haben in der Vorbereitung zu Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung eine Volksfront gebildet.

Die schlechte wirtschaftliche Lage Perus, die hohe Verschuldung von 910 Mio. Dollar ist Ergebnis der beständigen Einmischungsversuche der Imperialisten. Der US-Imperialismus hat jetzt Gelder des IWF sperren lassen mit der Begründung, die Regierung halte sich nicht an getroffene Vereinbarungen über ein Sparprogramm. Die Sozialimperialisten haben Peru über die Lieferung von Flugzeugen, dem wichtigsten Transportmittel in dem Anden-Land, und über die Unterbezahlung ihrer Fischereiprodukte und Erzvorkommen, v.a. Kupfer, Zink, Silber, in die Abhängigkeit zu treiben versucht. Sie verlangen die unverzügliche Zahlung von 60 Mio. Dollar für frühere Flugzeuglieferungen.

Kredite der französischen Imperialisten an Polen – Beutezug im Windschatten des US-Imperialismus

Eine französisch-polnische Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat Vereinbarungen getroffen über die Bereitstellung weiterer 350 Millionen Francs (rund 156 Millionen DM) an Polen für den Kauf französischer Halbfabrikate im Jahre 1978 sowie jeweils 200 Millionen Francs für 1979 und 1980. Im Windschatten des US-Imperialismus versuchen die französischen Imperialisten, ihren Anteil einzustecken und die Verschuldung der Comecon-Staaten bei den westlichen imperialistischen Staaten in eine Waffe im internationalen Konkurrenzkampf mit dem Sozialimperialismus zu verwandeln.

Mehrere Comecon-Länder müssen bereits über 20% ihrer Exporteinnahmen auf die Deckung von Zinsen für solche Kredite verwenden. Die Gesamtverschuldung Polens an die westlichen imperialistischen Staaten betrug Ende 1977 13 Milliarden Dollar, die Gesamtverschuldung der Comecon-Staaten 50 Milliarden Dollar.

Das „Handelsblatt" meldet, daß trotz der bereits „an die Grenze des Vertretbaren heranreichenden Verschuldung" weitere Kredite fließen und zwar zu besonders günstigen Bedingungen. Die imperialistischen Räuber setzen darauf, daß sie sich ihren fetten Brocken im imperialistischen Krieg zurückholen werden. Der französische Imperialismus, der seit 1975 erstmals wieder einen Exportüberschuß zu verzeichnen hat, steigt sofort ein in die internationale Konkurrenzschlacht und versucht, sich seine Anteile an der Beute zu sichern.

Ein schottisches Parlament für die britische Knute

Neue Schottlandgesetzgebung der Labour-Regierung

Seit Wochen versucht die britische Regierung, ein Gesetz durch das Unterhaus zu bringen, nach dem Schottland ein eigenes Parlament erhalten soll. Nach heftigen Redegefechten und zahllosen Änderungen hat es jetzt eine Gestalt angenommen, mit der es im Laufe des Jahres in Kraft treten soll. Das Gesetz ist ein Produkt der Tatsache, daß die englische Bourgeoisie sich anders nicht mehr in der Lage sieht, ihre Unterdrückung des schottischen Volkes und die Ausbeutung der schottischen Arbeiterklasse zu sichern.

Auf dem schottischen Hochland gehört der größte Teil des Bodens englischen Monopolen oder englischen Handelshäusern. Das Auftauchen britischer und US-amerikanischer Ölmonopole, die von den schottischen Häfen aus die Ausplünderung der Nordseeölfelder durchführen, hat die Unruhe weiter verstärkt. Das schottische Volk hat Erfahrung mit dem Zweck solcher Vorhaben, die der weiteren Ausplünderung der Naturreichtümer Schottlands dienen.

Schon vor über zwei Jahren war es zu einer Serie von Bombenanschlägen gegen Hochspannungsleitungen gekommen.

Das Rückgrat der schottischen Industrie bilden Schiffbau, Kohleförderung und Stahlproduktion. In allen drei Bereichen sind Entlassungen in großem Umfang geplant. Die schottische Fischereiflotte ist in einer heftigen Krise, seitdem Island die britischen Fischkonzerne aus seinen Gewässern vertrieben hat. Die Arbeitslosenzahlen sind die Schottland besonders hoch, und die Löhne gehören zu den niedrigsten in Großbritannien.

sind die Schottland besonders hoch, und die Löhne gehören zu den niedrigsten in Großbritannien.

Die Schottische Nationalpartei FNP, die im Londoner Parlament über mehrere Sitze verfügt, ist mit einem national-bürgerlichen Programm zur drittgrößten Partei Schottlands geworden. Sie fordert zum Beispiel die Lostrennung der schottischen Stahlwerke von der British Steel Corporation und eine eigene schottische Stahlhandelspolitik. Sie verlangt eine weitere Fischereizone um die schottische Küste herum. Den Großgrundbesitz will die FNP enteignen und aufteilen. Die Ölförderung soll unter einer schottischen Regierung mit hohen Abgaben belegt werden.

Die FNP hat mit diesem Programm in den Wahlen schnell an Stimmen gewonnen. Im Juni 1970 erhielt sie etwa 12% der Stimmen, im Februar 1974 waren es bereits 23% der Stimmen und acht Monate später schon über 30%. Dadurch ist die britische Finanzbourgeoisie und ihre Parteien beunruhigt, die sich alles andere als eine starke Bewegung für die Selbstbestimmung des schottischen Volkes leisten kann bei der schwunghaften Ausbeutung zum Beispiel des Nordseeöls.

Die Labour-Partei steht weiter unter dem Druck, daß es ihre Stimmen – gerade die Stimmen von Arbeitern – sind, die die FNP gewinnt. Wie ernst die Lage ist, zeigt Glasgow, eines der Zentren der schottischen Industrie, wo durch den Tod des Labour-Abgeordneten eine Nachwahl notwendig geworden ist. Bei den letzten Wahlen fehlten der FNP nur 1000 Stimmen zum Sieg. Vieles spricht dafür, daß sie diesmal nicht fehlen werden.

Die gegenwärtige Schottlandgesetzgebung ist ein Versuch der Labour-Regierung, Unterdrückung und Aus-

Die gegenwärtige Schottlandgesetzgebung ist ein Versuch der Labour-Regierung, Unterdrückung und Aus-

beutung in neue Formen zu gießen, ohne den Inhalt zu ändern und ohne bei dieser Veränderung in offenen Gegensatz zu den schottischen Volksmassen zu geraten. Militär, Außenhandel, Außenpolitik – die wichtigsten Beispiele – sollen auf jeden Fall bei der Londonder Regierung bleiben.

Darüber besteht auch Einigkeit zwischen Labour, Tories und Liberalen. Der langwierige Streit entsteht darüber, daß die Konservativen dem Erfolg der Gesetzgebung mißtrauen. Nachdem es der Regierung Callaghan schließlich gelungen war, einen Gesetzentwurf über die erste Runde zubringen, haben sie einen Zusatz durchgebracht, der verlangt, daß 40% aller wahlberechtigten Schotten dem neuen Gesetz in einer Volksabstimmung zustimmen müssen, ehe diese Versammlung zusammentreten kann.

Die Tory-Partei will das Gesetz zu Fall bringen. Sie glaubt nicht an die „mäßigende" Wirkung des Gesetzes und befürchtet, daß die Einrichtung einer solche Versammlung eher zu einer Verstärkung des Kampfes für tatsächliche Selbstbestimmung führen würde.

Die schottische National-Partei hat sich der 40%-Regelung heftig widersetzt und gedroht, sie werden dem Gesetz in letzter Lesung doch noch die Unterstützung versagen. Sie verlangt eine Volksabstimmung, bei der die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreichen soll.

Daß die Absichten der Labour-Regierung keine anderen sind als die Fortsetzung der nationalen Ausplünderung und Unterdrückung, hat Callaghan selbst völlig klar gemacht. Er

Fortsetzung der nationalen Ausplünderung und Unterdrückung, hat Callaghan selbst völlig klar gemacht. Er

hat die Forderung der FNP rundweg abgelehnt, in der Volksabstimmung auch nur die Möglichkeit der vollständigen Lostrennung von England zuzulassen. Das hat nicht nur den Erfolg des ganzen großartigen Gesetzeswerkes in Frage gestellt, sondern auch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der englischen und der schottischen Labour-Party geführt.

Was die Bourgeoisie hier am meisten beunruhigt, ist die Entschlossenheit und Kampfkraft der schottischen Arbeiter. Die erfolgreichsten Durchbrüche durch die Lohnleitlinie der Callaghan-Regierung hat es gerade in Schottland gegeben, wo große Bereiche wie die Lastwagenfahrer Tariferhöhungen von weit über 10%, teilweise bis zu 30% durchsetzen konnten. Die Folgen sind auch in England zu spüren, wo Lkw-Fahrer in den Midlands 15% erreichen konnten, die Tankwagenfahrer mit der Verweigerung von Überstunden und Wochenendarbeit dasselbe Ziel erreichen wollen.

Der parlamentarische Krach spiegelt die starken Triebkräfte des Kampfes für die Selbstbestimmung des schottischen Volkes. Unter der Führung der Arbeiterklasse können diese Triebkräfte, die sich bisher nur unter bürgerlicher Führung der FNP ausdrücken können, freigesetzt werden. Im Zusammenschluß der englischen und schottischen Arbeiterklasse für das Recht auf Selbstbestimmung des schottischen Volkes. Und bei jedem Erfolg in diesem Kampf kommen sie dem Sturz der britischen imperialistischen Bourgeoisie näher. – (Korrespodentenbericht Liverpool)

dem Sturz der britischen imperialistischen Bourgeoisie näher. – (Korrespodentenbericht Liverpool)

„Zwei ungleiche Retter der Nation" sollen die Hindernisse für das imperialistische Kapital niederreißen

Regierungsumbildung in Portugal

„Zwei ungleiche Retter der Nation", so überschrieb die „Süddeutsche Zeitung" vom 23.1.78 die neue Regierungskoalition in Portugal zwischen der „Sozialistischen Partei" mit Soares und drei Vertretern der klerikal-faschistischen CDS sowie zwei „Unabhängigen". Mit den „ungleichen Rettern der Nation" geben sich die Imperialisten optimistisch, sich Portugal jetzt vollständig unter den Nagel reißen zu können und gestützt darauf es als Stützpunkt zu nutzen für den weiteren Vorstoß nach Afrika. Das ganze ist ein waghalsiges Unternehmen, stößt auf den hartnäckigen Widerstand der Volksmassen, führte zum Sturz der Regierung Soares und zu nicht unerheblichen Zersetzungserscheinungen in den bürgerlichen Parteien in Portugal. Für Höchstprofit geht das imperialistische Kapital jedes Risiko ein und eine heftige Rauferei ist im Gange, sich die größten Beutestücke zu sichern.

Für die BRD-Imperialisten nennt das „Handelsblatt" zwei Eckpunkte, an denen weiter gedrückt werden muß:

„Ein Stabilitätsprogramm für 1978, das sich an den Perspektiven der künftigen Entwicklung ausrichten und insbesondere das Übereinkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) berücksichtigen soll, wie es nach einem neuen Verhandlungsanlauf abzuschließen wäre und in das die beiden politischen Parteien eintreten.

Ausarbeitung eines mittelfristigen Entwicklungsplanes, der die Erwartungen des portugiesischen Volkes berücksichtigen und die Integrationsbedingugnen für den EG-Beitritt schaffen soll." (23.1.78)

Mit dem 750-Millionenkredit macht die Weltbank weiter Druck und verordnet der Regierung die Maßnahmen zur Unterwerfung der Arbeiter, Bauern und kleinen Handwerker. Das „Superministerium" für Wirtschaft, Finanzen und Planung ging an Constancio, Chef der Verhandlungskommission Portugals mit der EG und stellvertretender Gouverneur der Bank von Portugal, so daß dieser Strang direkt gesichert ist. Alle Hindernisse für ausländische Investitionen sollen beseitigt werden, hatte die Weltbank bereits erklärt. Das Programm des Weltwährungsfonds ist jetzt im Koalitionsprogramm vollständig enthalten. „Ohne eine Änderung der Arbeitsgesetzgebung ist kaum eine neue Privatinitiative zu wecken", hatte das „Handelsblatt" am 23.1.78 erklärt. Die Gewerkschaften sollen zu einem Stillhalteabkommen gezwungen werden und Preise und Löhne sollen „nicht über 20% steigen". Hier haben die PCP-Revisionisten bereits ihre Zustimmung erklärt, Lohnerhöhungen, die unterhalb der Inflationsgrenze liegen, zu akzeptieren (FAZ 23.1.78).

Mit der Erhöhung des Zinsfußes will die Weltbank, wo die US-Imperialisten gefolgt von den BRD-Imperialisten den Ton angeben, die kleineren Kapitalisten ruinieren, und die Bauern und Kooperativen sollen überhaupt keine Kredite mehr erhalten, um sie zur Aufgabe zu zwingen und den Großgrundbesitz wieder vollständig ans Ruder zu bringen. Eine Regierung „nach deutschem Konzept", triumphiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 23.1.78, und daß es so kommen wird, hätte sie schon am 10.12.77 so gesehen. Das ganze ist als Polemik gefaßt gegen die Lissaboner Sonntagszeitung „Edicao Esperical", die erklärt hatte, daß diese „Regierung nach deutschem Rezept" zusammenhinge mit den Zusammenkünften des portugiesischen Staatspräsidenten mit „Strauß und SPD-Politikern". Weiter erklärte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Die erste große Aufgabe der neuen Regierung wird die abschließende Verhandlung mit dem internationalen Währungsfonds sein." Die „Times" macht den britischen Imperialisten Mut, auch mitzumischen: „Aber sie ist die beste (Regierung, d.Red.), die man unter diesen Umständen erhoffen kann, und diejenigen, die Geld zum Verleihen haben, sollten nicht zu ängstlich damit umgehen. Die Portugiesen haben bereits den niedrigsten Lebensstandard in Westeuropa." (zitiert nach Süddeutsche Zeitung vom 1.1.78)

Das Wolfsrudel rauft sich um die besten Plätze. Den BRD-Imperialisten geht es darum, mit der Ausbeutung und Ausplünderung der portugiesischen Arbeiterklasse und der Volksmassen ihre Vormachtstellung in Europa zu festigen, sich den strategisch wichtigen Mittelmeerraum zu sichern gegen den sozialimperialistischen Konkurrenten wie auch im Windschatten des US-Imperialismus ihm selbst seine Vormachtstellung streitig zu machen. Portugal soll über seine ehemaligen Kolonien eine Rohstoffquelle für den BRD-Imperialismus werden. Das „Handelsblatt" schreibt dazu: „Die Versorgungsengpässe, selbst bei industriellen Rohstoffen, Halbfertigwaren und lebensnotwendigen Erzeugnissen machen sich bemerkbar und stören jede privatwirtschaftliche Initiative, die im Parteiabkommen so dick unterstrichen wird." (23.1.78). Wohlgemerkt „jede". Dabei müssen sie sich stützen auf die bürokratische Monopolbourgeoisie, der in Koalitionsabkommen weitere Entschädigungen für Enteignungen zugesagt werden wie auch die Möglichkeit, diese „Entschädigung zu investieren". „Das Parteiabkommen sieht einerseits die Dynamisierung des öffentlichen Bereichs vor. Andererseits wird die besondere Bedeutung der Privatinitiative unterstrichen" (Handelsblatt, 23.1.78).

Der Kampf der Volksmassen gegen verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung ist den Imperialisten so hinderlich bei ihren Plänen, daß die ganze bürgerliche Presse der letzten zwei Wochen nichts darüber berichtet, es quillt aber in Form von Fragezeichen der Schreiberlinge zwischen ihren Zeilen hervor. „Aber wie soll die Krise ‚ab sofort' angepackt werden? Dieses Problem schlägt sich in den Kommentaren der Beobachter mit vielen Fragezeichen nieder ... Die Sondierungen haben sogar ergeben, daß das politische Risiko geringer von der Privatwirtschaft eingeschätzt wird, als die Probleme, die sich aus dem Arbeitsbereich ergeben", schreibt das „Handelsblatt" (23.1.78). Schon das deutet darauf hin, daß die Volksmassen sich auf neuerliche Kämpfe gegen Verelendung und für politische Rechte vorbereiten und die portugiesische Revolution weiter ihre Kräfte sammelt. – (S-Red)



Die portugiesischen Arbeiter, Bauern und Studenten dulden die Unterwerfung und Ausräuberung des Landes durch die Imperialisten nicht. Auf dieser Demonstration fordern sie: „Nein zum Sozialpakt! Die Reichen sollen die Krise bezahlen!" und erklären: „Der Faschismus wird nicht durchkommen."

Hartnäckige Bemühungen des Barons Giscard d'Estaing von Frankreich, ein neues afrikanisches Kolonialreich zu zimmern

Eine Hyäne auf den Spuren größerer Raubtiere

Am 1. Februar haben die Streitkräfte der FROLINAT (der Front zur nationalen Befreiung des Tschad) über dem Tibesti-Gebirge in der Sahara zwei Militärtransporter abgeschossen, in denen neben französischen Piloten auch französische Offiziere saßen. Kurz zuvor ist ein französischer Zivilist festgenommen worden, der sich in Begleitung einer Militärpatrouille befand. Als Bedingung für die Freilassung hat die FROLINAT erneut den Rückzug aller französischen Truppen aus dem Tschad gefordert. Nach offiziellen Angaben sind das (obwohl die französische Armee sich 1972 offiziell aus dem Tschad zurückgezogen hat) noch mindestens 300 „Berater", sprich: Offiziere, die somit das tatsächliche Kommando über die einige tausend Mann starke Armee des Tschad haben dürften.

Der Tschad liefert sowohl an Frankreich als auch an die BRD-Imperialisten einen wesentlichen Teil ihres Nachschubs an Natur-Uran, also eines strategischen Rohstoffs. Daraus erklärt sich auch eine andere Meldung: Am selben Tag, an dem der französische Militärtransporter abgeschossen wurde, haben die Streitkräfte der FROLINAT in den Straßen der umkämpften Stadt Faya-Largeau einen Panzer abgeschossen. Dieser Panzer stammte aus der Sowjetunion.

In der ersten Januarhälfte hat der französische Ministerpräsident Giscard d'Estaing bei einem Staatsbesuch an der „Elfenbeinküste" (Cote d'Ivoire) seinen schon seit längerem herumposaunten „euro-afrikanischen Solidaritätspakt" erneut aus der Tasche geholt. Dieser Pakt soll sich nach seinen Vorstellungen auf „Probleme der Sicherheit, insbesondere der Grenzen", sowie auf eine verstärkte politische, ökonomische und kulturelle „Kooperation" der Teilnehmerstaaten erstrecken. Teilnehmerstaaten sollen einerseits die EG-Staaten sein, andererseits die Staaten Afrikas, die sich von der sozialimperialistischen Expansion bedroht fühlen, zunächst vor allem die Staaten Zentral- und Westafrikas, die heute bereits der EG assoziiert sind und in denen auch der Schwerpunkt der neokolonialen Interessen der französischen Kapitalisten liegt.

Kaum daß Giscard aus Afrika zurück war, brach sein Sancho Pansa, der Ministerpräsident Barre, zu einer großen Reise in die Volksrepublik China auf. In erheiternder Weise schwelgt die französische Bourgeoispresse in den großen Perspektiven eines Bündnisses. Während die Wirtschaftsseiten Aufrufe verbreiten wie: „Den chinesischen Markt für die französische Industrie erobern", kam auf den vorderen Seiten der Vorsitzende Mao zu Wort. Teilnehmer der ersten China-Reise des damaligen französischen Staatspräsidenten Pompidou erinnerten sich, daß Mao Tsetung gesagt habe: „Afrika wird das nächste Ziel in den Aggressionsplänen der Sowjetunion sein." Das war 1972 und gewiß eine vorausschauende Einschätzung der Weltlage. Heute stehen nicht nur mehr als 20 000 von den russischen Sozialimperialisten ausgehaltene kubanischen Truppen in Angola. Eine von den Sozialimperialisten ausgerüstete Truppe von Katanga-Söldnern hat sich seither in der Invasion Zaires versucht, und gerade im Augenblick ist Äthiopien Schauplatz einer noch ausgedehnteren Aggression durch sowjetische, ostdeutsche und kubanische Truppen, beschießen sowjetische Schiffe (nach Mitteilung der Volksbefreiungsfront von Eritrea) die eritreischen Befreiungskämpfer, die die Hafenstadt Massawa belagern, während sowjetische Flugzeuge Napalmbomben über ihren Stellungen abwerfen. Kein Zweifel: die sozialimperialistische Supermacht ist – vor allem auch wegen ihrer angestrengten Versuche, die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika unter ihre Kontrolle zu bringen und zu zerschlagen – zum gefährlichsten Feind der Völker Afrikas geworden. Ihr Ziel ist, insbesondere den europäischen Imperialisten, die Afrika als ihre von Gott geschenkte Rohstoffquelle betrachten, diese Quelle streitig zu machen und sie selbst in Besitz zu nehmen. Das gehört zu ihrem Plan, Westeuropa sturmreif zu machen. Darauf wies der Vorsitzende Mao den Geschäftsführer der französischen Imperialisten hin. Dasselbe tat jetzt der stellvertretende Ministerpräsident Deng Hsiao-ping. Die französischen Imperialisten, von kurzem Verstand, wie das ihre Klassennatur eben ist, haben dazu begeistert mit dem Kopf genickt. Jawohl, die Dritte Welt muß sich mit der zweiten Welt zusammenschließen. Am besten stellen sich die afrikanischen Länder gleich unter den Schutz der europäischen Imperialisten und lassen sich freiwillig das Fell über die Ohren ziehen. Es lebe die „euro-afrikanische Solidarität"!

Natürlich bedeuteten die Warnungen der chinesischen Kommunisten in Wirklichkeit eine Aufforderung an die französischen Imperialisten, im wohlerwogenen eigenen Interesse ihre Einmischung, Infiltration und Aggression gegen die Völker Afrikas einzustellen und ihnen in ihrem Kampf gegen die Einmischung, Infiltration und Aggression der beiden Supermächte, insbesondere der sozialimperialistischen Supermacht, wenigstens nicht in den Rücken zu fallen.

Genau das ist es aber, was die französischen Imperialisten skrupellos betreiben. Der Finanzbaron d'Estaing schleicht durch Afrika wie eine Hyäne auf der blutigen Spur, die größere Raubtiere vor ihm gezogen haben. Dicht hinter ihm hecheln die westdeutschen Imperialisten, stacheln ihn an und lauern darauf, daß ihre eigene Stunde kommt. So nutzen die französischen Imperialisten die sowjetische Bedrohung am Horn von Afrika, um auch nach der Einholung ihrer Flagge als Kolonialmacht in *Djibouti* dieses kleine Land weiter militärisch besetzt zu halten. In *Zaire* ist Frankreich führend an den Erpressungsversuchen beteiligt, mit denen die imperialistischen Gläubigerländer jetzt (über den IWF) die Unterstellung der Nationalbank von Zaire unter ein Konsortium von ihnen benannter „internationaler" Fachleute verlangen. Die „Hilfeleistung" gegen die Invasion der sozialimperialistischen Söldner hat die französischen Kapitalisten in diese glänzende Lage gebracht. Nicht nur im *Tschad*, sondern auch in *Mauretanien* und in der *West-Sahara* sind französische Truppen direkt an der Niederschlagung der Volksrevolution bzw. des Kampfs um das Selbstbestimmungsrecht des sahaurischen Volkes beteiligt. Sie geben sich nicht einmal besondere Mühe, dies zu verbergen: der Sprecher des französischen Außenministeriums hat auf Vorhaltung der Befreiungsfront der West-Sahara über erneute Napalmangriffe französischer Flugzeuge lässig geantwortet, „nach seiner Kenntnis habe es in den letzten Tagen kein Eingreifen der französischen Luftwaffe in Mauretanien gegeben". (Le Monde, 1.2.78) In Abidjan, der Hauptstadt der *Elfenbeinküste*, die bis heute von den französischen Imperialisten als Halbkolonie besetzt gehalten wird, unterhalten die französischen Imperialisten einen Militärstützpunkt, auf dem „mit allem Material für eine Intervention ausgerüstete Truppen dauernd stationiert sind". (Figaro, 11.1.78) Eine Drehscheibe für größere Unternehmungen also.

– (Korrespondentenbericht Brüssel)

An Südamerika hat sich schon mancher Imperialist die Zähne ausgebissen. Fortschritte im Kampf der lateinamerikanischen Länder gegen den Imperialismus

In einem Interview mit jugoslawischen Fernsehreportern hat der mexikanische Präsident Lopez Portillo kürzlich geäußert: „Mexiko gründet seine internationalen Beziehungen ... insbesondere auf seine enormen Anstrengungen zur Bildung einer neuen Weltwirtschaftsordnung." Der Zusammenschluß der lateinamerikanischen Länder untereinander und mit den Völkern der Dritten Welt macht große Fortschritte:

Kampf um die 200-Seemeilen-Zone

Vor über 20 Jahren unterzeichneten Peru, Ekuador und Chile die Santiago-Deklaration, mit der sie als erste Länder überhaupt die Errichtung einer 200-Seemeilen-Zone ankündigten. Inzwischen haben sich die lateinamerikanischen Länder die Mittel verschafft, um diese Zone tatsächlich zu sichern, insbesondere vor den Fischereiflotten der Sowjetunion und der USA. Mexiko hat zu diesem Zweck 36 Kriegsschiffe gekauft, und Argentinien hat im September letzten Jahres trotz heftiger Drohungen der Sozialimperialisten bei drei Zwischenfällen sieben sowjetusche Trawler aufgebracht, die in argentinischen Territorialgewässern Fische geraubt hatten. Der Außenminister der nur 450 Quadratkilometer großen Insel Barbados in der Karibik hat am 10.1.78 die Errichtung einer 200-Seemeilen-Zone bekanntgegeben. Schon im Juli 1977 verstärkte die Regierung von Barbados die Verteidigungskräfte, um diese Wirtschaftszone auch tatsächlich durchsetzen zu können.



Wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluß gegen den Imperialismus

In den letzten zehn Jahren haben die lateinamerikanischen Länder eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Zusammenschlüssen gebildet, um den gegenseitigen Handel zu entwickeln und die Abhängigkeiten vom Imperialismus zu vermindern. Dazu gehören: das Lateinamerikanische Wirtschaftssystem, der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt, die Karibische Gemeinschaft, die Lateinamerikanische Energieorganisation sowie einige Sonderorganisationen für Rohstoffe und Handeslwaren. (nach: Peking Rundschau 2/78) Im August 1977 haben sich acht Vereinigungen rohstoffproduzierender Länder, darunter von Kakao, Bananen und Bauxit, zu denen viele lateinamerikanische und afrikanische Länder gehören, getroffen, um die Errichtung eines Rates der Vereinigung der Erzeugerländer vorzubereiten. Weitere Treffen gab es, um Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Preise für Zucker und Bananen zu beschließen. Der brasilianische Präsident Geisel hat bei seinem Besuch in Mexiko die Errichtung eines Fonds für Kaffee gefordert. Er erklärte, „daß eine der Prioritäten Brasiliens die lateinamerikanische Integration unter Respektierung der Unabhängigkeit eines jeden Landes" sei. (Le Monde 18.1.78)

Ausdruck der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Länder, der Länder Afrikas und des Nahen Ostens ist die Gründung der arabisch-lateinamerikanischen Bank im Oktober 1977.

Die Kontrolle über die nationalen Ölquellen fördert den Aufbau der nationalen Wirtschaft

Begeistert meldete das peruanische Bergbauministerium im September 77, daß es zum erstenmal gelungen sei, in Peru eine Tagesölproduktion von 100 000 Barrel zu überschreiten. Es feierte dies als einen „großen Schritt nach vorn auf dem Weg zur Selbstversorgung mit Öl". (Monitor 185/77) Auch Venezuela hat nach der Nationalisierung der Erdölindustrie große Fortschritte gemacht. Während früher die Imperialisten kaum verarbeitetes Rohöl exportierten, für das sie wenig bezahlten, wird heute das geförderte Öl in Venezuela selbst raffiniert. – (Z-Red.)

„Die Opfer soll Lama bringen. Die Arbeiter an die Macht!"
Passende Antwort auf die Manöver der revisionistischen Gewerkschaftsführer der PCI
Luciano Lama, der revisionistische Generalsekretär des größten italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, hat in einem Interview mit der Zeitung „Repubblica" vor zwei Wochen „Selbstkritik" geleistet. Nach den gegen alle Weltübel parat. Druck auf den Lohn: „Es ist klar, daß die Verbesserung der Lebensbedingungen der beschäftigten Arbeiter zurücktreten muß, wenn wir wirklich die Arbeitslosigkeit senken wollen." In bezug auf schäftigte haben", behauptet Lama. Vor allem aber sollen die Schranken eingerissen werden, die die italienische Arbeiterklasse gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit erkämpft hat. Die wichtigste ist die Kurzarbeiterkasse. sten in kurzer Zeit zum dritten Mal gezeigt, wie sie die Politik der Gewerkschaftsorganisationen dem Kampf der revisionistischen Partei um Positionen im Staatsapparat unterwerfen wollen. Generalstreik und Demonstration der

„Die Opfer soll Lama bringen. Die Arbeiter an die Macht!"

Passende Antwort auf die Manöver der revisionistischen Gewerkschaftsführer der PCI

Luciano Lama, der revisionistische Generalsekretär des größten italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, hat in einem Interview mit der Zeitung „Repubblica" vor zwei Wochen „Selbstkritik" geleistet. Nach den weitgehenden Zugeständnissen der Gewerkschaftsführer an die Kapitalisten und an die Regierung Andreotti hätten viele Arbeiter Selbstkritik schon passend gefunden. *Solche* Selbstkritik hat Lama freilich nicht vor. Stattdessen hat er einen Sturmlauf gegen all das gestartet, was die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren an Fortschrittlichem in der Politik der Gewerkschaften hat durchsetzen können.

Wie alle drei Jahre laufen in diesem Jahr die nationalen Tarifverträge der Metallarbeiter und einiger anderer wichtiger Branchen aus. Den Hauptangriff hat Lama daher gegen den Lohnkampf gerichtet.

Auch seit dem Hereinbrechen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise haben die italienischen Arbeiter bisher im großen und ganzen das Reallohnniveau verteidigen, zum Teil sogar Lohnerhöhungen erkämpfen können. Bis Juni letzten Jahres waren zum Beispiel die tariflichen Mindestlöhne der Industriearbeiter gegenüber dem Vorjahr um 28,9% gestiegen, die Lebenshaltungskosten – freilich nach den Angaben der bürgerlichen Statistik – um 20,1%.

Andererseits ist es der Bourgeoisie gelungen, immer größere Massen von Arbeitslosen, vor allem Jugendliche und besonders im Süden, ins nackte Elend zu drücken. Nach den jetzt vorgelegten Zahlen für Oktober 1977 waren fast 1,6 Millionen Arbeitslose von der offiziellen Statistik erfaßt. 1,2 Millionen davon waren zwischen 14 und 29 Jahren alt, größtenteils Jugendliche auf der Suche nach dem ersten Arbeitsplatz. Die wirkliche Zahl liegt noch viel höher, da die meisten gar nicht erst Arbeitslosenhilfe beantragen – das sind 300 Lire täglich; eine Tageszeitung kostet schon 200 Lire.

Hier setzt Lama die Spaltung an. „Blödsinn" wäre es, die Löhne und die Zahl der beschäftigten Arbeiter als „unabhängige Variable" zu bezeichnen. Und er hat auch gleich das Patentrezept aller bürgerlichen Ideologen gegen alle Weltübel parat. Druck auf den Lohn: „Es ist klar, daß die Verbesserung der Lebensbedingungen der beschäftigten Arbeiter zurücktreten muß, wenn wir wirklich die Arbeitslosigkeit senken wollen." In bezug auf das „Zurücktreten der Verbesserung der Lebensbedingungen" kennen die Kapitalisten allerdings keine Schranke, außer der, die die Arbeiterklasse im Klassenkampf gesetzt hat. Obwohl das Gesetz, nach dem alle arbeitslosen Jugendlichen in Listen erfaßt werden sollen, den Kapitalisten Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft zum niedrigsten tariflich noch zulässigen Lohn ermöglicht, sind von den 647 285 Jugendlichen, die sich in die Listen eingetragen haben, bisher ganze 1442 eingestellt worden. In Kampanien, der Gegend von Neapel, von 136 153 sage und schreibe 29.



Arbeiter der Kunstfaserfabrik Ottana auf Sardinien demonstrieren gegen die Pläne der Kapitalisten, 2400 der 2700 Arbeiter bei null Stunden Arbeit auf Kurzarbeitergeld zu setzen, um die Schließung der Fabrik vorzubereiten. Kürzlich haben sie in einem Vertrag durchgesetzt, daß die Fabrik bestehen bleibt und die Kurzarbeit auf drei Monate und 650 Arbeiter reihum beschränkt wird.

Lama fordert jetzt, daß nachgeholfen werden muß, die Löhne in eine „abhängige Variable" der Größe der industriellen Reservearmee zu verwandeln. Die Erfolge der Arbeiter im Kampf gegen Entlassungen müssen beseitigt werden, um den Druck der Massenarbeitslosigkeit auf den Lohn durchschlagen zu lassen, um Arbeiter entlassen und neue zu niedrigerem Lohn neu einstellen zu können. „Es gibt eine gewisse Zahl Unternehmen, die eine übertrieben große Zahl Beschäftigte haben", behauptet Lama.

Vor allem aber sollen die Schranken eingerissen werden, die die italienische Arbeiterklasse gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit erkämpft hat. Die wichtigste ist die Kurzarbeiterkasse, die Kurzarbeitergeld oft auch dann zahlen muß, wenn bei Betriebsstillegungen nicht nur kurz-, sondern schließlich gar nicht mehr gearbeitet wird. In der Leitung der Föderation der drei Gewerkschaftsbünde haben die Revisionisten vor einigen Wochen den „Vorschlag" durchgesetzt, die Zahlungen der Kurzarbeiterkasse auf ein Jahr zu beschränken. Danach würden die entlassenen Arbeiter dann auf die 300 Lire (0,75 DM) Arbeitslosenhilfe täglich gesetzt.

Über die Wirkung auf den Lohn ist Lama „optimistisch": „Die Lohnpolitik wird in den nächsten Jahren sehr zurückhaltend sein müssen", verkündet er. Gut eine Woche vor dem Interview hatte die Leitung der Gewerkschaftsföderation beschlossen, für die diesjährigen Lohnforderungen einen Höchstbetrag von 25000 Lire (62 DM) festzusetzen und den noch auf die dreijährige Laufzeit aufzuteilen. In die Berechnung der Alterszulagen usw. soll die Lohnerhöhung nicht eingehen.

Mit dem Beschluß der Leitung der Gewerkschaftsföderation und dem Lama-Interview haben die Revisionisten in kurzer Zeit zum dritten Mal gezeigt, wie sie die Politik der Gewerkschaftsorganisationen dem Kampf der revisionistischen Partei um Positionen im Staatsapparat unterwerfen wollen. Generalstreik und Demonstration der Metallarbeiter im Dezember hatten sie zunächst verhindern wollen, um ihre Übereinkunft mit den anderen bürgerlichen Parteien über das Regierungsprogramm nicht zu gefährden. Als die Demonstration trotzdem stattfand und die Forderung nach dem Sturz der Regierung erhoben wurde, schwenkten die revisionistischen Gewerkschaftsführer um und kündigten einen Generalstreik an, um die Regierung Andreotti zu stürzen und der PCI den Weg in die Ministerien zu bahnen. Kaum war Andreotti darüber gestürzt, wurde der Generalstreik abgeblasen. Stattdessen jetzt Leitungsbeschluß und Interview, um der italienischen Finanzbourgeoisie die Verläßlichkeit der Revisionisten bei der Unterdrückung der Arbeiterbewegung zuzusichern.

In den Gewerkschaften hat es einen Sturm der Empörung gegen das Lama-Interview gegeben. Die Mehrheit der leitenden Funktionäre der Metallergewerkschaft, die Vertreter der größten Provinzverbände der zweitgößten Gewerkschaft CISL in Mailand und Turin hatten schon gegen den Beschluß der Leitung der Gewerkschaftsföderation gestimmt. In den Großbetrieben beginnt sich in der Vorbereitung der Tarifkämpfe gegen die Kapitalisten und gegen die Spaltung durch die Revisionisten eine Front herauszubilden, wenn es den bürgerlichen Gewerkschaftsführern auch zunächst gelungen ist, viele Arbeiter zu entmutigen.

In dem Industriegebiet von Porto Marghera bei Venedig, wo in der petrochemischen und Chemiefaserindustrie 1700 entlassen werden sollen, streikten die Arbeiter zwei Tage nach Lamas Interview vier Stunden gegen die Absichten der Kapitalisten. Auf ihrem Demonstrationszug riefen sie auch Sprechchöre gegen den revisionistischen Verräter an der Spitze der CGIL: „Um unsere Übel zu heilen, Lama soll die Opfer bringen, die Arbeiter an die Macht!" oder: „Lama soll seine ‚Mobilität' haben, raus aus dem Büro, und er wird arbeiten." – (Z-Red.)

Was ist Dumping?

„Dumping“ kommt aus dem Englischen „to dump“ gleich „hinabwerfen“, „unterbieten“, „verschleudern“. Als Dumping bezeichnen die Kapitalisten den Verkauf von Waren im Ausland unter den Produktionskosten, die Verluste werden durch überhöhte Preise im Inland kompensiert.

Für die imperialistischen Monopole ist Dumping somit eine Waffe im Kampf um die Weltherrschaft. Es ist eine Waffe, die den Gegner niederkonkurrieren, ihn vernichten soll. Diese Waffe wird gewetzt und verstärkt eingesetzt, wenn die Konkurrenz sich verschärft, wie das gegenwärtig der Fall ist. In der westdeutschen Presse, allein in der Zeit vom 31.1. – 3.2.1978 gab es folgende Meldungen zum Dumping: Stahldumping-Vorwürfe gegen Japan, Dumping-Vorwürfe gegen Japan wegen Bestecken, Reißverschlüssen und Feuerzeugen, Anti-Dumping-Antrag Frankreichs wegen Zellstoffimporten aus den USA in die EG, EG-Antidumping-Zoll gegen verschiedene Stahlerzeugnisse aus der DDR, Rumänien, Spanien, Bulgarien, CSSR und Japan.

In „Blick durch die Wirtschaft“ vom 31.1.78 war zu lesen: „Die weltweiten protektionistischen Bestrebungen haben ihren Höhepunkt noch nicht erreicht ... So hat die Handelskammer Hamburg ermittelt, daß als wesentliche Ursache dafür das geringe Wachstum der Weltwirtschaft im Vordergrund steht. Dadurch seien unausgenutzte Kapazitäten gewachsen, was wiederum zu härterem Wettbewerb geführt habe ... Der freie Welthandel habe nur dann eine Chance, fortzubestehen, wenn es gelinge, faires Verhalten notfalls auch mit Sanktionen zu erzwingen.“ Als „unfair“ bezeichnen die Kapitalisten das Dumping immer, wenn sie selbst diesem Angriff ausgesetzt sind. Für sich selbst nennen sie ein solches Vorgehen „faires Verhalten, notfalls mit Sanktionen erzwingen“. Dumping führt zum Anti-Dumping: „Wird nämlich kein Anti-Dumping eingeführt (auf deutsch ein Schutzzoll, Red.), und gelingt es demzufolge den ausländischen Anbietern die inländischen Konkurrenten aus dem Markt zu drängen, so sind die ausländischen Lieferanten in der Lage, den Preis wieder heraufzusetzen. Die gerade abgebaute inländische Industrie muß dann unter Umständen wieder mühsam aufgebaut werden“, schreibt Dr. Gablers Wirtschaftslexikon über den Verlauf eines solchen Vernichtungskrieges.

Zahllos sind die Versuche der Bourgeoisie, die kapitalistische Konkurrenz, die zwangsläufig zur Monopolbildung führen muß, mit den Mitteln höherer Moral und der Weihe von Wettbewerbsgesetzen reinzuwaschen. Die Anti-Trust-Gesetzgebung begann 1890 in den USA mit dem „Sherman Act“, zu einem Zeitpunkt also, als der Kapitalismus der freien Konkurrenz gerade zum Imperialismus, zum Monopolkapitalismus geworden war. Sie hat weder die Monopolisierung rückgängig machen noch sie aufhalten können. Das weder die Monopolisierung rückgängig machen noch sie aufhalten können. Das sollte sie auch nicht, wie man noch heute im „Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb“ der BRD-Imperialisten nachlesen kann. Volker Emmerich (Wettbewerbsrecht, 2. Aufl.) schreibt dazu in einem Kommentar: „Bei sämtlichen Handlungen im Wettbewerb sollen also bestimmte ethische Mindestanforderungen an das (äußere) menschliche Verhalten beachtet werden. (....). *Allein* wegen ihrer Folgen kann mithin eine Wettbewerbshandlung niemals als sittenwidrig verboten werden.“ Er verweist auf das „Anstandsgefühl des verständigen und anständigen Durchschnittsgewerbetreibenden, ohne daß damit freilich allzuviel gewonnen wäre.“ Natürlich ist damit nichts gewonnen, weil nicht die oder jene Methode der kapitalistischen Konkurrenz „sittenwidrig“ ist, sondern weil die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die Profitmacherei, die Ausbeutung der Arbeiterklasse, vor keiner „höheren Moral“ halt macht.

Lenin beschreibt in „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ die Entstehungsgeschichte und Methoden eines der frühen Kartelle, des Schienenkartells: „Zum erstenmal unternahmen die englischen, belgischen und deutschen Schienenwerke bereits 1884 während einer starken industriellen Depression, den Versuch, ein solches Kartell zu bilden. Man einigte sich, auf dem Binnenmarkt der vertragsschließenden Länder keine Konkurrenz zu machen und die Außenmärkte zu verteilen ... Gegen eine englische Firma, die außerhalb der Vereinbarung blieb, wurde ein gemeinsamer Kampf geführt, dessen Kosten durch einen bestimmten Prozentsatz von den gesamten Verkäufern gedeckt wurde.“ Die russischen Sozialimperialisten, weit höher monopolisiert als dieses Schienenkartell, haben sich mit ihrem gegenwärtigen Stahl-Dumping in die Tradition gestellt, die ihnen als Imperialisten zusteht. – (Z-Red)

Dumpingpreise auf der Jagd nach dem Stahlmonopol

Auf Kosten der Länder des RGW und der Dritten Welt bauen die Sozialimperialisten ihre Weltherrschaftspläne aus

Die sozialimperialistische Sowjetunion ist der weltgrößte Stahlproduzent, gefolgt von der EG und der anderen Supermacht USA. Die Konkurrenz der Imperialisten auf dem Weltstahlmarkt ist erbittert. Während die Sozialimperialisten ihren Anteil am Weltstahlexport mit 8,8 Mio. t (6,06% der Gesamtproduktion) genauso wie die andere Supermacht mit 2,44 Mio. t (2,1% der Gesamtproduktion) gering halten, um die eigene Industrie und die Rüstungsproduktion auszubauen, gehen sie daran, über die von ihr abhängigen Länder des RGW den anderen Imperialisten Einflußsphären abzujagen.

Mitte Januar hat die EG Anti-Dumping-Zölle erlassen, in erster Linie gegen die Länder des RGW. Dumping – eine schmerzliche Angelegenheit für den Imperialisten, den es trifft. Die EG – zweitgrößter Stahlproduzent der Welt – mußte mit ansehen, daß die sozialimperialistische Sowjetunion und die anderen Länder des RGW mit Preisen, die zwischen 150 und 200 DM pro Tonne Stahl niedriger lagen als die der EG-Imperialisten, ihr nicht nur Märkte abjagten, sondern auch im eigenen Bereich ihren Exportanteil kräftig ausdehnten. Der Import von Walzstahl aus dem RGW stieg zum Beispiel von 1975 auf 1976 um 70%, während der Export aus der EG in den Bereich des RGW um 9% sank. Ein Drittel der Importe aus dem RGW gehen in die BRD, 30% nach Italien, 11% in die Benelux-Länder, 10% nach Großbritannien und 8% nach Frankreich.

In ihrem Streben nach der Weltherrschaft müssen die Sozialimperialisten ihre ökonomische Machtbasis gegenüber der anderen Supermacht USA erweitern. In der Stahlproduktion haben sie sie bereits überrundet.

Stahlproduktion der UdSSR und der USA 1950 bis 1977 (in Mio t)

Jahr	UdSSR	USA
1950	27,3	87,8
1953	38,1	101,2
1955	45,3	106,1
1958	54,9	77,3
1960	65,2	90,0
1963	80,2	99,1
1965	91,0	119,2
1968	106,5	119,2
1970	115,9	119,3
1973	131,5	136,9
1975	141,0	105,9
1976	144,8	116,3
1977	147,0	113,1

1977 .... 147,0 113,1

Um dem Ziel der Beherrschung des Weltstahlmarktes über das Eindringen in die Bereiche der anderen Imperialisten näherzukommen, muß die „brüderliche Zusammenarbeit“ mit den anderen Ländern des RGW vertieft werden. Basierend auf der „Hauptaufgabe der Intensivierung und Effektivierung der Produktion“, also der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklassen, haben die Sozialimperialisten die Fünfjahrespläne 1976 – 1980 der einzelnen Länder des RGW „koordiniert“. „Die Schwarzmetallurgie ist der Industriezweig, wo die Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den sozialistischen Ländern am effektivsten ist“, schreibt W. Litwinenko, Präsident des sowjetischen Außenhandelsunternehmens Tyazhpromexport in dem Artikel „Unterstützung für Entwicklung und Festigung der Schwarzmetallurgie“ (Außenhandel der SU, 8/77). Die „effektive Zusammenarbeit“ sieht so aus, daß die Sozialimperialisten den Ländern des RGW Kredite geben für den Bau von Anlagen des Hüttenwesens durch Tyazhpromexport, gegen entsprechende Abzahlung der Kredite, versteht sich. „Mit Unterstützung von Tyazhpromexport sind in sozialistischen Ländern 53 Hüttenwerke gebaut worden. Ihre Kapazitäten ermöglichen die Erzeugung von rund 19 Mio. t Roheisen, mehr als 22 Mio. t Stahl und 26 Mio. t Walzgut.“

Weltstahlproduktion 1976 (in Mio t)

	Produktion gesamt (in Mio t)	Anteil an der Weltprodukt. (in %)	Export-anteil (in Mio t)	in % der Gesamt-produktion	in % des Weltexports
Sowjetunion	145,2	22,1	8,80	6,06	7,41
EG	134,1	20,4	49,69	37,05	41,87
USA	116,3	18,1	2,44	2,10	2,06
RGW (ohne SU)	53,5	8,2	10,34	19,33	8,71

Auf der unter der Fuchtel der Sozialimperialisten stehenden Intermetall-Tagung am 9.12.1977 wurde beschlossen, die Spezialisierung und Kooperation bei der Produktion von Schwarzmetallurgie-Erzeugnissen voranzutreiben und die Sortimente von Werken und Anlagen mit gleichem Produktionsprofil stärker zu spezialisieren. Seit 1976 schießen die von den Sozialimperialisten kreditierten, spezialisierten Anlagen wie Pilze aus der Erde. In der CSSR wird in der Hütte Clemens Gottwald eine Mittelfeinwalzstraße errichtet, die 1 Mio. t Walzgut liefern soll. Die Spezialisierung liegt in der Herstellung von Profilstählen. In Polen wird das Hüttenwerk Katovice ausgebaut, in dem jährlich 9 Mio. t Stahl produziert werden sollen. In Ungarn wird das Lenin-Hüttenwerk Diosgyer zu einem kombinierten Stahlwerk für hochlegierte Stahlsorten ausgebaut. Im Düna-Eisen- und Stahlwerk wird ein Konverterstahlwerk gebaut, in dem jährlich 1,8 Mio. t Stahl produziert werden. In Bulgarien wird die Lenin-Hütte in Pernik ausge- Stahl produziert werden. In Bulgarien wird die Lenin-Hütte in Pernik ausge- baut, mit jährlich 1,5 Mio. t Stahl und 1,06 Mio. t Walzgut. In der DDR wird im Hüttenkombinat Ost ein Komplex zur Produktion von kaltgewalztem Feinstahlblech ausgebaut, mit einer jährlichen Kapazität von 1 Mio. t Blech.

Die „internationale Arbeitsteilung“ und die „Spezialisierung und Kooperation“ bedeuten für die Länder des RGW immer größere Abhängigkeit von den Sozialimperialisten. Für den nimmersatten großen Bruder aber bedeuten sie dreifachen und vierfachen Gewinn. Erstens hat er sie so fest im Griff, was die Lieferung von Rohstoffen und Fertigteilen, die durch die Spezialisierung in den einzelnen Ländern nicht mehr produziert werden können, betrifft. Sein Exportanteil in die Länder des RGW stieg von 9916,7 Mio. Rubel (1974) auf 13362,8 Mio. Rubel (1975). Zweitens müssen sie, um ihre Kredite abzutragen und die Lieferungen aus der Sowjetunion bezahlen zu können, gehörige Mengen der produzierten Waren zu Schleuderpreisen an die Sowjetunion abliefern, die sie dann mit Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt verkauft. Drittens werden die RGW-Länder über Preisbindungen durch die Intermetall festgelegt, ihren Warenexport in die kapitalistischen Länder zu von den Sozialimperialisten diktierten Preisen zu betreiben. Und viertens, so führte der DDR-Minister Sinhuber auf der 49. Tagung der RGW-Kommission für Schwarzmetallurgie im Juni 1977 aus, sei die Sicherung der Importe von Eisenerz, Rohstahl und Walzstahl aus der Sowjetunion davon abhängig, wie sich die Länder des RGW an der Entwicklung der Produktionsstätten auf dem Territorium der Sowjetunion beteiligen. Gesagt, getan. Im Schwermaschinenwerk Ernst Thälmann bei Magdeburg wird ein „Walzwerk- Riese“ für die Sowjetunion hergestellt, in dem jährlich 1,3 Mio. t Knüppel-, Mittel- und Feinstahlprofile in einem kontinuierlichen Walzprozeß hergestellt werden sollen.

Die CSSR liefert ein Quarto-Walzwerk an die Sowjetunion, außerdem die Ausrüstung für das Shdanow-Werk, das eines der größten Europas werden soll mit einer Jahresproduktion von 2,5 Mio. t hochfesten Stahlblechen zur Produktion von Großrohren. Die Sozialimperialisten geben sich nicht mit Halbheiten, Spezialisierungen, auf ihrem Territorium ab. Hier werden nur Komplexanlagen errichtet, in denen sämtliche Bearbeitungsvorgänge durchgeführt werden können. in denen sämtliche Bearbeitungsvorgänge durchgeführt werden können.

Um ihre strategische Basis gegenüber der anderen Supermacht auszubauen, lassen sie den „frei gewordenen Staaten“ ihre „freundschaftliche Wirtschaftshilfe“ widerfahren. In zahlreichen Ländern der Dritten Welt, wie in Indien, Pakistan, Sri Lanka, Iran, Türkei, Algerien, Nigeria, haben sie Hüttenwerke gebaut, und nicht nur das, sondern auch Schulungszentren mit russischem Lehrpersonal und russischer Ausrüstung errichtet. Das kostet natürlich eine Kleinigkeit. „Im Austausch gegen komplette Ausrüstungen bezieht die Sowjetunion aus den Entwicklungsländern Minerale, Rohstoffe, Erzeugnisse der tropischen Landwirtschaft und viele industrielle Konsumgüter“, aber auch Teile „der Erzeugnisse dieser Betriebe werden als Gegenleistung für die erwiesene Hilfe in die Sowjetunion geliefert werden ...“ Somit wird eine Grundlage für beiderseitig vorteilhafte Beziehungen geschaffen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung der frei gewordenen Staaten und zugleich zur Befriedigung des wachsenden Bedarfs an mehreren Waren, die in den sozialistischen Ländern nicht hergestellt werden, beitragen.“ (Außenhandel der SU) Angestrebt wird, die „frei gewordenen Staaten“ möglichst schnell in die „Internationale Arbeitsteilung“ und Spezialisierung einzubeziehen und ihrem Zustand des Freigewordenseins ein schnelles Ende zu bereiten, um so wichtige Stützpunkte gegen den Kriegsgegner zu erhalten.

Die Stahlproduktion in der Sowjetunion ist deutliches Zeichen ihrer verstärkten Kriegsvorbereitung. Gegenwärtig gibt es mehr als 300 Eisen- und Stahlwerke in der Sowjetunion. Allein 1977 wurden sechs neue gebaut. Einen Schwerpunkt im Fünfjahresplan 1976 – 1980 sollen neue Produktionsverfahren einnehmen, mit denen die Qualität der Stahlprodukte gesteigert werden soll. Durch Vakuumprozesse sollen hochreine Stahlsorten produziert werden, durch Kompositenmaterialien werden metallurgischen Materialien Füllstoffe beigegeben, die ihre Festigkeit, Elastizität oder ihr spezifisches Gewicht verändern. „Versuchen wir, uns ein Ozeanlinienschiff oder einen Großraumtanker vorzustellen, dessen Schiffskörper aus einem solchen Kompositum hergestellt ist. So ein Schiff wird dann anstelle von einigen Hunderttausend nur einige Zehntausend Tonnen wiegen. Folglich wird sich seine Tragfähigkeit um das gleiche erhöhen.“ (Wie die Metallurgie bedeutende Aufgaben löst, Presse der SU, 49/76). Der Versuch, sich diesen Nutzen am Beispiel einer Fregatte vorzustellen, fällt leicht.

Daß die Sowjetunion als weltgrößter Stahlproduzent bei einem westdeutschen Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank einen Kredit von 600 Mio. DM für den Kauf von Großrohren bei der Thyssen-Mannesmann-Stahlunion und von der Ja- Großrohren bei der Thyssen-Mannesmann-Stahlunion und von der Ja- panischen Import- und Export-Kredit-Bank ebenfalls Kredite für den Kauf von Stahlrohren bei Nippon Steel aufgenommen hat, ist kein Widerspruch. Sie hat nicht vor, das Geld zurückzuzahlen. Sie will diese Rechnung mit Panzern begleichen. – (Korrespondentenbericht Wien)

Die Sozialimperialisten halten Kuba wie eine Kolonie und die kubanischen Truppen als ihre Fremdenlegion

Am Horn von Afrika verstärken die beiden Supermächte gegenwärtig mit jedem Tag ihre Anstrengungen zur Erringung der Vorherrschaft in diesem wichtigen Teil der Welt. Die Sozialimperialisten bedienen sich dabei wie schon in Angola kubanischer Söldner. Diese führen, wie die eritreische Befreiungsfront enthüllt hat, die sowjetischen Waffen, die über eine Luftbrücke eingeflogen werden. Sowjetische Offiziere haben mit kubanischen und äthiopischen Offizieren ein militärisches Oberkommando gebildet.

Nach wie vor stehen in Angola über 20000 kubanische Soldaten, um die Abhängigkeit dieses Landes vom Sozialimperialismus zu sichern. Jetzt sollen über 10000 kubanische „Experten“ dazukommen, um den „angolanischen Brüdern in ihrer zweiten Schlacht – der Schlacht um die Konsolidierung der Volkswirtschaft – beizustehen“ (Radio Havanna, 6.11.1977). Wenn sie von „brüderlicher Unterstützung“ oder „echtem Internationalismus“ sprechen, dann haben die Sozialimperialisten Verbrechen gegen die Völker im Auge, einschließlich der Marschbefehle für ihre Söldnertruppen. In einer ganzen Reihe afrikanischer Länder sind Kubaner inzwischen militärisch vertreten und mit einem ganzen Viertel ihrer Armee dort im Einsatz.

Der kubanische Außenminister Malmierca hat vor einigen Tagen in Mexiko erklärt, die kubanischen Truppen würden solange in Angola bleiben, „bis günstige Bedingungen für eine Entscheidung über ihren Abzug bestehen“. Also Fortdauer der Besetzung des Landes, denn der Widerstand gegen den Sozialimperialismus in Angola durchkreuzt die „günstigen Bedingungen“. Die Aggression kubanischer Truppen soll aber nicht auf Afrika beschränkt bleiben. Malmierca: Falls sie gerufen werden, würden kubanische Truppen auch gegen eine amerikanische Intervention in Panama eingreifen. Und: „Wir bieten Regierungen Hilfe an, die sie für den Kampf um Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit erbitten“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.1.78). Es ist die Ankündigung, daß kubanische Truppen in jedem Winkel der Erde einmarschieren sollen, wenn die Sozialimperialisten das diktieren.

Dem dienen auch die Manöver, die die kubanischen Truppen gegenwärtig durchführen. Was sollen Panzermanöver auf Kuba, wenn nicht Vorbereitung der Aggression gegen andere Völker? Mit Landesverteidigung hat es nichts zu tun; dazu wären andere Waffen als Panzer erforderlich. Zur Rekrutierung der kubanischen Jugend werden in den Schulen Aufrufe verlesen, in den kommenden Monaten hart zu arbeiten, damit man als einer der ersten mit nach Afrika käme. (Radio Havanna, 7.11.1977)

Die Sozialimperialisten halten Kuba in eisernem Griff, um die Erreichung ihrer Ziele zu sichern. Sie haben die Erfolge, die die kubanischen Volksmassen erzielt hatten, Vertreibung des Imperialismus aus Kuba in Gestalt der USA, Nationalisierung der Ländereien und Fabriken im Besitz von Imperialisten und Großgrundbesitzern u.a. rückgängig gemacht. Sie sind in die Fußstapfen der US-Imperialisten als Kolonialmacht getreten und haben alles darangesetzt, den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft in Kuba zu verhindern, das Land an die sowjetische Wirtschaft anzubinden. Seit 1960 haben die Sozialimperialisten über eine Reihe von Abkommen die kubanische Wirtschaft auf die Zuckerproduktion eingeschnürt, die Insel zu ihrer Zuckerplantage gemacht und Maschinen, Energieträger, Medikamente und andere Erzeugnisse müssen heute nach wie vor importiert werden. Die Planzahlen des Fünfjahresplans 1976-80 können nicht eingehalten werden. Dieser Plan ist offiziell mit dem Wirtschaftsplan der Sowjetunion und anderer Länder des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) „koordiniert“; die Sozialimperialisten bestimmen so die Festlegungen.

Ein weiterer Zügel, an dem sie das Land halten, ist die erbärmliche Schuldknechtschaft. Nach Krediten in den sechziger Jahren haben sie auch in den siebziger Jahren weitere gegeben, darunter 1972 einen Kredit über 300 Millionen Rubel mit einer Laufzeit von 25 Jahren. Bis zur Jahrhundertwende, so kalkulieren die Sozialimperialisten, haben sie über die Schulden Kuba in ihrer Hand; und diese Schulden wachsen täglich in Millionenhöhe.

In den kubanischen Schulen wird heute neben der Landessprache Spanisch und der Fremdsprache Englisch auch Russisch unterrichtet. Noch stets haben die kolonialistischen und imperialistischen Eroberer den unterdrückten Völkern ihre Sprache und ganze Kultur aufzwingen wollen, um sie besser unterwerfen zu können. Die Sozialimperialisten machen keine Ausnahme.

Die kubanische Arbeiterklasse und die kubanischen Volksmassen haben eine jahrzehntelange große Tradition des Kampfes gegen den Imperialismus für Unabhängigkeit und Befreiung. Sie werden sie fortsetzen. – (Z-Red.)

„Die Bundesrepublik soll freigemacht werden von der tödlichen Gefahr“

Mündliche Verteidigerüberwachung und verschärfte Sicherheitsverwahrung / SPD/FDP und CDU/CSU wollen sich über „Terroristengesetze“ einigen

In der ersten Tagungswoche des Bundestages im Februar sollen die „Gesetze zur Terroristenbekämpfung“ verabschiedet werden. Verschärfung der Verteidigerüberwachung und der Verteidigerausschlüsse, Razziengesetze und Einführung der Sicherheitsverwahrung sind die wesentlichen Kernpunkte dieses Gesetzespakets.

Mit der Einführung der Trennscheibe in Gesprächsräumen der Haftanstalten sollen die Verteidigerüberwachung weiter verschärft und die Verteidigungsrechte weiter eingeschränkt werden. Die seit 1. Januar 1975 bestehende Verteidigerausschließung soll erweitert werden und auf laufende Verfahren angewendet werden können. Vorgesehen ist die rechtliche Absicherung der Durchsuchung ganzer Häuser und Straßenzüge und die Errichtung von Kontrollstellen auf Straßen bei Großfahndungen. Mit der Verschärfung des Haftrechts und der Einführung der Sicherheitsverwahrung ist die unbeschränkte Inhaftierung geplant.

Die Durchsetzung dieser Gesetze zur weiteren Unterdrückung der Volksmassen ist seit der Schleyer-Entführung systematisch vorbereitet worden.

Kaum daß Hanns Martin Schleyer die Radieschen von unten betrachtete, gingen die solidarischen Demokraten aller Bundestagsfraktionen eifrig daran, neue Gesetzesmaßnahmen zur weiteren Unterdrückung der Volksmassen vorzubereiten und durchzusetzen. Tiefschürfend in der Seelenkunde, der Lehre vom Menschen und der Gesellschaft und – man höre und staune – sogar in der Geschichte wühlend, wurde das Ursachenerforschungsablenkungsmanöver eingeleitet. Auf die geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus käme es an. Kongresse, Kolloquien und Fachtagungen zur „wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen des Terrorismus“ jagten einander.

„Auf die Frage, wie es wohl komme, daß Deutschland, Italien und Japan am meisten vom Terrorismus bewegt werden, hat Marion Gräfin Dönhoff in einem Vortrag, der im Dezember in Frankreich gehalten wurde, eine Antwort zu geben versucht: Weil nirgendwo sonst in der freien Welt seit den 30iger und 40iger Jahren der Verschleiß an Moral und Autorität ähnlich groß gewesen sei und weil es eben darum in diesen 3 Ländern besonders lange brauchen, bis diese Werte wieder glaubhaft werden können.“ (Frankfurter Rundschau 7.12.77)

„Vor allem ist Klarheit darüber zu gewinnen, was in einer die Konturen verwischenden Formel ‚geistige Auseinandersetzung‘ heißt. Das Wort ist deshalb fatal, weil es die Vorstellung eingibt, es müsse mit den Terroristen nur lange und eindringlich genug geredet werden, dann würden sie schon von ihrem im Grunde gutmeinenden nur fehlgeleiteten Tun ablassen. Diese ‚geistige Auseinandersetzung‘ ist in Wahrheit deshalb so unbequem, weil sie die Frage stellt danach, wie man es
sie die Frage stellt danach, wie man es
mit der nachwachsenden Generation allgemein halten wolle.“ (Friedrich Karl Fromme in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.1.78)

Man soll es nicht glauben, wie tiefschürfend die wissenschaftlichen Erkenntnisse waren, die diese Kongresse und Tagungen zu Tage brachten. So tiefschürfend alle gesellschaftlichen Phänomene durchdringend, daß den Bourgeois vor ihren eigenen Untersuchungen Angst und Bange wurde …

„Der Versuch, Ursachen für den Terrorismus ausfindig zu machen, ist freilich selbst ein nicht ungefährliches Unternehmen. Fast alle steckten das Feld möglicher Ursprünge des Terrors möglichst weit ab. Aber auch das hat seine Gefahren und sie sind möglicherweise schwerer zu vermeiden als die der kurzschlüssigen Schuldzuweisungen. Denn so notwendig es sein mag, die Hintergründe des Terrorismus auch in der Verfassung der Gesellschaft selbst, in ihren Problemzonen und Brüchen zu sehen, so nahe liegt dabei der Kurzschluß, in einer seltsamen Anknüpfung an die linke Phrase, daß die Gesellschaft an allem schuld sei, das Unbehagen an der Kultur und Gesellschaft sogleich unvermittelt mit dem Terrorismus zu verknüpfen.“ (FAZ 5.12.1977)

… Was sie aber nur anstachelte mehr Professorenpack anzuheuern, und den Gegenstand der Untersuchung noch wissenschaftlicher zu durchdringen.

„Beschlagene, utopistische, integralistische, ausschließlich prozeßfixierte und die gegenwärtige Demokratie total kritisierende Demokratiekonzepte entwickeln spätestens dann den Appell zum Verlassen der Rechtsgemeinschaft, in irgendeiner Art und zur Aufkündigung der Solidarität mit den Rechtsgenossen, wenn rigoristisch veranlagte oder aus anderen Gründen rigoristisch disponierte Leute darangehen, sie in Praxis umzusetzen.“ Prof. Hattich, Tutzinger Politologe)

„… würde ich es begrüßen, wenn der schon eingeleitete Versuch, einzelne Vorschläge zur besseren Bekämpfung des Terrorismus nach sorgfältiger Prüfung in einer gemeinsamen Gesetzesinitiative der drei Fraktionen zusammenzufassen, fortgesetzt und zu konstruktivem Ende geführt würde.“ (Regierungserklärung vom 20. Oktober 1977)

Diese geistreichen Ergüsse bildeten den Endpunkt der Forschung und Untersuchung. Man ging zur Tagesordnung über, um die von Schmidt nach dem Schleyerabgang gesteckte Aufgabe in die Tat umzusetzen:
Also los geht's!

„Oppositionsführer Kohl wird der CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfehlen, die neusten Gesetzesvorschläge der Koalition zur Terrorismusbekämpfung abzulehnen. ‚Wir sind nicht die Mehrheitsbeschaffer einer von Linken erpreßbaren Bundesregierung‘, sagte Kohl … Er ‚bezeichnete das Paket der Koalition als ‚miserabel‘ und absolut ‚unzulänglich‘ … Er könne diese ‚Minimalvorschläge‘ beim besten Willen nicht als ernsthafte Reaktion auf den Terrorismus werten.“ (Süddeutsche Zeitung, 12.1.78)

„Das Paket der Koalition (SPD/FDP) besteht aus 5 Teilen:

1. Soll der Ausschluß von Verteidigern aus Terroristenverfahren durch eine Herabsetzung der Verdachtsschwelle erleichtert werden.
2. Ist die Einführung einer Trennscheibe in Gesprächsräumen der Haftanstalten vorgesehen.
3. Wird die systematische Untersuchung von Gebäuden geregelt.
4. Ist geplant, bei Großfahndungen Kontrollstellen an Straßen und öffentlichen zugänglichen Orten einzurichten und
5. soll es möglich sein, auch unverdächtige Personen, die sich nicht ausweisen können einer Identitätskontrolle zu unterziehen.“ (Süddeutsche Zeitung, 12.1.78)

„CDU und CSU wollen weitergehende Gesetzesänderungen. Die wichtigsten lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Sicherheitsverwahrung auch für schwerkriminelle Ersttäter.
2. Überwachung von Gesprächen zwischen Anwälten und ihren Mandanten in Terroristenprozessen.
3. Die Einstufung der Bildung einer kriminellen Vereinigung als Verbrechen (jetzt Vergehen)
4. Eine Verschärfung des Haftrechts und
5. das Erschweren der Strafaussetzung zur Bewährung.“ (Süddeutsche Zeitung vom 12.1.78)

Nachdem der Wesenskern der Parlamentarischen Demokratie so schwungvoll in Gang gebracht worden ist, besteht die Kunst des Manövrierens jetzt darin, die Gewissen der „ablehnenden Linken“ zu beruhigen, die tatsächlichen Widersprüche in der SPD zu kitten und die SPD-FDP Fraktion in scharfer Ablehnung der CDU/CSU Vorschläge auf die Durchpeitschung der Gesetze einzuschwören. Wer wäre da besser geeignet als Wehner. Jetzt geht es also in Richtung einer schrittweisen Einigung mit der CDU/CSU, um im Februar die Gesetze zu verabschieden.

„Einig ist sich die SPD darin, daß sie die von der Union verlangte Ermöglichung der Überwachung des mündlichen Verkehrs des Verteidigers im Falle von Terrorismusdelikten ablehnt. Sie will statt dessen den Einbau von Trennscheiben, um den Austausch von Schriftstücken oder Gegenständen zu unterbinden. In der Frage der Sicherheitsverwahrung wird die von der Union vorgeschlagene Möglichkeit der Verwahrung bereits nach der ersten Verurteilung abgelehnt.“ (FAZ 7.12.1977)

„Die Koalitionsparteien lehnen es nicht nur ab, den Gesetzesentwürfen der CDU/CSU zuzustimmen. Sie haben offenkundig auch Bedenken, ihre eigenen Vorschläge, die bereits in erster Lesung vom Bundestag behandelt worden sind, zur Verabschiedung im Plenum einzubringen. Die Fraktionsführungen von SPD und FDP beschlossen am Mittwoch in Bonn, die für Freitag nächster Woche vorgesehene 2. und 3. Lesung ihrer Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Terroristenbekämpfung wieder von der Tagesordnung abzusetzen … Mit dieser Entscheidung nehmen die Fraktionsvorsitzenden allem Anschein nach Rücksicht auf Widerstände, die in den eigenen Reihen gegen die Gesetzesentwürfe bestehten. Der SPD-Abgeordnete Coppik, der bereits gegen das Kontaktsperregesetz stimmte, hat in dieser Woche mitgeteilt, er habe große Bedenken gegen die von SPD und FDP geplanten Antiterrorgesetze.“ (FAZ 12.1.78)

Fehlt bloß noch einer, der Schmidt die Brücke baut, ihm das Stichwort gibt, um die Sache perfekt zu machen. Kohl baut sie mit Zunder.

„Wir alle waren uns damals darin einig, daß dieser freiheitliche Rechtsstaat mit dem Terrorismus fertig werden kann, daß er die Herausforderung zurückschlagen muß, daß er nicht erpreßbar werden darf. Wir waren uns alle einig, daß alle in einem Rechtsstaat zulässigen administrativen gesetzgeberischen Mittel eingesetzt werden müssen, um diesem schrecklichen Spuk ein Ende zu machen. Nur unter dieser Voraussetzung war und ist das Opfer von Hanns Martin Schleyer moralisch zu rechtfertigen. Untätigkeit aus welchen Gründen auch immer nimmt diesem Opfer jeden Sinn und unserem Tun, unserem Mittragen – das gilt für alle demokratischen Gruppen – die moralische Rechtfertigung. Wer jetzt noch zögert, nach allem was wir erlebt haben und nach dem was wir möglicherweise erleben werden, um unseren Rechtsstaat wehrhaft zu machen, der verwirkt das Recht, von einem oder von vielen Bürgern Opfer zu verlangen. Trauerreden haben wir genug gehört.“ (Kohl in der Debatte um die Regierungserklärung vom 19.1.78)

Und Schmidt will sich überzeugen lassen:

„Ich will, nachdem ich diese Passage abgeschlossen habe eine persönliche Bemerkung einfügen, weil sie unter anderem auch auf die Sicherheitsverwahrung zu sprechen gekommen sind. Ich weiß nicht mehr bei welcher, aber bei einem dieser drei Sicherheitsgespräche habe ich, nur für meine Person sprechend, – und ich spreche auch im Augenblick nur für meine Person Herr Kohl –, gesagt, daß ich bei einer wesentlichen Ausweitung der Möglichkeiten zur Sicherheitsverwahrung persönlich noch überzeugt werden müßte. Ich wollte das gern jetzt hier bekennen – ich hätte es sonst nicht gesagt, aber ich fühlte mich in diesem Punkt von ihnen angeredet. Das heißt nicht, daß ich dafür immer unaufgeschlossen bleiben wollte, sondern ich habe gesagt, dafür müßte ich erst noch aufgeschlossen, davon müßte ich erst noch überzeugt werden.“ (Schmidt in der Debatte um die Regierungserklärung am 19.1.78)

Die Sache kriegt Hand und Fuß in der gemeinsamen Verabschiedung der „Entschließung des Europäischen Parlaments zum Terrorismus in der Gemeinschaft“, in der die solidarischen Demokraten den nötigen Weltweitblick zeigen und die Befreiungsbewegungen der Völker der Dritten Welt auch gleich in die „Terroristenbekämpfung“ einreihen.

„Auch die sogenannten Befreiungsbewegungen, die Gewalt anwenden, die durch ihre angewandten Mittel, die durch ihre Ideologisierung beweisen, daß sie längst nicht mehr die legitimen Interessen ihrer Völker und Völkergruppen vertreten, müssen wir heute unter den Begriff ‚Terrorismus‘ fassen und nicht nur unsere Gruppen der Anarchisten … so schrieb der ‚Daily Telegraph‘, als in Rhodesien Priester und Nonne von Terroristen ermorder wurden, den Politikern eigentlich aller Staaten ins Stammbuch – ich darf zitieren: ‚… es ist ebenso empörend, daß sie (die britische und amerikanische Regierung) weiterhin den sogenannten afrikanischen Frontpräsidenten, aus deren Ländern die Terroristen operieren, und dem Terroristenführer Mugabe und seinem Partner Nkomo als die zukünftigen Herrscher Rhodesiens begünstigt werden, ihre unkritische Unterstützung geben.“ (Bundestagsabgeordneter Wittmann CDU/CSU in der Debatte über die Entschließung des europäischen Parlaments zum Terrorismus in der Gemeinschaft am 20.1.78)

„Ich sage Ihnen; natürlich gibt es auch auf dem Felde der Befreiungsbewegungen exzessive Aktionen, die im Verhältnis von Zweck und Mittel nicht mehr zu rechtfertigen sind.“ (Siegler-Schmidt, SPD, ebenda)

Und Wehner bringt die Sache unter Dach und Fach, damit Schmidt wie angekündigt im Februar alle Fraktionen Vorsorge für die künftigen Gefahren treffen lassen kann.

Bei CDU und SPD besteht die Bereitschaft, sich nochmals um eine Einigung darüber zu bemühen, welche neuen Gesetze zum Kampf gegen den Terrorismus nötig sind. Dies gaben am Wochenende die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD, Kohl und Wehner, zu erkennen … Im übrigen sehe er (Wehner) es nicht nur als eine Aufgabe, sondern auch als eine Pflicht an, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, ‚daß die Bundesrepublik freigemacht wird von der Gefahr, durch Terrorismus kaputtgemacht zu werden oder nicht mehr der Staat sein zu können, in dem man leben kann‘.“ (FAZ, 30.1.78)

„Er (Kohl) appellierte daher noch einmal an den Kanzler, sich daran zu erinnern, in welch einem Geist man in den Wochen der Entführung Schleyers gehandelt habe.“

„… Ich habe dem Bundestag schon bei anderer Gelegenheit gesagt, konkrete Gefahr kann Härte und Geschlossenheit verlangen, die Vorsorge für künftige Gefahren verlangt Voraussicht und Weisheit.“ (Bundeskanzler Schmidt in der Regierungserklärung vom 9.1.1978)

Diskussionsveranstaltung

Wer betreibt die Reaktion und wem dient sie? Wie dagegen kämpfen?

Es sprechen:

Hans-Gerhart Schmierer
(Sekretär des ZK des KBW)

Christian Semler
(Vorsitzender des ZK der KPD)

Ein Vertreter des KB

Frankfurt, 10.2.
im Bürgerhaus Nordweststadt
Beginn 19.30 Uhr

Geschichte der Strafrechtsänderungsgesetze

„Die deutsche Demokratie hat in dieser Lage schwere Hemmnisse zu überwinden, um den Zugang zu den Herzen der Bevölkerung zu finden … Denen, die sich der sachlichen Einsicht verschließen und anschicken, die freiheitliche demokratische Grundordnung unter Mißbrauch der demokratischen Freiheitsrechte zu bekämpfen, muß wirksam entgegengetreten werden, nötigenfalls mit den Mitteln eines schlagkräftigen Strafrechts,“ so hat die Adenauer-Regierung 1950 die Blutspur der Strafrechtsänderungsgesetze eingeleitet. Denn „eine wichtige und schwierige Aufgabe ergibt sich aus dem in letzter Zeit deutlich gewordenen Bedürfnis, nach der Aufstellung politischer Spielregeln, die einer Verwilderung der politischen Sitten vorbeugen und die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte im Rahmen einer freiheitlich demokratischen Grundordnung sicherstellen sollen. Dem dienen die Vorschriften über den Schutz der *Bannmeile* um Parlamente … über *Versammlungssprengung*. Die schon erwähnte Bestimmung des Entwurfs über die *Volksverhetzung* soll zu innerpolitischen Einigkeit und Verträglichkeit erziehen helfen …“ (Begründung zu dem Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes 1950)

Das *erste Strafrechtsänderungsgesetz* vom 30.8.51 führte die Staatsschutzgesetzgebung wie Hochverrat, Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, Anschlag auf den Bundespräsidenten, Hochverräterische Publikationen, Begriff der Staatsgefährdung, Verfassungsverrat, Staatsgefährdende Sabotage – beispielsweise fielen Streikbewegungen darunter –, Verfassungsverräterische Vereinigung und Zersetzung usw. in das Strafgesetzbuch wieder ein.

Das *zweite Strafrechtsänderungsgesetz* vom 6. März 1953 fügte einen § 141 in das Strafgesetzbuch ein, der das „Anwerben für einen fremden Wehrdienst“ unter Verbot stellt.

Das *dritte Strafrechtsänderungsgesetz* vom 4. August 1953 stellte sich zur Aufgabe, „das Strafgesetzbuch zu bereinigen und dem Richter wieder ein voll funktionsfähiges in seiner Gültigkeit vom Gesetzgeber bestätigtes Instrument an die Hand zu geben“. In den Ausführungsbestimmungen zur Art und Weise der „Bewährungshilfe“ wird das Arbeitshaus (Art. 6) in den Ländern der amerikanischen Zone wieder eingeführt.

§ 93 wird geändert. Bestraft wird auch die *Herstellung* und *Verbreitung* von „verfassungsverräterischen Publikationen“.

Vor diesen beiden Änderungen hatte die Arbeiterbewegung 1952 einen zähen Kampf gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz geführt, das das Streikrecht verbieten wollte.

Mit dem *vierten Strafrechtsänderungsgesetz* vom 13. Juni 1957 nach der Gründung der Bundeswehr werden die Vorschriften zum „Schutz der Landesverteidigung und der Bundeswehr sowie der Vertragsstaaten des Nordatlantikpaktes“ eingeführt.

Das *fünfte Strafrechtsänderungsgesetz* vom 24. Juni 1960 ermächtigt den Bund und die Landesregierungen, Gewerbsunzucht (Prostitution) zu verbieten.

Das *sechste Strafrechtsänderungsgesetz* vom 30. Juni 1960 faßt den § 130 der Volksverhetzung neu und führt einen § 96 ein, der das „Zeigen von verbotenen Zeichen“ unter Strafe stellt.

Das *siebte Strafrechtsänderungsgesetz* (1. Juni 1964) faßt den Tatbestand der „Verfassungsverräterischen Vereinigung“ neu. Nachdem 1956 die KPD verboten wurde, wird jetzt die *Fortführung* einer verbotenen Partei bestraft.

Im *achten Strafrechtsänderungsgesetz* (25. Juni 1968) wird § 87 neu eingefügt, der „Sabotagevorbereitungen“ verbietet. Die Grundsätze der freiheitlich demokratischen Grundordnung, wie sie das KPD-Verbotsurteil festgelegt hat, werden zur Begriffsbestimmung der Strafrechtsparagraphen des Staatsschutzes herangezogen (§ 92).

Das *neunte und zehnte Strafrechtsänderungsgesetz* vom 4. August 1969 und 7. April 1970 regelt die Verjährungsvorschriften neu und erneuert „zum Schutze der Jugend und des Anstands“ das Verbot der Gewerbsunzucht.

Das *elfte Strafrechtsänderungsgesetz* (19. Dezember 1971) fügt die Sondervorschrift gegen „Luftpiraterie“ ein, das *zwölfte Strafrechtsänderungsgesetz* (19. Dezember 1971) schafft neue Strafmöglichkeiten wegen Entführung und Geiselnahme.

Das *dreizehnte Strafrechtsänderungsgesetz* (13. Juni 1975) faßt die Bestrafung wegen Fahrerflucht neu.

Das *vierzehnte Strafrechtsänderungsgesetz* (22. April 1976) fügt die neuen §§ 88 a und 130 a ein „als weiteren Schritt auf dem von allen Fraktionen gemeinsam begangenen Weg zur Reform des Strafrechts“ (Müller-Emmert, SPD). „Es geht um die Eindämmung der Gewalt, und zwar auch der verbalen Vorbereitung und Begünstigung der Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung.“ (Justizminister Vogel) Jegliche Erörterung der Notwendigkeit der sozialen Revolution, jeden Aufruf zum notwendigen Streik stellt diese Vorschrift unter Gefängnisstrafe. Bereits heute nimmt die Bourgeoisie diese Strafvorschrift in heftigen Gebrauch.

Das *fünfzehnte Strafrechtsänderungsgesetz* vom 18. Mai 1976 hat den Unterdrückerparagraphen 218 neu gefaßt und für die Zwecke der herrschenden Klasse scharf gemacht.

29. September 1977: *Kontaktsperregesetz*, das jeglichen Kontakt der Gefangenen in den Gefängnissen untereinander und nach außen untersagt.

1977/78 *Entwürfe aller Parteien:* Gesetze zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des inneren Friedens, Sicherungsverwahrung auf unbegrenzte Zeit, Beschleunigung der Strafverfahren.

Irland dem irischen Volk!

Revolutionäre Lieder des Kampfes gegen die britische Besatzermacht von James Conolly und Keegan Casey



Am 30. Januar fanden in Irland und in verschiedenen Städten Großbritanniens Demonstrationen gegen die britische Kolonialherrschaft in Nordirland statt. Vor fünf Jahren, am 30. Januar 1973, demonstrierten 20000 Iren in Derry in Nordirland gegen die Internierung in KZs. Zu der Zeit hatten die britischen Imperialisten alle Demonstrationen verbieten lassen. Ein britisches Fallschirmjägerregiment eröffnete gezieltes Feuer auf die unbewaffnete Demonstration. 21 wurden getroffen, 13 davon umgebracht. Diese Schlächterei der britischen Imperialisten führte zu großer Empörung der irischen Volksmassen. In Dublin (Republik Irland) demonstrierten, wie überall in Irland, am 2. Februar 1973 50000 und brannten die britische Botschaft nieder. Die britische Regierung mußte als Reaktion auf die große Bewegung einen Monat später die nordirische Regierung auflösen und die sogenannte Direktregierung einführen. – Am 30. Januar dieses Jahres demonstrierten 4000 in Derry in heftigem Schnee und bei Kälte. In London fanden zwei Demonstrationen mit zusammen über 2000 Teilnehmern statt (unser Bild). In den ersten 13 Tagen des Januar, so wurde von der Provisional IRA bekanntgegeben, wurden 46 Bombenanschläge durchgeführt, ein Angriff auf einen Gefängnisoffizier, drei Gewehrangriffe gegen feindliche Truppen in Belfast, die Erschießung eines Offiziers der „Ulster Defence Regiments“, der Bombenanschlag auf das Rathaus in Derry und ein Angriff auf die Ballykelly-Militärbasis.

We Only Want the Earth

A fis h E
Some men, faint- hearted, e- ver seek our pro- gramme to re- touch, and
A fis h E A
will in- sist, when- e'er they speak, that we de- mand too much. 'Tis
A fis h
pas- sing strange, yet I declare such statements give me mirth, for
A h E A E A
our de- mands most mo- dest are, we on- ly want the earth. We
A D h E A
on- ly want the earth. We on- ly want the earth. For our de- mands most
h E A E A
mo- dest are: We on- ly want the earth.

'Be moderate,' the trimmers cry,
Who dread the tyrants' thunder.
'You ask too much and people fly
From you aghast in wonder.'
'Tis passing strange, for I declare,
Such statements give me mirth,
For our demands most moderate are,
We only want the earth.

Our masters all a godly crew,
Whose hearts throb for the poor,
Their sympathies assure us, too,
If our demands were fewer.
Most generous souls! But please observe,
What they enjoy from birth
Is all we ever had the nerve
To ask, that is, the earth.

The 'labour fakir' full of guile,
Base doctrine ever preaches,
And whilst he bleeds the rank and file
Tame moderation teaches.
Yet, in despite, we'll see the day
When, with sword in its girth,
Labour shall march in war array
To realize its own, the earth.

For labour long, with sighs and tears,
To its oppressors knelt.
But never yet, to aught save fears,
Did the heart of tyrant melt.
We need not kneel, our cause no dearth
Of loyal soldiers' needs
And our victorious rallying cry
Shall be we want the earth!

James Conolly, geboren 1870, war ein großer irischer Revolutionär. Er führte 1896 bis 1903 die Sozialistische Republikanische Partei. Er untersuchte mit den Methoden des Wissenschaftlichen Sozialismus die Bedeutung und die Aufgaben des Kampfes des irischen Volkes. Er führte große Streikkämpfe wie 1913 in Dublin und gründete die irische Bürgerarmee, die Lenin die „erste Rote Armee Europas“ genannt hat. Er war einer ihrer Führer im Osteraufstand 1916 und wurde von den Engländern nach dem Aufstand hingerichtet.

Wir wollen nur die Erde

Manche Leute, die ängstlich sind,
Versuchen dauernd unser Programm umzumodeln,
Und immer, wenn sie was sagen, erklären sie
Wir würden zuviel fordern.

Das kommt mir komisch vor, ich sage dazu:
Sowas gibt mir Rätsel auf,
Weil unsere Forderungen sehr maßvoll sind:
Wir wollen nur die Erde.

„Seid gemäßigt“, schreien die Furchtsamen,
Die den Donner der Tyrannen fürchten,
„Ihr wollt zuviel, und die Leute
Verlassen euch erschreckt und entsetzt.“
Das kommt mir komisch vor, ich sage dazu:
Sowas gibt mir Rätsel auf,
Weil unsere Forderungen sehr maßvoll sind:
Wir wollen nur die Erde.

All unsere Herren – eine fromme Gesellschaft,
Deren Herz für die Armen schlägt –
Versichern uns ebenfalls ihrer Sympathie –
Wenn unsere Forderungen geringer wären.
Wirklich großzügige Seelen! Aber seht genau hin:
Was sie von Geburt an *hatten*,
Ist das, was wir immer mutig forderten,
Nämlich die Erde.

Der Labour-Demagoge, voller Tücke,
Predigt solche Doktrin,
Und während er die einfachen Leute ausnimmt,
Lehrt er unterwürfige Mäßigung.
Jedoch, gegen seinen Willen, sehen wir den
Jedoch, gegen seinen Willen, sehen wir den
Tag,
An dem mit dem Schwert im Gürtel
Die Arbeit in Schlachtordnung marschiert,
Um zu nehmen, was ihr gehört: die Erde.

Lange kniete die Arbeit mit Seufzern und Tränen
Vor ihren Unterdrückern.
Aber nie hat das
Das Herz des Tyrannen erweicht.
Wir brauchen kein Niederknien, unsere Sache
Leidet keinen Mangel an aufrechten Leuten
Und unser siegreicher Schlachtruf
Soll sein: Wir wollen die Erde!

Das Bild zeigt den Kampf gegen die britischen Besatzer und das, was oft genug das Ergebnis für dieses ist. Das Bild wurde 1969 in Derry aufgenommen. Eine Siegesparade für einen Sieg der Engländer über die Iren 280 Jahre zuvor, eine klare Provokation gegen die irischen Volksmassen, wurde von der Polizei geschützt. Gegen den Widerstand der katholischen irischen Volksmassen, die ihr Viertel Bogside mit Barrikaden, Steinen und Benzinbrandbomben erfolgreich gegen die Polizei verteidigten, wurde die Armee eingesetzt, die das Viertel ebenfalls nicht nehmen konnte. Seitdem ist die britische Armee wieder ununterbrochen im Nordirland-Einsatz.

By the Rising of the Moon

Es g As B7
'Oh then tell me Sean O' Fa- rell, tell me why you hurry so' 'Hush, ma
As Es As Bsus4 Es Bsus4
bou- chal, hush and li- sten' and his cheeks were all a- glow. 'I bear
Es g As B7
or- ders from the cap- tain, get you rea- dy quick and soon, for the
As Es As Bsus4 Es
pikes must be to- ge- ther by the ri- sing of the moon.' By the
Es B7
ri- sing of the moon, by the ri- sing of the moon, for the
As Es Bsus4 Es
pikes must be to- ge- ther by the ri- sing of the moon.

'Oh then tell me Sean O'Farell,
Where the gathering is to be?'
In the old spot by the river
Right well known to you and me.
One word more: for signal token
Whistle up the marching tune,
With your pike upon your shoulder,
By the rising of the moon.'

Out from many a mud-wall cabin
Eyes were watching through the night,
Many a manly breast was throbbing
For the blessed warning light.
Murmurs passed along the valley
Like the Banshee's lonely croon,
And a thousand blades were flashing
At the rising of the moon.

There beside the singing river
That dark mass of men were seen.
Far above their shining weapons
Hung their own immortal green.
'Death to every foe and traitor,
Forward, strike the marching tune
And hurrah my boys for freedom,
'Tis the rising of the moon.'

Well, they fought for poor old Ireland,
And full bitter was their fate.
Oh what glorious pride and sorrow
Fills the name of ninety-eight.
Yet thank God, while hearts are beating
In manhood's burning noon,
We will follow in their footsteps
At the rising of the moon.

Das Lied beschreibt den Aufstand von 1798 gegen die englische Kolonialmacht. Der Autor, John Keegan Casey, war Mitglied der *Fenier*, einer national-revolutionären Organisation, die den Aufstand von 1867/69 anführte.

Der Mondaufgang

„O sag mir, Sean O'Farell,
Warum beeilst du dich so?“
„Leise, mein Junge, sei still und hör zu“
Und seine Wangen glühten.
„Ich bring Befehle vom Hauptmann,
Mach dich rasch und bald fertig,
Denn die Bewaffneten mit ihren Piken
Müssen versammelt sein beim Mondaufgang.

„O sag mir doch, Sean O'Farell,
Wo der Treffpunkt ist“
Wo der Treffpunkt ist“
„An dem alten Platz am Fluß,
Uns beiden gut bekannt.
Und noch eins: Als Signal
Pfeifst du das Marschlied,
Deine Pike geschultert,
Beim Mondaufgang.“

Aus vielen Lehmhütten
Halten Augen Ausschau durch die Nacht
Viele klopfende Herzen ersehnten
Das Signallicht.
Murmeln geht durch das Tal
Wie der einsame Gesang der Banshee (eine Fee),
Und tausend Klingen blitzen
Im Mondaufgang.

Dort am rauschenden Fluß
Konnte man die dunkle Menge der Männer sehen.
Hoch über ihren schimmernden Waffen
Hing ihr eigenes unsterbliches Grün (ihre Fahne).
„Tod jedem Feind und Verräter,
Vorwärts, spielt das Marschlied
Vorwärts, spielt das Marschlied
Es lebe die Freiheit, Männer,
Dies ist der Mondaufgang.

Sie kämpften gut für das arme alte Irland,
Und bitter war ihr Schicksal.
Welch großen Stolz und Schmerz
Bedeutet das Wort 1798.
Wir aber werden, Gott sei Dank,
Solange Herzen in Männern im besten Alter schlagen,
In ihre Fußstapfen treten
Beim Mondaufgang.



Kommunistische Volkszeitung